

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Ein Leitstern

Am 2. Dezember 1914 stimmte Karl Liebknecht als einziger Abgeordneter des Deutschen Reichstages gegen die Kriegskredite. In der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ von 1966 heißt es dazu: „Mit seinem mutigen Nein gegen den imperialistischen Völkermord gab Karl Liebknecht den Millionen Arbeitern in Deutschland und darüber hinaus allen friedliebenden Kräften ein leuchtendes Beispiel und ein weithin sichtbares Signal zum Kampf gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg.“

Liebknecht erhielt nach dem 2. Dezember zwar viele Zustimmungserklärungen von SPD-Organisationen, von Arbeitern, Soldaten und bürgerlichen Kriegsgegnern, das konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen: Er stand in der SPD für eine Minderheit und hatte in der nationalistisch verhetzten Gesellschaft des Kaiserreichs mächtige Kräfte gegen sich. In heutiger Zeitungssprache war er ein „Zarenversteher“, also ein Landesverräter. Auch die 13 Genossen in der SPD-Reichstagsfraktion, an die er im November 1914 seine Begründung für sein Abstimmungsverhalten verschickt hatte, ließen ihn in letzter Minute im Stich. Ihnen hatte er geschrieben: „Einen Wesenszug des Imperialismus, dessen Hauptträger auf dem europäischen Festland Deutschland ist, bildet das wirtschaftliche und politische Expansionsstreben, das immer stärkere politische Spannungen erzeugt ... Kleinasien und Syrien, Brennpunkte der internationalen Kapitalkonkurrenz, gehören zu den bedeutsamsten Siedlungsgebieten für das stürmisch vordringende deutsche Finanzkapital. Hier liegt das Zentrum des imperialistischen Gegensatzes zwischen Deutschland und Rußland, hinter dem der englisch-russische Widerstreit zeitweilig zurücktritt.“ Das stammt aus dem Jahr 1914, könnte aber bei Austausch einiger Ländernamen auch heute geschrieben sein.

International wurde Karl Liebknecht damals von einem Tag zum anderen bekannt. Zustimmung kam aus Holland und Dänemark, die französische „l'Humanité“ und die italienische „Avanti“ würdigten seine Haltung. In der bürgerlichen und sozialdemokratischen Geschichtsschreibung wird Liebknechts Nein dagegen bis heute verschwiegen, heruntergespielt oder als antinational verleumdet. Für die stets kriegsbereite Bundesrepublik, die versuchte, Rosa Luxemburg wegen ihrer vermeintlichen Kritik an den

Bolschewiki zur SPD-Säulenheiligen zu machen, war Liebknecht nie von Interesse. Die wildeste Kampagne gegen Liebknecht veranstalteten die Kriegsbefürworter in der SPD. Anfang Februar 1915 versuchte



Denkmal für Karl Liebknecht in Luckau (Theo Balden, 1969)

Gewerkschaftschef Carl Legien auf einer Tagung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sogar, Liebknecht aus der Fraktion ausschließen zu lassen. Das gelang ihm zwar nicht, aber die Fraktion verurteilte mit 65 gegen 26 Stimmen sein Abstimmungsverhalten vom 2. Dezember 1914 und bezeichnete seine Begründung als „unvereinbar mit den Interessen der deutschen Sozialdemokratie“. Gesagt, getan. Am 7. Februar zogen die Militärbehörden Liebknecht ein und zwangen ihn als sogenannten Armierungssoldaten zum Kriegsdienst. Er erhielt zwar zu Sitzungen des Reichstags und des preußischen Landtags Urlaub, durfte dann aber Berlin ohne Erlaubnis nicht verlassen, an keinen Versammlungen teilnehmen und keine mündliche oder schriftliche Agitation betreiben. Am 18. Februar 1915 mußte schließlich Rosa Luxemburg eine einjährige Gefängnisstrafe antreten, die im Februar 1914 wegen ihres Auftretens gegen die Kriegsvorbereitung verhängt worden war. Vergangene Zeiten? Das ist insofern richtig, als sich innerhalb der SPD kein Karl Liebknecht mehr findet. Die Partei strebt schon

lange nicht mehr nach Überwindung der herrschenden Gesellschaftsordnung, vielmehr stellte sie von Gustav Noske, der am 15. Januar 1919 die Ermordung Liebknechts und Luxemburgs anwies, bis Boris Pistorius immer wieder besonders reaktionäre Kriegsminister und führte 1999 die Bundesrepublik in den ersten Angriffskrieg in Europa seit 1945. Die Stimmen innerhalb der SPD, die sich für Diplomatie statt Krieg einsetzen, sind schwach und fast so isoliert wie vor 110 Jahren Liebknecht, Luxemburg und ihr kleiner Kreis. Das kann nur bedeuten: Nichts darf unversucht bleiben, diese Stimmen zu stärken. Für eine starke Friedensbewegung sind sie unverzichtbar. Der Mut Karl Liebknechts am 2. Dezember 1914 in scheinbar aussichtsloser, isolierter Situation ist ein Leitstern.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Nein und noch einmal nein zu neuen Mittelstreckenwaffen	2
NATO-Hauptquartier in Rostock	2
In den USA wird Mister Trump Präsident und in Deutschland geht die Ampel aus	6
NKFD – Kampf um Frieden und Antifaschismus	8
Genosse Pfarrer	9
Faschismus – Kind des Finanzkapitals	11
Neue internationale Solidarität gegen unipolaren Untergang	12
Kriegseintritt Rußlands – ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg?	14
Trump-Wahl – Ende des Ukraine-Konflikts?	16
Der Nahostkrieg und seine Vorgeschichten	18
Waffen für Massenmord: Ampel fördert Israels Kriegsverbrechen	21
Kuba und DDR – Solidarisch im Kampf für Frieden und Sozialismus	22
Die geoökonomischen Triebkräfte der SOZ-BRICS-Synergie	24
Regierungswechsel in Indonesien (Teil 2)	26
Der Volksaufstand in Bulgarien 1944	29
Die Partisanenkinder von Radebeul	30
Erinnern an Jannis Ritsos	31
Kampf der Partisanen im GVK	34
Otto Gotsche – Arbeiterschriftsteller und Politiker	36
Leserbriefe	37

Nein und noch einmal nein zu neuen Mittelstreckenwaffen

Die Bundesregierung hat in treuem Gehorsam gegenüber den USA zugelassen und durch den Bundeskanzler ohne Kenntnis der Öffentlichkeit und des Parlaments aktiv gefördert, daß in Deutschland – und nur in Deutschland – neue Mittelstreckenwaffen stationiert werden sollen. Diese können und sollen die politischen und militärischen Zentren Rußlands zerstören.

Es sind Waffen (Raketen, Hyperschallwaffen), die auch atomar bestückt werden können und unser Land zu einem vorrangigen Angriffsziel machen. Wir sagen: Die Dummheit der Geschichte darf sich nicht wiederholen! Die Ablehnung der Erstschlagwaffen muß Fahrt aufnehmen. Die bundesweite Demonstration am 3. Oktober war dafür ein gelungener und bewegender Auftakt.

Der „Berliner Appell“ gegen die Stationierung der Mittelstreckenwaffen will den Protest in die Breite der Gesellschaft tragen. Die Ablehnung soll per Unterschrift online und offline verdeutlicht und manifestiert werden. Die massenhafte Unterstützung wird allein sicher nicht ausreichen, die Stationierung zu verhindern, aber sie kann ein wichtiger Beitrag sein, der Ablehnung eine starke Stimme zu verleihen. Sie kann gesellschaftliche Kräftekonstellationen zugunsten des Friedens verändern und den Friedenswillen der Bevölkerung zum Ausdruck bringen.

Der Berliner Appell ist aktive Überzeugungsarbeit, die immer mehr verbreitet werden muß. Neue Partnerinnen und Partner können gewonnen, alte Bündnisse wiederbelebt werden. Aufeinander zugehen, auch über traditionelle Grenzen hinweg, das ist die Herausforderung, um das Nein zur Stationierung zum Mehrheitswillen zu machen. Dies gilt besonders für die Gewerkschaften, die verschiedenen Religionsgemeinschaften und die Umweltverbände. Es geht aber auch um diejenigen, die sich in der Corona-Zeit für die Grundrechte eingesetzt haben, und jetzt zahlreich für den Frieden auftreten.

Dafür brauchen wir sicher auch weitere Demonstrationen mit dem Ziel, die bisherigen quantitativ und auch qualitativ zu überbieten und auch – wie in den 80er Jahren in Mutlangen – Aktionen des zivilen Ungehorsams. Alles, was der Verhinderung einer Stationierung bis 2026 dient, ist sinnvoll und willkommen – von Informationsständen bis zu einer umfassenden Social-Media-Nutzung. Onlineaktivitäten, Straßenaktionen, phantasievolle Umzüge oder Plakataktionen, Ausstellungen, Diskussionen mit Politikerinnen und Politikern. Der Phantasie und Kreativität sind kaum Grenzen gesetzt.

Wir müssen wieder auf die Menschen – und besonders auch auf die jungen Menschen – die, wie die Shell Studie ausweist, Angst vor dem Krieg haben, zugehen, sie gedanklich abholen, dort, wo sie stehen, Vorbehalte ansprechen und überwinden und auch keine Scheu haben, mit Widersprüchen zu leben. Dabei werden wir neue positive Erfahrungen mit vielen ähnlich denkenden Menschen machen, aber auch auf deutliche Widerstände stoßen bei denen, die der Propaganda der Regierenden und der Medien glauben. Mit diesen konfrontiert, ist argumentative Stärke, genauso wie Empathie gefordert, auch gegenüber jenen, die zwar die Waffen ablehnen, aber zugleich rechtsradikale Partei(en) wählen. Es geht nicht darum, daß uns alle dasselbe Weltbild eint, sondern um die Frage, wie wir „Gegenmacht“ gewinnen, es geht um die berühmte „kulturelle Hegemonie“ von Gramsci.

Gemeinsam und solidarisch werden wir das „Nein zu Mittelstreckenraketen“ angehen. Im Kontakt und Austausch können wir lernen, noch besser und aktiver, noch tiefer in unserer Begriffsbildung zu werden. Die Begründung ist eindeutig: Diese Waffen taugen atomar oder konventionell zum Erstschlag, sie provozieren (auch präventiv) Gegenmaßnahmen. Wir dürfen die Gefahr nicht vergessen: (atomare) Raketen sind Magneten – Mitteleuropa würde einen Atomkrieg nicht überleben.

Wir haben die Bedeutung der Friedens- und Entspannungspolitik nicht vergessen. Wir wissen, diese Art von Waffen sollen mithelfen, die ins Wanken geratene westliche Dominanz selbst unter Inkaufnahme der Vernichtung Europas zu sichern, sie richten sich direkt gegen Rußland, aber in der Systemauseinandersetzung auch gegen China. Gerade weil die Situation in der Welt so gefährlich ist, muß jede neue Stufe der Eskalation verhindert werden und kann auch durch das aktive Handeln der Menschen verhindert werden.

Vielleicht nicht allein durch die Aktivitäten der deutschen Friedensbewegung, wohl aber durch eine neue, weltweite Koalition der Vernunft und der Abrüstung, die die Friedenskräfte des Globalen Südens und deren Regierungen ebenso einschließt, wie die internationalen sozialen Bewegungen des kapitalistischen Westens, die inklusiv agiert und Ausgrenzungen meidet. Dieser Koalition der Vernunft und der Abrüstung zum Durchbruch zu verhelfen, dazu leisten wir bei uns einen unverzichtbaren, aber auch notwendigen Beitrag, indem wir eine breite soziale Bewegung gegen die neuen Mittelstreckenwaffen auf die Beine bringen. Auch hier gilt, Ausgrenzung ist schädlich. Integration der verschiedenen Teilnehmer auf einer klar definierten Grundlage von wenigen Kernpunkten hingegen kann auf eine Basis für eine neue, gesellschaftlich getragene Struktur hinauslaufen.

Dies schließt wertkonservative Kräfte ein, die willkommen sind, wenn sie Nein zu neuen Waffen sagen. Es bleibt dabei: Faschismus ist keine Meinung, sondern immer ein Verbrechen, auch ein kriegerisches.

Durch uns, gemeinsam mit allen, die besorgt sind, und den vielen, die wir gewinnen werden, Nein zu sagen, können wir es bis 2026, dem Beginn der Stationierung, schaffen, diese politisch undurchführbar zu machen.

Reiner Braun, ehemaliger Präsident des Internationalen Friedensbüros, Mitinitiator des „Berliner Appells“

Erklärung der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH) e. V.

NATO-Hauptquartier in Rostock ist Verletzung des Völkerrechts

Die Einweihung eines maritimen taktischen Hauptquartiers der NATO am 21. Oktober in Rostock ist ein eklatanter Völkerrechtsbruch. Mit ihr wird insbesondere der „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ vom 12. September 1990 zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier alliierten Mächten Frankreich, Großbritannien, UdSSR und USA verletzt, in dem u. a. die Stationierung und Verlegung ausländischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR nach Abzug der sowjetischen Streitkräfte geregelt ist. Artikel 5 (3) des Vertrages bestimmt:

„Ausländische Streitkräfte ... werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt“.

Welche Bedeutung dieses Hauptquartier, das CTFB (Commander Task Force Baltic), für die multilaterale Kooperation der NATO hat, machte Verteidigungsminister Boris Pistorius bei der Einweihung klar. Es gehe um die Verantwortung Deutschlands als „globale Handlungs- und Seenation“ an der Ostfront der NATO. Durch ständige Lageinformationen soll die Ostfront gegen den Feind Rußland gesichert werden. Auch Manuela Schwesig,

die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, begrüßte die Einrichtung des Hauptquartiers in der Hansestadt Rostock. Proteste aus der Bevölkerung gegen die Stationierung der NATO sind ihnen egal. Mit Wortklaubereien und irreführenden Behauptungen versuchen die Kriegspolitiker, gestützt von ihren Experten, Diensten und abhängigen Medien, der Öffentlichkeit weiszumachen, es handele sich nicht um Völkerrechtsbruch. Das NATO-Hauptquartier sei lediglich eine nationale Einrichtung. Die Fakten beweisen allerdings das Gegenteil.

Die militärische Aufgabenstellung besteht in der Überwachung des Ostseeraums und in der Übernahme von Führungsverantwortung im Rahmen der NATO. Die Beteiligung von elf weiteren Staaten an dieser Einrichtung, u. a. von Polen und Schweden, bekräftigt ebenfalls zweifelsfrei den NATO-Charakter. Es widerspricht Sinn und Inhalt des „Zwei-plus-Vier-Vertrages“, wenn das Verbot von „ausländischen Streitkräfte“ auf dem Territorium der DDR nicht selbstverständlich auch auf die Kommandostellen zutreffen sollte, die für die NATO handeln und Kriege für internationale Streitkräfte planen, vorbereiten und auch führen sollen. Was der Öffentlichkeit hier zugemutet wird, ist an Dreistigkeit, Dummheit und Manipulation nicht zu überbieten.

Zu Recht hat die russische Seite gegen diesen Bruch des Völkerrechts sofort protestiert. Mit der Einrichtung dieser NATO-Führungsstelle auf dem Territorium der DDR erreicht die Mißachtung des Völkerrechts durch die deutsche Regierung eine weitere Eskalation. Von der Beteiligung an der NATO-Osterweiterung über die Nutzung ostdeutschen Territoriums für den Transport von NATO-Truppen bis zum jetzigen Bruch des „Zwei-plus-Vier-Vertrages“ hat der deutsche Staat bewiesen, was er vom internationalen Recht und dem Friedensgebot im eigenen Grundgesetz hält. Der „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ gilt als einer der wichtigsten Verträge nach Beendigung des 2. Weltkrieges. Ungeachtet seiner unterschiedlichen politischen Bewertung war er

Voraussetzung für den „Einigungsvertrag“ und als Friedensregelung gedacht. Geist und Buchstabe des „Zwei-plus-Vier-Vertrages“ sind mit einem NATO-Hauptquartier in Rostock, „einer der wichtigsten NATO-Stützpunkte im Ostseeraum“ (Ostseezeitung) unvereinbar. Gegen Deutschland als „zentrale Drehscheibe für die Allianz“ (Bundeskanzler Scholz) zur Kriegsführung und besonders – entgegen internationalen Abkommen – die schrittweise Einbeziehung des DDR-Territoriums in NATO-Kriegsvorbereitungen und Feindschaft gegen andere Staaten und Völker, ist unser aller Protest notwendig. Wir solidarisieren uns mit allen Bürgerinnen und Bürgern, die gegen diesen friedensfeindlichen NATO-Stützpunkt Widerstand leisten.

Berlin, am 31. Oktober 2024

Vorstand der GRH



BERLINER APPELL

Gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt: Jetzt unterschreiben!



<https://nie-wieder-krieg.org/>

DIE NIE WIEDER KRIEG WAFFEN NIEDER

Bild: Konstanin Eulenburg

Berliner Appell

Gegen neue Mittelstreckenraketen und für eine friedliche Welt
Jetzt unterschreiben!

Wir leben im gefährlichsten Jahrzehnt seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Gefahr, in einen atomaren Abgrund zu taumeln oder durch einen konventionellen Krieg umzukommen, ist real. An dieser Weggabelung stehen wir für eine friedliche und solidarische Welt der gemeinsamen Sicherheit, Solidarität und Nachhaltigkeit für alle Menschen.

Wir sagen Nein zur Aufstellung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland!

Die geplanten Hyperschallraketen Dark Eagle steigern die Spannungen und sind insbesondere für Deutschland eine Gefahr, zum Ziel eines Präventivangriffs zu werden. Überdies fördern die geringen Vorwarnzeiten das Risiko von Fehlreaktionen.

Die Stationierung wurde ohne jede öffentliche und parlamentarische Diskussion entschieden. Abrüstungsverhandlungen sind nicht vorgesehen. Wir bleiben dabei, Konflikte und Rivalitäten nicht militärisch zu lösen,

sondern alles zu tun, Kriege zu vermeiden oder zu beenden. Dieser Aufgabe darf sich niemand entziehen.

Bitte sendet uns analog gesammelte Unterschriften an die Initiative

„Nie wieder Krieg – die Waffen nieder“
Postanschrift: c/o IPB, Marienstr. 19/20,
10117 Berlin oder per
online: <https://nie-wieder-krieg.org/>

Erklärung der DKP zum Zerfall der Bundesregierung

Nach Ampel-Aus: Friedenskräfte stärken!

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) wird der zerbrochenen Koalition von SPD, Grünen und FDP nicht nachtrauern. Die Ampel war eine Kriegsregierung. Sie hat ihre Politik der Hochrüstung und des Wirtschaftskrieges auf dem Rücken der großen Mehrheit der Bevölkerung ausgetragen. Sie hat aktiv die Meinungsfreiheit beschnitten, demokratische und soziale Errungenschaften zurückgedrängt, und so die Rechtsentwicklung vorangetrieben.

Gescheitert ist die Ampel nicht an der Frage, ob der NATO-Stellvertreterkrieg gegen Rußland fortgesetzt und weiter eskaliert werden soll. Darüber herrschte ebenso Einigkeit, wie über die offenkundig grenzenlose Unterstützung des israelischen Völkermords in Gaza. SPD, Grüne und FDP haben gemeinsam daran gearbeitet, unser Land wieder „kriegstüchtig“ zu machen. Gescheitert sind sie lediglich an der Unfähigkeit, die dafür notwendige Kriegswirtschaft auf die Beine zu stellen und einen weiteren Kriegshaushalt zu verabschieden, der der gemeinsamen militaristischen Agenda entspricht.

Das wurde nicht zuletzt in der Erklärung des Bundeskanzlers Olaf Scholz (SPD) zur Entlassung von Finanzminister Christian Lindner (FDP) deutlich, in der er erneut mehr Geld für

die Fortsetzung des Krieges in der Ukraine forderte und dabei die Tatsachen verdrehte. Ein Zeichen des Realitätsverlustes seiner Regierung war die Aussage von Scholz, er sei nicht bereit, die „Unterstützung für die Ukraine und Investitionen in unsere Verteidigung zulasten des sozialen Zusammenhalts zu finanzieren“. Als würden wir nicht schon seit fast drei Jahren mit steigenden Preisen für Energie und Lebensmittel, mit verfallender Infrastruktur und mit Kürzungen in der Bildung, im sozialen Bereich und vielen anderen Feldern für die Kriege und Wirtschaftskriege zahlen, die seine Regierung im besten Einvernehmen vorangetrieben hat. Diese Politik nimmt auch den zehntausendfach angekündigten Abbau von Arbeitsplätzen, aktuell in der Automobil- und Zuliefererindustrie, in Kauf. In den kommenden Monaten wird es um Krieg und Frieden gehen. Andere Kräfte stehen bereits in den Startlöchern, um zu Ende zu bringen, was die Ampel begonnen hat. Allen voran die CDU, die – wie auch die FDP am gestrigen Abend – weiterhin Taurus-Lieferungen an die Ukraine fordert. Daran, daß Friedrich Merz sich für einen besseren Kriegskanzler hält, besteht kein Zweifel. Er wird verstärkt auf den sozialen Kahlschlag setzen, um die Hochrüstung zu finanzieren. Diese Grundidee

teilt die CDU mit der AfD, auch wenn diese im Ukraine-Krieg noch auf eine andere Strategie jenseits von Waffenlieferungen setzt. Weiterhin im Lager der Kriegstreiber werden Grüne und FDP zu finden sein. Und selbstverständlich auch die SPD, obwohl bereits jetzt abzusehen ist, daß Scholz vorhat, sich im Bundestagswahlkampf als „Friedenskanzler“ zu inszenieren. Dabei war er es, der immer wieder die selbstgesetzten „roten Linien“ überschritten hat, um den Krieg zu verlängern. Vor uns steht die Aufgabe, die Friedenskräfte zu stärken und den Widerstand gegen den Kriegs- und Krisenkurs zu organisieren, hinter dem eine ganz große Koalition der bürgerlichen Parteien, Medien und Think Tanks steht. Dieser Aufgabe wird sich die DKP als Teil der Friedensbewegung, aber auch innerhalb der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung stellen. Denn nicht nur bei der Bundestagswahl, sondern auch bei den laufenden und kommenden Tarifkämpfen – insbesondere im Öffentlichen Dienst – und bei den Kämpfen gegen Stellenabbau wird die Frage: „Kriegsfinanzierung und Wirtschaftskrieg oder Arbeitsplätze, bessere Löhne und Arbeitsbedingungen?“, eine entscheidende Rolle spielen.

Essen, 7. November 2024

Das BSW und die gekauften Mäuler der USA

Seit das BSW sich gegen die Aufstellung von US-Mittelstrecken-Raketen, die Moskau in wenigen Minuten zerstören können, in Deutschland ausgesprochen hat, drehen die Mietmäuler der USA in Deutschland durch und fallen aus der Rolle. Unter ihnen ist die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* mit einem ganzseitigen Artikel auf der Seite 2 und der Überschrift: „In ihrem Schatten“ – siehe oben; unter den Mietmäulern ist weiter der Vorsitzende der Atlantikbrücke und einer der Cheflobbyisten der USA, der ehemalige SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel. Er, der von den Kriegstreibern und der Rüstungslobby der USA täglich am Nasenring durch die Manege gezogen wird, verurteilt das Bemühen des BSW, die Interessen der deutschen Bevölkerung zu vertreten, als „antiamerikanisches Ressentiment“.

Staatsmännisch gibt er den Rat, SPD und CDU sollten das BSW bei den Koalitionsverhandlungen in Ostdeutschland auflaufen lassen. Das BSW könne ja mit der AfD zusammenarbeiten und wäre dann schnell weg vom Fenster. So ähnlich hatte sein Vorgänger als Vorsitzender der Atlantikbrücke, Friedrich Merz, vor einigen Tagen auch geklungen. Noch schlimmer treiben es – wie man an der zitierten *Frankfurter Allgemeinen* schon

gesehen hat – die Mietmäuler im Journalismus. *BILD* fragt besorgt: „Nimmt Wagenknecht Deutschland in den Würgegriff? Die *Welt* wirft ihr stalinistische Methoden vor; und man muß befürchten, daß Welt-Autor Jacques Schuster Angst hat, demnächst im Gulag zu landen oder Opfer einer stalinistischen Säuberung zu werden. In der *Mopo (Morgenpost)* schreibt Christoph Lüttger: „Stalinistin bleibt Stalinistin: Sahra Wagenknecht verlangt Unterwerfung ... Kompromisse, Wesensmerkmale der Demokratie, darf es nicht geben. Jetzt zeigt Frau Wagenknecht, daß sie auf die Demokratie pfeift. Die ist ihr egal. Mal erfüllt die BSW-Chefin bei uns den Willen des russischen Aggressors Putin, mal läßt sie ihre Leute im sächsischen Landtag zusammen mit der rechtsextremen AfD stimmen.“

Das sind Zeichen und Belege für den Ruin des deutschen Journalismus. Mehrheitlich versteht man sich offensichtlich als Kampagnenjournalismus. Selbst in der manchmal noch erträglichen *Berliner Zeitung* denunziert eine Katja Hoyer die Forderung des BSW nach Friedensverhandlungen und Waffenstillstand in der Ukraine und der Ablehnung der Aufstellung von US-Mittelstreckenraketen ohne Vorwarnzeiten in Deutschland: „Gute Schulen sind wichtiger als leere Friedensphrasen.“

Offensichtlich hat sich die Autorin wie viele Journalisten nicht mit den landespolitischen Forderungen des BSW auseinandergesetzt. Das BSW fordert nämlich selbstverständlich mehr Lehrer und bessere Schulen. Seine Kritiker verstehen aber nicht oder verdrängen, daß die vielen Milliarden, die in der Ukraine mit Waffenlieferungen sinnlos verpulvert werden, weil sie nur zu weiterem Tod und zu immer größerer Zerstörung führen, fehlen, um mehr Lehrer einzustellen und bessere Schulen zu bauen. Abgesehen davon, daß die im Thüringer Sondierungspapier zur Bildungspolitik erreichten Festlegungen äußerst vage sind und ebenfalls weit hinter dem zurückbleiben, was das Thüringer BSW im Wahlkampf versprochen hatte.

Die immer stärker werdende Hetze gegen das BSW und ihre Vorsitzende Sahra Wagenknecht zeigt eines: In zunehmendem Maße sind Politiker und Journalisten unfähig oder unwillens, eine halbwegs faire politische Diskussion zu führen. Man kann es auch drastischer ausdrücken: Der schlimmste Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant.

Albrecht Müller

NachDenkSeiten, 2.11.2024

Zum 9. November 1989, der den Weg bis Rußland freimachte

Grenzöffnung für den Krieg

Die Bekämpfung der DDR ist Chefsache. Also eröffnete der Bundeskanzler persönlich am 9. Oktober in Leipzig das diesjährige Staatsspektakel zur „friedlichen Revolution“ und gab die Linie vor. Er wiederholte die Lüge des damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler vom 9. Oktober 2009, die Leipziger seien trotz der Gerüchte, daß in den Krankenhäusern der Stadt die „Blutkonserven aufgestockt“ und „medizinisches Personal zu Spät- und Nachtschichten eingezogen“ worden seien, auf die Straße gegangen. Egon Krenz wies am 11. Oktober darauf hin, daß dieses „Gerücht“ 20 Jahre nach 1989 erfunden wurde. Weder Blutplasma noch Leichensäcke waren bereitgestellt, statt dessen riefen Gewandhausdirigent Kurt Masur, der Theologe Peter Zimmermann, der Kabarettist Bernd-Lutz Lange und drei SED-Politiker zur Gewaltlosigkeit auf. Der Aufruf kam in der Scholz-Rede nicht vor. Er tat das, was erstes Erfordernis für Kriegstüchtigkeit ist – Haß predigen. Angeblich drohte 1989 ein „Tian’anmen-Massaker“ und die DDR bestand nach ihm aus Umweltzerstörung, „Indoktrinierung, Militarismus und Blockkonfrontation“. Folgerichtig war für Scholz, den größten westeuropäischen Waffen- und Geldlieferanten für Kiew, der Krieg gegen Rußland

die Fortsetzung der „friedlichen Revolution“ mit anderen Mitteln: „Heute ist es die Ukraine, die in Europa die Freiheit an vorderster Front verteidigt.“ Das trifft auf seine Freiheit zu Hochtüchtigkeit und Krieg zu. Die Ukraine bewältigt die ihr von der NATO gestellte Aufgabe mit faschistischen Bataillonen, mit Russenhaß, der staatsoffiziell von den ukrainischen Nazikollaborateuren des Zweiten Weltkrieges hergeleitet wird. Rehabilitierung des Faschismus ist Teil deutscher Kriegstüchtigkeit. Selbst der imperialismusfreundliche Historiker Christopher Clark bezeichnete am 23. Oktober in der „FAZ“ Maßnahmen zur „Entrussifizierung“ in Odessa als „abenteuerliche Manipulation des Gedächtnisses der Stadt“: Schulkinder sollen nicht Russisch sprechen, russischsprachige Bücher werden aus Bibliotheken entfernt, Denkmäler geschleift ...

DDR-Bürger kennen das: Vernichtung von Millionen Büchern, von Kunstwerken, Verächtlichmachung wissenschaftlicher und technischer Leistungen, kostenlose Überlassung der Industrie an Ganoven und Flachzangen. Die Massenarbeitslosigkeit nach dem DDR-Anschluß war Resultat eines Feldzuges, der nun mit Panzern aus Deutschland in Rußland angekommen ist. Daher war die wichtigste Feier

zur DDR-Annexion die Eröffnung eines NATO-Kommandos in Rostock am 21. Oktober unter Verstoß gegen den Zwei-plus-Vier-Vertrag. Siegesfeiern aber werden in Berlin zelebriert. Kürzungen bei Sozialem und Kultur? In der Hauptstadt wird am 8. und 9. November nicht gespart. Das ist nach der Leipziger Hetzrede des Kanzlers angemessen. Die Internetseite „mauerfall35.berlin“ kündigt ein „rauschendes Fest“ mit einer „Band für Freiheit“ an, tausende Plakate werden auf einem Teilstück des Grenzverlaufs installiert und es gibt dort „Events“. Höhepunkt ist ein Auftritt der russischen Band „Pussy Riot“ am 10. November im Ministerium für Staatssicherheit – Russenhaß importieren „wir“ aus Rußland. Kai Wegner (CDU), Berlins Stadtoberhaupt, meinte im „Tagesspiegel“, der 9. November 1989 sei ein „Glückstag“ gewesen. Der hatte Vernichtung von Millionen Arbeitsplätzen und Ende des Friedens nicht nur in Europa zur Folge. Im Glanz dieses Glücks wollen die heute Kriegstüchtigen vom 9. November 1918 oder 1938 nichts wissen.

Arnold Schölzel

Aus: UZ, 8.11.2024

Sie zeigen Flagge

Mit einer Aktion und einer Ausstellung zur Geschichte der DDR präsentierte sich der gemeinnützige Verein „Unentdecktes Land“ am 9. November in Berlin. Die Mitglieder dieses Vereins erklären:

Es ist Krieg allerorten und „wir Deutschen sind wieder wer“ und dabei und vorne weg. Krieg wofür? Als sich 1992 gerade der Staub der einstürzenden Mauerteile in Berlin gelegt hatte, gab es die Antwort von Bundeskriegsminister Rühle, dessen Sicht nach Osten keine NVA-Kaserne mehr störte: „Für die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt ...“ Ab da war klar, was auf westdeutscher Seite hinter dem Stahlbeton der deutsch-deutschen Grenze über 40 Jahre auf Revanche gelauert hatte. Und war es nicht da schon klar, dann doch spätestens sieben Jahre später, als deutsche HARM-Luft-Boden-Raketen von deutschen Tornados-Piloten Krater in jugoslawischen Boden schlugen. Etwa dort, wo eine Generation zuvor der Donner der faschistischen Wehrmacht über Bergen von Ermordeten verhallt war. (...) Heute haben die Siemens, Krupp und Deutsche Bank das Märchen vom Frieden schon lange nicht mehr nötig. Die Militarisierung der Gesellschaft, angefangen beim Werben fürs Sterben schon bei Minderjährigen, bis zur



offenen Kriegsvorbereitung, erneut gegen den Feind im Osten, das alles ist schon lange normal, wieder – so „normal“ wie finster blickende Landser der Bundeswehr auf Großflächenwerbung an der Straßenbahn oder „deutschen Panzern für den Kampf gegen die Russen“. Es geht schnell und soll noch schneller gehen, verkündete Generalinspekteur Carsten Breuer und die Tagesschau: „In fünf Jahren müssen wir kriegstüchtig sein ...“ (...)

Durch jeden weiteren Schritt der Vorbereitung neuer, größerer Kriege der BRD um

Rohstoffe und Absatzmärkte, mit jedem weiteren Bodengewinn des deutschen Militarismus in Schulen und Universitäten, mit jedem Aufhetzen gegen jene, die sozial an den Rand gedrängt werden, mit jedem weiteren Schlag des Abrißhammers in die Ruine des Rechts auf Asyl, mit den hunderrtausenden Grenztoten auf dem Grund des Mittelmeeres, um die hier fast keiner eine Träne weint, wird klarer, daß diese Grenze aufgehoben wurde, damit wir gemeinsam wieder in den Krieg ziehen. (...)

In den USA wird Mister Trump Präsident und in Deutschland geht die Ampel aus

Die Welt steht Kopf! Folgt man den „Qualitätsmedien“, dann gab es innerhalb von zwei Tagen zwei politische Erdbeben: Die Wahl eines verurteilten Unternehmers zum Präsidenten der USA und das Aus der Ampelregierung in Deutschland. Im *Uckermark Kurier* schrieb ein Kolumnist: „Kamala Harris hat aufgehört zu leuchten, die Ampel hat aufgehört zu existieren und weite Teile der deutschen Medienlandschaft haben sich blauiert. Weil sie es nicht kommen sahen, nicht kommen sehen wollten und die vielen politi-

Der Regierungsapparat müßte reduziert werden.

Die Wirtschaft bereitet den amerikanischen Bürgern am meisten Sorgen. Der Mindestlohn beträgt in der Mehrheit der Bundesstaaten 7,25 US-Dollar pro Stunde. Ein einzelner Job reicht für die Menschen nicht mehr aus, um davon zu leben. Trump versprach im Wahlkampf, Millionen illegaler Einwanderer auszuweisen. „Wir werden die Grenze dichtmachen und die größte Abschiebeaktion in der Geschichte der Vereinigten Staaten durch-

und Australien zur Gründung des AUKUS-Militärblocks ihren Niederschlag fand, fortsetzen werde. Trump könnte auch eine neue Perspektive auf die NATO haben. Der Experte meint, daß die NATO eher ein Offensivbündnis als ein Defensivbündnis sei. Trump wird das stoppen wollen.

Die Rückkehr von Donald Trump ins Weiße Haus verspricht, die Beziehungen zwischen China und Lateinamerika erneut in den Fokus Washingtons zu rücken. Die zweite Trump-Regierung wird die Monroe-Doktrin neu auflegen. Sie hofft, dadurch Investitionen und Handel zwischen Lateinamerika und Peking zurückzudrängen. Das Magazin *Foreign Policy* warnt vor einer solchen Politik. Sie habe bereits in der ersten Amtszeit Trumps mehrere lateinamerikanische Länder in die Arme Chinas getrieben. Der Argentinier Germán Mangione, Direktor des Observatoriums für chinesische Aktivitäten in Lateinamerika, nimmt an, daß sich die nordamerikanische Macht „auf die Reduzierung ihrer Handelsdefizite konzentrieren“ wird, was am Ende den Exportländern wie Argentinien und Brasilien schaden könnte. „China ist in ganz Lateinamerika sehr stark vertreten und hat sehr solide Projekte am Laufen, wie den Hafen von Chancay in Peru, Investitionen in die Bogotá-Metro in Kolumbien oder in den Belgrano-Güterzug in Argentinien“, schreibt Mangione. „Das Weiße Haus wird versuchen, stärkeren Druck auf Brasilien auszuüben, seine Verbindung mit China (BRICS+) einzuschränken“, was möglicherweise Auswirkungen auf den Mercosur (Gemeinsamer Markt Südamerikas) haben könnte. Die USA seien weiterhin ein starker Handelspartner für Mexiko und Mittelamerika. China habe jedoch viel Raum im Handel und bei Investitionen in Südamerika gewonnen, insbesondere in Brasilien, Bolivien, Peru und Chile.



Trump feiert sich selbst. (Foto: Gage Skidmore / flickr.com / CC BY-SA 2.0 / Bearb.: UZ)

schen Analysen und Einordnungen dann eben doch nicht mehr waren als reines Wunsdenken ...“

Am 5. November 2024 gab eine Mehrheit der USA-Bürger Donald Trump ihre Stimme. Die US-amerikanische Verfassung legt nur drei Regeln fest, die Kandidaten erfüllen müssen, um Präsident zu werden: Die Person muß in den USA geboren sein, mindestens 14 Jahre im Land leben und mindestens 35 Jahre alt sein. Mister Trump erfüllt diese Regeln. Er gewann die Wahlen überlegen. Seine Republikaner verschafften sich die Mehrheit im Senat und sehr wahrscheinlich auch im Repräsentantenhaus. Der Zustand der US-Wirtschaft wurde zum Hauptthema des Wahlkampfes. Experten warnten vor Inflation, horrenden Immobilienpreisen und den US-Bundesschulden in Höhe von 35,7 Billionen US-Dollar. Trumps Wahlhelfer Elon Musk sprach von der Möglichkeit, zwei Billionen US-Dollar pro Jahr einzusparen:

führen.“ Offizielle Zahlen vermelden etwa 11 Millionen Einwanderer.

Donald Trump steht für einen knallharten „America-First“-Kurs. Sein Sieg über Kamala Harris wird eine Neuausrichtung der Politik Washingtons in einer Reihe von Fragen bedeuten, sagte Michael Maloof, ein ehemaliger Pentagon-Analyst. Die Ukraine, der Nahe Osten, Asien und die Zukunft der NATO werden die Hauptschwerpunkte sein. Was die Ukraine anbelangt, will Washington die Regierung Selenskyj nicht weiter finanzieren, so Maloof. Mit Blick auf Israel gibt es unterschiedliche Voraussagen. Die einen meinen, Donald Trump könnte im Vergleich zu seiner vorherigen Amtszeit eine 180-Grad-Wende vollziehen und seinen Blick mehr auf Saudi-Arabien richten. Andere meinen, daß Trump Israel weiter unterstützen wird. Maloof sagte auch, daß die USA ihre Militarisierungspolitik im asiatisch-pazifischen Raum, die 2021 im Abkommen mit dem Vereinigten Königreich

In bezug auf die Reaktionen Europas auf den Wahlsieg Trumps meinte der internationale Analyst Paco Arnau: „Sie wetteten auf ein Verliererpferd und haben verloren. Jetzt tun sie so, als wäre nichts gewesen. Sie behaupten, einen Plan zu haben, um Trump wegen eines möglichen Zollkriegs unter Druck zu setzen. Sie haben keinen Plan. Der einzige Plan Brüssels und der Regierungen Europas besteht darin, dem Diktat der USA zu folgen. Denn sie haben keine andere Kapazität und Souveränität, als Vasallen der USA zu sein.“ Die Reaktionen aus Rußland und China zeigen, daß sie auf das, was passieren könnte, vorbereitet sind. Die Vergangenheit hat sie gelehrt, daß für sie nichts Gutes aus Washington zu erwarten ist, egal welche Partei im Weißen Haus regiert. Moskau erklärte, daß Präsident Putin für einen konstruktiven Dialog auf der Grundlage von Gerechtigkeit, Gleichheit und der Bereitschaft, die Anliegen der anderen Seite zu berücksichtigen, offen sei.

Anstatt den Tag nach der Wahl Trumps zu nutzen, um eine Antwort auf das Ergebnis zu finden, verbrachte die bundesdeutsche Ampelregierung ihn damit, Harakiri zu betreiben. Die Koalition hatte sich schon lange wegen der Wirtschafts- und Haushaltspolitik zerstritten. Um das Zwei-Prozent-Ziel der NATO zu erreichen, müßte der Verteidigungshaushalt um rund 30 Milliarden Euro anwachsen. Hinzu kam die Botschaft, daß Trump darauf dringen könnte, die Verteidigungsausgaben auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Der Kanzler, der Wirtschaftsminister und der Finanzminister führten separate Wirtschaftsgipfel durch. Unterschiedliche wirtschaftspolitische Konzepte lagen vor. Das Papier des FDP-Chefs ließ sich kaum anders lesen als eine Provokation, die das Potential hatte, die Koalition zu sprengen. Er forderte darin Strukturreformen statt Konjunkturfürhilfe, ein Regulierungsmoratorium, Steuersenkungen und Aufhebung des Soli-Beitrages für Unternehmen, Verschiebung der Klimaschutzziele, Eingriffe in den Arbeitsmarkt und das Bürgergeld sowie einen „Zukunftshaushalt 2025“ mit rigorosen Einsparungen der öffentlichen Ausgaben. CDU und CSU jubelten. „Die Hütte brennt“, konstatierte SPD-Covorsitzende Esken. Bundeskanzler Scholz erklärte, daß er Finanzminister Lindner ein Kompromißangebot gemacht hätte: „Bezahlbare Energiekosten, Unterstützung für die Automobilindustrie, Unterstützung für Unternehmen und für die Ukraine. Gerade nach der US-Wahl sei das wichtig.“ Als Lindner ablehnte, zog der Kanzler die Notbremse und überrumpelte die FDP mit der Entlassung des Finanzministers. Am Abend des 6. November 2024, drei Tage vor dem 35. Jahrestag des „Berliner Mauerfalls“ und einen Tag nach dem Wahlsieg Trumps, gingen die Lichter der deutschen Ampelregierung aus. Welche Symbolik! Damit das deutsche Publikum wenigstens am zweiten November-Wochenende auf keine dummen Gedanken kommt, dröhnten es die „Qualitätsmedien“ mit Geschichten und Songs über den Berliner Mauerfall zu.

Die Krise in den Hauptländern des Kapitalismus schwelt seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007, als der US-Hypothekenmarkt zusammenzuberechnen begann. Die konjunkturelle Rezession hält an. Am 7. November 2024 informierte das Statistische Bundesamt, daß die deutsche Industrieproduktion im September im Vergleich zum August um 2,5 Prozent zurückgegangen ist, wobei die Autobranche 7,8 Prozent und die Chemieindustrie 4,3 Prozent weniger herstellte. Die deutschen Exporte sanken im Monatsvergleich um 1,7 Prozent wegen schwacher Nachfrage aus Westeuropa. Das Nachrichtenportal *n-tv* berichtete, daß die Rückkehr Trumps für Deutschland aller Voraussicht nach massive wirtschaftliche Konsequenzen haben könnte, denn die USA wären der wichtigste Handelspartner im Außenhandel. Im Jahr 2023 exportierte Deutschland Waren im Wert von fast 158 Milliarden Euro in die USA. Im Wahlkampf sprach Trump davon, höhere Zölle auf Produkte aus Deutschland

oder der Europäischen Union (EU) einzuführen. Besonders abgesehen hat er es auf die kriselnde deutsche Autoindustrie. „Die transatlantischen Beziehungen stehen vor einem Epochenwechsel“, warnte Siegfried Russwurm, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Die Wahl Trumps sei ein Weckruf für Deutschland und Europa. „Wir müssen die vorhandenen Strategien zur Stärkung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit, Verteidigungsfähigkeit und für den Umgang mit China mit deutlich mehr Tempo weiterentwickeln.“

Die Europäische Union will Deutschland als Stabilitätsanker in Europa sehen. Auf dem Not-Gipfel der EU am 8. November in Budapest haben sich mehrere Staats- und Regierungschefs dafür ausgesprochen, alles zu tun, um eine ausgedehnte Zollschlacht mit den USA zu verhindern. Luxemburgs Ministerpräsident Luc Frieden meinte: „Wenn Zölle gegen die EU verhängt werden, dann muß man auch reagieren.“ Ex-EZB-Präsident Mario Draghi drängte darauf, neue Schritte zur Stärkung der Produktivität in der EU noch energischer voranzutreiben. Bereits im September hatte er dazu aufgerufen, jedes Jahr bis zu 800 Milliarden Euro auszugeben, um damit die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu fördern. Bundeskanzler Olaf Scholz schloß sich dieser Meinung an. Die Mitgliedstaaten wollten in ihrer Abschlußerklärung einen „neuen europäischen Deal für Wettbewerbsfähigkeit“ ausrufen. Die EU-Staaten könnten sich festlegen, bis 2030 drei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung oder sogar mehr in Forschung und Entwicklung zu investieren. Im Hinblick auf das immer noch große politische und ökonomische Gewicht Deutschlands innerhalb der EU äußerten einzelne Gipfelteilnehmer offen ihre Sorgen. „Bei so viel Instabilität in der EU wird es schwerfallen, eine Antwort auf die bevorstehende Trump-Präsidentschaft zu finden“, warnte Luxemburgs Premier Frieden. Finnlands konservativer Ministerpräsident Petteri Orpo sagte: „Es ist wichtig, daß Deutschland bald Neuwahlen durchführt, weil wir ein starkes Deutschland brauchen.“

Der Vorschlag von Bundeskanzler Olaf Scholz, am 15. Januar 2025 die Vertrauensfrage zu stellen und damit den Weg für eine vorgezogene Neuwahl des Bundestages im März freizumachen, stieß erwartungsgemäß bei allen Oppositionsparteien auf Widerspruch. Sie fordern Neuwahlen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen, jedoch so schnell wie möglich. Brandenburgs BSW-Chef Robert Crumbach sagte dem „Uckermark Kurier“ in Anspielung auf das legendäre Zitat des Fußballtrainers Giovanni Trapattoni: „Die Ampel hat Flasche leer ... Und wenn man sich die Entscheidungen und Performance dieser Bundesregierung anguckt, war die Flasche auch nie besonders voll.“ Die Unionsparteien kalkulieren offenbar mit einem besseren Abschneiden, wenn die Neuwahl möglichst bald kommt. Sie spekulieren darauf, daß die Wähler aus einer Ablehnung der Ampelpolitik heraus die CDU und CSU wählen werden, ohne sich damit zu beschäftigen, wofür diese Parteien eigentlich stehen.

Der Außenhandelsverband, der Verband der Automobilindustrie, der Verband der chemischen Industrie und der Verband der Elektro- und Digitalindustrie verlangten einstimmig schnellstmögliche Neuwahlen. Für die Rüstungskonzerne dagegen spielen politische Wahlspiele keine Rolle. Die Zeitung *junge Welt* argumentierte: „Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine bescherte Rheinmetall die ersten ‚Zeitenwende‘-Milliarden. Die Konzentrationstendenzen in der Rüstungsindustrie von EU-Europa werden weiteren Geldsegen für den Düsseldorfer Waffenproduzenten bedeuten. Das gilt auch im vergleichsweise neuen Geschäftsumfeld von Rheinmetall, den USA. Denn egal, wer im Weißen Haus das Sagen hat, ist klar, daß von dort angesichts der wachsenden Konfrontation mit China verstärkte Aufrüstung von den EU-Staaten gefordert wird – für Rheinmetall bedeutet das also weitere Rekorde bei Aufträgen, Umsatz und Gewinn. Und es ist kein Ende in Sicht, denn die Zuspitzung der Konkurrenz um Märkte, Rohstoffe und Einfluß verspricht, mehr und mehr in ‚heißer‘ Konfrontation ausgetragen zu werden.“

Arnold Schölzel schrieb in der *jungen Welt*: „Diese Regierung war eine Kriegsregierung, die nächste unter CDU/CSU-Führung wird erst recht eine. Die Wählermehrheit dafür ist noch da. Scholz hat 2022 den Kurs auf ‚Kanonen plus Butter‘ eingeschlagen. Das Programm des ‚Slawa Ukraini!‘-Grüßers sah reaktionär-militaristischen Staatsumbau, die Rehabilitierung des Faschismus, zunächst des ukrainischen, und Beibehaltung des durch SPD und Grüne mit der ‚Agenda 2010‘ stark durchlöchernten Sozialsystems vor. Der Kanonkanzler hat den Notstand, der nun vorerst zur Lockerung der Schuldenbremse erklärt werden soll, herbeigeführt und das Feld für den Blackrock-Statthalter Merz vorbereitet. Die SPD hat wieder einmal ihre Schuldigkeit getan.“

Wir erleben Klassenkampf von oben in äußerst scharfer Form. Die Herausforderungen der Zeit sind für eine linke Oppositionspartei enorm. DIE LINKE wird sich ihnen nicht mehr stellen können. Die Partei, deren Protagonisten vor 35 Jahren, am 8. Dezember 1989, auf dem Sonderparteitag in der Berliner Dynamo-Sporthalle die SED mit dem großen Besen von der Bühne fegten, läuft nun Gefahr, selbst von der politischen Bühne gefegt zu werden. Und das BSW? „Wir haben unseren Marx studiert“, meinten die Protagonisten des Bündnisses Sahara Wagenknecht, als sie die Partei gründeten. Hoffen wir, daß dem so ist. Auf dem Wege des Parlamentarismus werden die kommenden Probleme nicht gelöst. Karl Marx nannte ihn „die Regierungsform der Bourgeoisie“. Er und Friedrich Engels traten für den Parlamentarismus ein, „wenn es sich um den Kampf für das Budgetrecht, das Geldbewilligungsrecht des Parlaments gegen halbabsolutistische monarchistische Regierungen“ handelte. Die Erfahrungen lehren uns: Wer im Klassenkampf nur auf den Parlamentarismus setzt, der hat in der Schlacht gegen das Kapital keine Chance.

Wolfgang Herrmann, Dreesch

AUS DEM „ROTFUCHS“-ARCHIV

Nach Abschluß der Vortragsserie „Wissenschaftliche Weltanschauung“ des damaligen „Deutschlandsenders“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) werden wir den Lesern des „RotFuchs“ in den nächsten Monaten eine Auswahl historischer Texte aus unserem Archiv zur Verfügung stellen – zunächst aus der Zeitung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ (1944 und 1945). Wir verstehen diese Beiträge als Kapitel eines Geschichtsbuchs, das Leserinnen und Leser mit eigenen Kenntnissen, Erfahrungen und Einschätzungen verknüpfen und erweitern werden.

Zur Einführung ein zusammenfassender Beitrag von Elrun Dolatowski (Akademie für Gesellschaftswissenschaften, Berlin/DDR, 1988) und ein Aufruf „An die Christen an der Front und in der Heimat“ aus dem „Freien Deutschland“ vom Juli 1944.

In ihm wird für die Nazi-Partei und ihre Ideologie der Begriff „Nationalsozialismus“ gebraucht. Das entsprach offenbar dem Verständnis der Verfasser aus den christlichen Kirchen. Aus Sicht der damaligen Kommunisten und auch aus Sicht der „RotFuchs“-Redaktion ist er demagogisch und falsch. Die NSDAP war weder national noch sozial oder gar sozialistisch. Der Begriff war zur Eigenbezeichnung gewählt worden, um eine Nähe zur Arbeiterbewegung vorzutäuschen. Er ist eine einzige Lüge. Hinzu kommt: In der Bundesrepublik wurde der Begriff „Faschismus“ zur Bezeichnung des Naziregimes erfolgreich aus dem allgemeinen Sprachgebrauch beseitigt. Dem in Westdeutschland wiedererstandenen deutschen Imperialismus kam es darauf an, zwischen NSDAP und SED, zwischen Naziregime und Sozialismus in der DDR durch „Nationalsozialismus“ ein Gleichheitszeichen zu setzen. Auch das ist Demagogie und bewußte antikommunistische Lüge.

Es verbietet sich nach unserer Meinung, das Dokument der bürgerlichen Antifaschisten aus dem Jahr 1944 etwa zu ändern. Aus diesem Grund taucht an dieser Stelle der Begriff „Nationalsozialismus“ im „RotFuchs“ auf.

NKFD – Kampf um Frieden und Antifaschismus

Deutsche verschiedener Schichten, verschiedenster politischer Überzeugungen; Kommunisten Sozialdemokraten, Gewerkschaftsfunktionäre, Christen beider Konfessionen, antifaschistisch eingestellte Arbeiter, Bauern, Intellektuelle, ehemalige Soldaten und Offiziere der Wehrmacht wollten mit dem Nationalkomitee „Freies Deutschland“ gemeinsam ein Zentrum für eine Bewegung zur Beendigung des Krieges, für den Sturz der faschistischen Regierung und ein freies unabhängiges Deutschland schaffen.

Bereits seit Beginn des Krieges leisteten deutsche Antifaschisten eine aktive ideologische Arbeit in den Organen der Politischen Hauptverwaltung der Sowjetarmee für die Beendigung des Krieges durch den Sturz des deutschen Faschismus. Mit deutschsprachigen Zeitungen, Flugblättern, Erklärungen, Aufrufen oder Briefen von Überläufern wandten sich die Antifaschisten an die Angehörigen der faschistischen Armeen an der sowjetisch-deutschen Front. Die Geistesverfassung der meisten deutschen Soldaten war jedoch von der faschistischen Ideologie geprägt. Deshalb erzielte die antifaschistische Propaganda in den ersten Monaten nach dem Überfall auf die Sowjetunion nur vereinzelte Erfolge. Dennoch wurden durch diese Arbeit sowjetischer und deutscher Kommunisten schon damals Voraussetzungen geschaffen, um allmählich bei Soldaten und Offizieren ein Umdenken herbeizuführen, das in der sowjetischen Gefangenschaft zahlreiche ehemalige Angehörige der Nazi-Wehrmacht an die Seite der Antifaschisten führte.

Als die Rote Armee 1943 in der Schlacht bei Stalingrad siegte und begann, die Hitler-Wehrmacht und ihre Verbündeten vom sowjetischen Territorium zu vertreiben, wurde für viele Soldaten und Offiziere die Sinnlosigkeit des Krieges langsam deutlich. Aussprachen von Kriegsgefangenen mit in Moskau lebenden deutschen Antifaschisten führten zu dem Plan, eine Organisation aller antifaschistischen Kräfte zu schaffen. In mehreren

Lagern sprachen sich Kriegsgefangene dafür aus. An die Kriegsgefangenenzeitung „Freies Wort“ war eine Resolution des Lagers 60 mit 84 Unterschriften gerichtet. Darin betonten die Unterzeichner, daß ihnen Stalingrad die Augen geöffnet habe. Sie erkannten, daß die faschistischen Machthaber dem deutschen Volk grenzenloses Unglück gebracht hatten und riefen daher zum Zusammenschluß im Kampf gegen Hitler auf. Im Lager 27 wurde der Gedanke geboren, zur Organisation des Kampfes für den Frieden, die Freiheit und Unabhängigkeit des deutschen Volkes ein Nationales Komitee „Freies Deutschland“ zu gründen.

Die Gründung des NKFD war von großer Bedeutung für ein künftiges Deutschland. Die einzige deutsche Partei, die den Überfall des deutschen Faschismus 1941 auf die UdSSR als verhängnisvollen Schlag gegen die Interessen des deutschen Volkes verurteilte, war die KPD. Sie bemühte sich, entsprechend der Faschismusanalyse des VII. Weltkongresses, eine breite antifaschistische Einheitsfront zu schaffen, in der alle Anhänger der Demokratie und des Friedens ungeachtet weltanschaulicher Unterschiede vereint waren. Der konsequente Kampf der KPD für die Beendigung des Krieges, gegen den Faschismus, erhielt durch die Brüsseler und die Berner Konferenz eine klare Ausrichtung. Die Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ (NKFD) bildete dabei eine wichtige Umsetzung des Konzepts der Zusammenfassung aller Hitlergegner. Es war das erste Mal in der Geschichte, daß Deutsche unterschiedlichster Weltanschauung und aller Klassen und Schichten in einer Kampffront standen, um einen Krieg zu beenden, der den Völkern und dem eigenen Volk so viel Leid gebracht hatte.

Erich Weinert eröffnete die Gründungstagung des NKFD. Einstimmig wurde das Programm der deutschen Antihitlerkoalition, das „Manifest des Nationalkomitees ‚Freies Deutschland‘ an die Wehrmacht und das deutsche Volk“, beschlossen. Es schätzte klar die militärische, außen- und innenpolitische Lage Deutschlands ein. Unmißverständlich hieß es, daß die Beendigung

des Krieges und die schnelle Herbeiführung des Friedens der einzig mögliche Weg zur Rettung des Bestandes, der Freiheit und der Ehre Deutschlands ist. Volk und Vaterland! Gegen Hitler und seinen Krieg! Für sofortigen Frieden! Für die Rettung des deutschen Volkes!

Am zweiten Sitzungstag wurden 39 Mitglieder in das NKFD gewählt. Dreizehn Mitglieder gehörten der KPD an, unter ihnen solche standhaften Kommunisten wie Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, Anton Ackermann, Willi Bredel, Wilhelm Florin, Edwin Hoernle, Hans Mahle und Gustav Sobottka. Kriegsgefangene Antifaschisten waren mit 25 Mitgliedern vertreten – vom Soldaten bis zum Major. Zum Präsidenten wurde Erich Weinert gewählt, zum Vizepräsidenten Major Karl Hetz und Leutnant Heinrich Graf von Einsiedel.

Hilfe bekam das NKFD von der sowjetischen Regierung und von der KPdSU. Getreu dem Prinzip des proletarischen Internationalismus und der antifaschistischen Solidarität unterstützten sie die politisch-ideologische Arbeit des NKFD und stellten technische, materielle und finanzielle Mittel bereit. So konnte das NKFD über eine Wochenzeitung und einen Radiosender verfügen. An der Front waren Felddruckereien und Lautsprecher eingesetzt, um die deutschen Soldaten über die Existenz, Tätigkeit und Politik des NKFD zu unterrichten. Beauftragte des NKFD führten an einzelne Frontabschnitte, um von den vordersten Linien aus über Grabenlautsprecher die faschistischen Truppen aufzuklären und ihnen die Augen über den faschistischen Krieg und das faschistische Regime zu öffnen. Flugblätter und die Zeitung „Freies Deutschland“ wurden unter Kriegsgefahr in deutsche Schützengräben gebracht.

Ein Erfolg der beharrlichen Bemühungen der KPD um die Durchsetzung der Volksfrontpolitik war auch die Gründung des Bundes der Deutschen Offiziere am 11. und 12. September 1943. Hohe Offiziere der Hitler-Wehrmacht hatten sich zusammengeschlossen, um ebenfalls gegen den Krieg und für ein neues

Deutschland zu kämpfen. In seinem „Aufruf an die deutschen Generale und Offiziere, an Volk und Wehrmacht“ kam die Aussichtslosigkeit des Krieges zum Ausdruck. Seine Fortsetzung wurde als unsinnig und unsittlich bezeichnet, da an seinem Ende die völlige Vernichtung Deutschlands stünde. Der Bund schloß sich im September 1943 den Zielen des NKFD an. Nach der Zerschlagung des Hitlerregimes unterstützte das NKFD durch seine Zeitung und

seinen Rundfunksender die antifaschistische Bewegung in der Heimat. Vor allem sollten Hunderttausende von Kriegsgefangenen das Bewußtsein der Pflicht zur Wiedergutmachung erkennen. Es galt, deutsche Soldaten von der geistigen Vergiftung durch die Nazi-ideologie zu heilen und sie zu bewegen, sich für ein neues, besseres Deutschland einzusetzen. Das NKFD beschloß am 2. November 1945 seine Selbstauflösung, nachdem es seine

Aufgaben erfüllt hatte. Sein Verdienst lag darin, daß es eine Sammlungsbewegung der antifaschistischen Kräfte des deutschen Volkes darstellte. Aus seiner Tätigkeit ergaben sich wichtige Erfahrungen für ein breites Bündnis der Arbeiterklasse mit allen antifaschistisch-demokratischen Kräften.

Unsere Zeit, 8. Juli 1988

An die Christen an der Front und in der Heimat

Aufruf der Geistlichen der Bewegung „Freies Deutschland“

Wir, Geistliche und Amtsträger der katholischen und evangelischen Kirche sowie der Freikirchen Deutschlands, einmütig versammelt in dem Willen, unserem Herrn Jesus Christus und seiner Kirche in gläubigem Gehorsam zu dienen und unserm Volk in tatenschlossener Treue zu helfen, haben nach ernster Beratung, aus freiem Entschluß und in eigener Verantwortung das folgende Wort an die Christen der katholischen und evangelischen Kirche an der Front und in der Heimat beschlossen:

Mit brennender Sorge nehmen wir Anteil am Schicksal unseres Volkes: An allen Fronten tobt jetzt der blutige Endkampf dieses Krieges, im Innern steigert sich Untergangsstimmung und Seelenqual bis zur Verzweiflung. Die gegenwärtige Lage ist das Ergebnis eines verhängnisvollen politischen Irrweges, den Deutschland unter Hitlers Führung gegangen ist. Während in Millionen das Vertrauen zur militärischen und politischen Führung Hitlers zerbricht, suchen sie ihre Zuflucht im Vertrauen auf Gott. Diesen Millionen schuldet die Kirche in der jetzigen Stunde seelsorgerische Aufrichtung und klare Wegweisung. Wir als Diener der Kirche wollen – aus unserer besonderen Erkenntnis der Lage heraus – diese Aufgabe in Gehorsam gegen Gottes Wort und Gebot erfüllen. Wir sind dabei gewiß, daß unsere Bischöfe wie auch unsere Amtsbrüder in der Heimat und an der Front die Größe ihrer gegenwärtigen Verantwortung voll erkennen und gleich uns an ihrem Platz handeln werden. Die Kirche erfüllt diese Pflicht mit um so reinerem Gewissen, als sie in mehr als 10jähriger schwerer Auseinandersetzung dem schrankenlosen Größenwahn der nationalsozialistischen Führung tapfer entgegengetreten ist und vor der kommenden Katastrophe gewarnt hat.

Hitler hat in maßloser Überheblichkeit den Feuerbrand dieses Krieges entfacht, er hat Eroberung und Vergewaltigung fremder Länder mit frivoler Offenheit als Kriegsziel propagiert. Für diese verderblichen Ziele läßt er – ohne jedes sittliche Recht, nur zur Verlängerung seiner Gewaltherrschaft – Millionen deutscher Männer an der Front verbluten und liefert in der Heimat blühende Städte, ja Frauen und Kinder der Vernichtung durch den Luftkrieg aus. Er schändet die Ehre des deutschen Namens durch beispiellose Greuelthaten in den besetzten Ländern, durch blutigen Terror gegenüber

dem eigenen Volk. Das sind die Früchte der Weltanschauung, die Hitler vergöttert und Gott gelästert, Rasse und Blut angebetet und Christus verhöhnt, die Gewalt gepriesen und das Recht gebeugt, den Glauben verfolgt und die Liebe geächtet hat.

Heute erfüllt sich in einem gewaltigen Gottesgericht die Wahrheit des Bibelwortes: „Irret Euch nicht, Gott läßt sich nicht spotten, denn was der Mensch säet, das wird er ernten!“ (Gal. 6, 7)

Dazu dürft Ihr nicht länger schweigen! Denn: schweigen heißt mitschuldig werden und den Auftrag Christi an seine Kirche verraten. Es ist Pflicht aller Christen, den Verführern und den Verführten Gottes Gericht und Gottes Gebot zu bezeugen. Es ist Pflicht aller Christen, in Gehorsam gegen Gottes Gebote Buße zu tun, ihr Gewissen rein und ihre Ehre unbefleckt zu halten. Das aber kann kein Deutscher und kein Christ durch tatenloses Warten auf ein Wunder! Wehrt aus der Kraft unseres christlichen Glaubens aller Untergangsstimmung und dumpfen Verzweiflung, kämpft mit betendem Herzen, mit freiem Wort und entschlossener Tat für sofortigen Frieden, für unseres Volkes Freiheit und Rettung. An Euch ist es, daß mit dem Urteil der Welt über Hitler nicht zugleich das Urteil über das deutsche Volk gefällt wird. Ihr müßt durch den Sturz Hitlers dem deutschen Volk den Weg in eine neue Zukunft bahnen. Schließt Euch deshalb – gleich uns – dem Kampf der deutschen Freiheitsbewegung an! Kämpft und arbeitet mit in den Volksausschüssen der Bewegung „Freies Deutschland“! Sie sind die Träger der Befreiung und Erneuerung Deutschlands! Kein Eid steht solchem Kampf im Wege, denn Euer bei Gott geschworener Eid verpflichtet Euch allein zum Dienst an unserem Volke. Dieser Kampf um unseres Volkes Leben wird im Alltag der Front und der Heimat entschieden. Setzt darum dem antichristlichen und volksverderbenden Nationalsozialismus ein Leben christlichen Tatbekenntnisses entgegen!

Der Nationalsozialismus versperrt dem deutschen Volk durch ungeheuerliche Lügen über die angeblichen Vernichtungsabsichten der Feindmächte den Weg zu einem Frieden der Vernunft. Demgegenüber ist es Eure Christenpflicht, überall und zu jeder Zeit Zeugen der Wahrheit zu sein, gehorsam dem Wort der Heiligen Schrift: „Leget die Lüge ab und redet die Wahrheit!“ (Eph. 4, 25)

Der Nationalsozialismus befiehlt Haß und Verachtung gegenüber aufrechten Brüdern im eigenen Volk, freiheitsliebenden Bürgern in besetzten Ländern, ausländischen und kriegsgefangenen Arbeitern in deutschen Fabriken und Bauernhöfen. Demgegenüber ist es Eure Christenpflicht, überall und zu jeder Zeit Liebe zu üben und den Bedrängten zu helfen, denn die Heilige Schrift mahnt: „Es wird aber ein unbarmherziges Gericht über den ergehen, der nicht Barmherzigkeit getan hat!“ (Jak. 2, 13)

Der Nationalsozialismus mutet deutschen Männern an der Front und in der Heimat Gewalttat und Verbrechen zu. Demgegenüber ist es Eure Christenpflicht, überall und zu jeder Zeit den Gehorsam zu verweigern, denn die Heilige Schrift gebietet: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen!“ (Ap. Gesch. 5, 29)

Der Nationalsozialismus verfolgt den christlichen Glauben und die Freiheit des Gewissens. Demgegenüber ist es Eure Christenpflicht, überall und zu jeder Zeit Euren Christenglauben zu bekennen und die Freiheit des Gewissens zu bewahren, denn Christus sagt: „Wer mich bekennt vor den Menschen, den will ich bekenne vor meinem himmlischen Vater. Wer mich aber verleugnet vor den Menschen, den will ich auch verleugnen vor meinem himmlischen Vater!“ (Matth. 10, 32) Nur so erfüllt Ihr heute, gebunden an Gottes heilige Gebote, Eure Christenpflicht! Scheut keine Gefahr, nicht Not noch Tod! Es geht um Deutschland! Wir sind des Sieges gewiß! Unsere Kraft sei das Gebet:

Mein Schild und mein Vertrauen
Bist Du, o Gott und Herr!
Auf Dich nur will ich bauen,
Verlaß mich nimmermehr,
Daß ich noch fromm mag bleiben,
Dein Diener alle Stund',
Die Tyrannei vertreiben,
Die mir mein Herz verwund'!

Freies Deutschland, 16. Juli 1944

Unterzeichnet haben den Aufruf Josef Kayser (katholischer Wehrmachtppfarrer, 76. I.D., Diözese Paderborn), Johannes Schröder (evangelischer Wehrmachtppfarrer, 371. I.D., Neumünster [Holstein]) sowie 23 weitere protestantische und katholische Geistliche.

Genosse Pfarrer

Mit dem voluminösen zweibändigen Werk ist dem Marburger Historiker und Publizisten Friedrich Martin Balzer, der sich bereits 2023 mit dem bei PapyRossa erschienenen Buch „Berufsverbote in der Kirche – der unerledigte Fall Erwin Eckert“ um die Vita des Antifaschisten, Friedenskämpfers und Kommunisten Erwin Eckert verdient gemacht hat, in mehrerlei Hinsicht ein großer Wurf gelungen. Es geht Balzer nicht nur um das dokumentarische Nachzeichnen des politischen und religiösen Wirkens von Eckert, es geht ihm nicht nur um eine in intensiver Quellenarbeit erstellte Chronik der Reden, Aufsätze und Aufzeichnungen des unter stetiger Verfolgung der Amtskirche, der reaktionären Kräfte in der Weimarer Republik, des faschistischen Machtapparats und zuletzt der revanchistischen Bonner Republik stehenden Eckert. Balzer versteht es, die große historische Linie des Kampfes gegen Krieg, Faschismus und Revanchismus ins Hier und Jetzt zu ziehen. Es sind verschiedene politische Kristallisationspunkte, um die sich die Darstellung der Person Erwin Eckert in ihren Selbstzeugnissen dreht. Zu ihnen zählen der Konflikt zwischen institutionalisierter Kirchenlehre und ihren radikal-demokratischen Antipoden, um die Vereinbarkeit der nichtinstitutionellen christlichen Botschaft mit dem marxistischen Denken. Lässt sich der Widerspruch von materialistischer Weltanschauung, welche die Umwälzung der Ausbeuterverhältnisse im Diesseits anstrebt, mit dem Bild der Erlösung und des Friedens, von dem es in der biblischen Offenbarung im Vers 7 heißt: „Sei getreu bis an den Tod, so will ich dir die Krone des Lebens geben“, in eins bringen, kurz: kann ein Christ den Klassenkampf gutheißen?

In seiner Predigt vom 23. November 1919 umreißt Eckert das Ziel der die „Menschwerdung aller“ (als) ein Reich der Liebe, der Gerechtigkeit, der Freude und des Friedens [...] ein Reich, in dem alle Menschen gleich sind, an Recht und Existenz, nicht nur vor Gott, sondern untereinander, ein Reich, in dem nicht mehr das Geld herrscht“. Mag man angesichts des weitgehenden Verlusts religiöser Bedeutungsmacht in der heutigen Zeit, dies Ineinsbringen von christlichem Humanismus und Sozialismus für einen eher nebensächlichen Punkt halten, wird man der Frage von Krieg und Frieden, Pazifismus und bewaffneter Ab-, Gegen- und Vorauswehr nicht ausweichen können. Und wer sich diese Frage vorlegt, zumal als Christ, kann nur erschauern, ob der staatswillfährig dumpfen Muster, die noch heute von der Amtskirche ausgegeben werden, wenn zum Beispiel die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Annette Kurschus, Waffenlieferungen an die Ukraine als notwendig bezeichnet oder der Münchner Theologe und „Ethiker“ Friedrich Lohmann sogar von einer christlichen Pflicht zum Waffengang spricht. Aus Nächstenliebe töten? Warum nicht gleich Raketen und Granaten segnen?, fragt man sich. Geschichte wiederholt sich nicht, aber die Struktur ihres Fortgangs gehorcht gleichen Gesetzmäßigkeiten. Oder, um es mit Hans

Heinz Holz zu sagen, „ohne Analogien gibt es keine geschichtliche Erkenntnis“. Eckerts Worte auf der Friedensfeier am 28. Dezember 1930 in Mannheim haben auch heute nichts von ihrer Richtigkeit verloren: „Wir müssen unter allen Umständen einen neuen Krieg verhindern. Wir müssen abrüsten (...) Wir müssen darauf dringen, daß jeder, der erwachsen ist in unserem Volk, mitbestimmt über diese letzten Fragen der Existenz unseres Volkes; schon dadurch wird die Gefahr eines neuen Krieges eingedämmt. Wir müssen aber auch die Wirtschaftsordnung in allen Ländern bekämpfen, die immer wieder nach neuen Absatzgebieten, Rohstoffquellen, Kolonien ausgeht, die die nationale Wirtschaftskonkurrenz im Frieden zur blutigen Konkurrenz der Waffen im Kriege macht.“ Im badischen Landtag spricht Eckert am 25. März 1949 als KPD-Abgeordneter von der NATO als dem „Kernstück einer systematischen Einkreisung der sozialistischen Sowjetunion und der Staaten, die den Frieden wollen (...) ein Kriegspakt des Weltkapitalismus gegen die um ihr Recht kämpfenden Arbeitermassen aller Länder, gegen die unterdrückten Kolonialvölker, gegen den Sozialismus“. Genau jene Einkreisungspolitik, deren aktuelle Formen als NATO-Ost- und inzwischen Norderweiterung ganz im Sinne der Analyse Eckerts beschrieben werden kann. Erwin Eckert wurde am 16. Juni 1893 als ältestes von acht Geschwistern in Zaisenhausen (Kraichgau) geboren. Aus eigener Anschauung lernte der junge Eckert die sozial bedrückenden Verhältnisse der Arbeiterschaft kennen, da er seinen als Armenpfleger tätigen Vater oft im Viertel begleitete. Mit 18 Jahren Eintritt in die SPD, Abitur und Beginn des Studiums der Theologie und Philosophie. Im ersten Weltkrieg Kriegsfreiwilliger, formten die Erlebnisse auf den Schlachtfeldern aus ihm einen entschiedenen Kriegsgegner. In Eckerts Denken verband sich die lebendige Religiosität seiner Mutter mit der konsequenten demokratischen Gesinnung seines Vaters. 1919 wurde er zum Stadtvikar in Pforzheim ernannt. Als Eckert am 30.1.1927 in Mannheim seine Antrittspredigt in der Trinitatiskirche hielt, lagen bereits acht Jahre politischen Kampfes als antimilitaristischer Christ hinter ihm. 1920 Mitgründer des „Bundes evangelischer Proletarier“ (später „Bund evangelischer Sozialisten“), stand er zu dessen zentraler Forderung: „Die evangelische Kirche muß vom Staat frei bleiben und von der reaktionär-politischen Beeinflussung befreit werden“. 1923 entwarf er das Programm der evangelischen Sozialisten Süddeutschlands, 1924 die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft der religiösen Sozialisten Deutschlands“, 1925 die erste Geldstrafe durch die Kirchenführung wegen seiner antimilitaristischen Haltung, 1926 Agitation für das von SPD und KPD initiierte Volksbegehren zur Enteignung der Fürstenthümer. Sein konsequentes Auftreten für Frieden und gegen soziale Mißstände brachte Eckert zusehends in Konfrontation mit dem Klerus. 1929 – er war mittlerweile Mitglied der badischen

Landessynode – erteilte ihm die Verurteilung durch das kirchliche Dienstgericht wegen Amtspflichtverletzung. Wenn es um Frieden und Antifaschismus ging, scherte sich Eckert keinen Deut um die eigene Sicherheit oder seine Zukunft in der Institution Kirche. 1930 sorgte er auf dem Evangelischen Kirchentag in Nürnberg für einen Eklat, als er die These von der bolschewistischen Christenverfolgung in der Sowjetunion widerlegte. 1931 hagelten Sanktionen aus allen Richtungen auf Eckert nieder. Zum Jahresbeginn suspendierte ihn der Oberrat der Evangelischen Kirche vom Kirchendienst, am 2. Oktober 1931 wird er aus der SPD ausgeschlossen, acht Wochen später verliert er alle Ämter im „Bund religiöser Sozialisten“, im Dezember übernimmt seine Kanzel in Mannheim ein Pfarrer mit NSDAP-Mitgliedsbuch. Eckert trat in die KPD ein, mobilisierte weiter gegen Krieg und Faschismus. Im Dezember 1931 ist er auf über 150 Kundgebungen zu hören. Walter Ulbricht, der mit Eckert das Aufnahmegespräch zum KPD-Beitritt im Oktober 1931 geführt hatte, sah in ihm ein „Vorbild an Treue zu Humanität und Sozialismus und an wissenschaftlicher Konsequenz in der Anwendung des Marxismus“. Am 27. Februar 1933 brannte der Reichstag, wie zehntausende andere kam Eckert durch die „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ in Haft. Wieder in Freiheit, siedelte er im Oktober 1933 nach Frankfurt/Main über. Die von ihm betriebene Leihbücherei diente als getarnter Treffpunkt der Roten Hilfe. Verraten durch einen eingeschleusten Spitzel flog Eckert auf, wurde erneut inhaftiert und 1936 vom Volksgerichtshof Kassel wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu drei Jahren und acht Monaten Zuchthaus verurteilt. 1940 blieb ihm die Überstellung ins Konzentrationslager aufgrund einer akuten Erkrankung erspart. Bis Kriegsende unter polizeilicher Beobachtung, führte er ab November 1945 den Vorsitz des antifaschistischen Bündnisses „Das neue Deutschland“ in Baden und wurde Anfang 1946 in die Regierung Südbadens berufen. Bei der Oberbürgermeisterwahl 1949 in Mannheim errang er fast 35 Prozent der Stimmen. Sein Engagement im 1950 gegründeten westdeutschen Friedenskomitee gegen Remilitarisierung, Atomrüstung und Wiederbewaffnung, brachte ihm nach einem spektakulären Prozeß im April 1960 eine Haftstrafe ein. In seiner Vernehmung erklärte Eckert: „Wir haben in der Friedensbewegung nichts getan von dem, was uns vorgehalten wird. Wir haben vielmehr dazu beigetragen, daß eine Zeit beginnt, in der durch internationale Entspannung und Abrüstung ein friedliches Zusammenleben – die Koexistenz der Völker – möglich wird.“ 1972 starb Erwin Eckert im Alter von 79 Jahren in Mannheim.

Dr. Ralf Hohmann

Erwin Eckert – Antifaschismus. Frieden. Demokratie / Reden und Texte (1945–1959) in zwei Bänden (824 S.), Hrsg.: Friedrich Martin Balzer, Neue Impulse Verlag GmbH, 39,60 EUR.

Faschismus – Kind des Finanzkapitals

Es ist etwa einhundert Jahre her, daß einflussreiche politische Kräfte in Europa und breite Kreise der Bevölkerung der trügerischen Meinung waren, der Faschismus sei nicht besonders ernst zu nehmen. Die damals an die Macht gekommenen Faschisten würden ohnehin bald abgewirtschaftet haben. Ein Blick ins Geschichtsbuch zeigt, daß das ein katastrophaler Irrtum war, dem eine der größten Katastrophen der Menschheitsgeschichte folgte.

Diese Position findet sich leider auch in heutigen Diskussionen wieder. So sagt beispielsweise Azzara im Oktober in einem auf das aktuelle Italien bezogenen Artikel in der „Jungen Welt“ (1), daß „weder in Italien noch anderswo eine faschistische Gefahr im klassischen Sinne“ bestehe und es lediglich „das Mitte-Links-Lager“ sei, das „die Angst vor einem autoritären Wandel des Landes, bisweilen sogar die vor einer Rückkehr des Faschismus“ beschwöre.

Zeigen nicht gerade die Erfahrungen aus dem Deutschland von 1933 überaus deutlich, wie schnell eine parlamentarische Demokratie im Handumdrehen hinweggefegt und durch eine faschistische Diktatur ersetzt ist?

Wir sollten keinesfalls in den Fehler verfallen, jene Gefahren zu unterschätzen, die durch die deutlich zunehmenden Kräfte profaschistischer und faschistischer Bewegungen in fast allen westeuropäischen Ländern und den USA bereits entstanden sind und die sich weiter entfalten.

Wie kommt Azzara zu dieser sträflichen Unterschätzung der Gefahren, obwohl doch seine Analyse in vielen Punkten durchaus zutreffend ist? Beispielsweise beschreibt er völlig exakt, daß die gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen in Italien Ausdruck der Existenz „zweier sozialer Blöcke“ sind, die „von den beiden wirtschaftlichen Fraktionen des italienischen Kapitalismus“ angeführt werden, dem „dominanten, stärker in die globalen Wertschöpfungsketten integrierten“ Kapital und dem „untergeordneten, stärker territorialen und von der Globalisierung geschädigten“. „Die beiden Lager teilen sich das Terrain des neoliberalen Staates“, stellt er richtig fest. Leider verläßt er anschließend diese absolut richtige Spur. Sie hätte ihn zwangsläufig zu der Frage geführt, ob es nicht gerade die ökonomischen Interessen jener „dominanten, stärker in die globalen Wertschöpfungsketten integrierten“ Fraktion des Kapitals sind, deren Machtzuwachs dem Faschismus den Weg ebnet und ihn nachgerade erforderlich macht.

Daß gerade daher der Faschismus stammen könnte, worin er wurzelt und wer ein riesiges, ökonomisch begründetes Interesse an faschistischer Herrschaft haben könnte, interessiert ihn plötzlich überhaupt nicht mehr. Statt dessen verliert er sich in einer Diskussion über bürgerlichen Liberalismus und bürgerliche Demokratie und spricht faktisch die „moderne Demokratie des 20. Jahrhunderts“ heilig. Er geht offenbar nicht davon aus, daß diese so gepriesene „moderne“

Demokratie nichts anderes ist, als eine historisch konkrete Form der Klassenherrschaft – veränder- und wandelbar nach dem Gusto der Herrschenden.

Natürlich war die parlamentarische Demokratie ein gewaltiger Fortschritt in der Entwicklungsgeschichte der Herrschaftsformen, war es doch nunmehr möglich, Interessengegensätze zwischen verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klassen auf geregeltere und kulturvollere Weise gegeneinander abzuwägen. Und natürlich war es von großem Wert, daß die parlamentarische Demokratie auch der Entfaltung der politischen Kämpfe der Beherrschten neue Spielräume verschaffte. Keinesfalls darf man aber davon abstrahieren, daß auch diese „Demokratie“ längst keine Herrschaft des Volkes über seine Lebensumstände, sondern lediglich eine elegantere Form der Herrschaft der Minderheit über die Mehrheit der Gesellschaft ist. Deshalb versteht Azzara den Faschismus auch nicht von seinem Wesen, sondern nur von seinen äußeren Erscheinungsformen her. Weil seine heute erkennbaren Erscheinungsformen noch nicht völlig den gewohnten Mustern der Vergangenheit entsprechen, verwandelt sich der Faschismus in Azzaras Analyse unter der Hand aus einer im Wesen des Kapitals wurzelnden Gefahr in lediglich eine Variante eines „Kulturkampfes“. Kulturkämpfe aber sind ihrem Wesen nach eher etwas Vergängliches, das sich ohne Not überstehen läßt. Dieser Illusion sollten wir uns keinesfalls hingeben.

Wir sollten uns deshalb immer an jene 1935 geprägte Charakterisierung des Faschismus als „die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten und am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ erinnern. Sie stellt die unmittelbare Verbindung zwischen den ökonomischen Wurzeln des Faschismus und den ihnen entsprechenden politischen Erscheinungen her. Damit ist sie der konkrete Ausdruck dessen, daß Politik ihrem Wesen nach immer der konzentrierte Ausdruck der Ökonomie ist und bleibt.

Genau jene Teile des Finanzkapitals, die seine reaktionärsten, chauvinistischsten und am meisten imperialistischen Elemente sind, haben in den letzten Jahrzehnten eine stürmische Entwicklung genommen. Genau sie treffen in einer Welt, in der die Menge der finanziellen Transaktionen die Größe des materiellen Produkts um das Mehrfache übertrifft, ständig auf objektive Schranken für die Erzielung von Profit. Wird doch Profit nur in der materiellen Produktion geschaffen und kann nicht beliebig oft „abgegriffen“ werden. Dem Finanzkapital gelten diese objektiven Schranken als ein Graus, und es ist zunehmend bereit, jede dieser Schranken hinwegzufegen. Egal, ob sie aus nationalen Verfügungsberechtigungen über Rohstoffe und Märkte bestehen, aus Regulierungen und Gesetzen oder demokratischen Mitbestimmungsregeln der parlamentarischen Demokratie. Wer dazu ein Beispiel braucht,

kann gern verfolgen, in welcher Weise Elon Musk gedenkt, über Donald Trump nationale und internationale Machtverhältnisse „umzugestalten“.

Man kann es nicht oft genug wiederholen: Diese Kräfte des globalisierten Finanzkapitals sind heute durchaus in der Lage, die ihnen überflüssig vorkommenden Regeln der parlamentarischen Demokratie einfach hinwegzufegen. Die Puppen, die dazu vor dem Vorhang der Bühne der Macht zu tanzen haben, sind längst „im Aufbau“. In jedem der westlichen Länder läßt sich das mit konkreten Namen und politischen Bewegungen belegen. Die Strippenzieher bleiben im Dunkel der Hinterbühne weitgehend unsichtbar. John Heartfield hat dazu vor 1933 in einer Fotomontage Hitler mit nach oben und hinten ausgestreckter Hand ausrufen lassen „Millionen stehen hinter mir!“. Und ein feist lächelnder Banker ließ dabei Geldschein über Geldschein in genau diese Hand fallen. Was für ein präzises Bild das doch war: Die Gefahr kam damals nicht eigentlich von den Millionen, sie kam von den Millionären.

Daraus sollten wir unbedingt lernen. Auch deshalb, weil heute aus den Millionen längst Milliarden und Billionen geworden sind. Das Unheil, das sie anrichten können, ist mit diesen Zahlen ebenfalls gewachsen.

Wir sollten uns keinerlei Illusionen hingeben. Donald Trump hat uns bereits am Ende seiner ersten Amtszeit vorgemacht, wie verletzlich die so hochgepriesenen „stabilen“ Institutionen der „westlichen Demokratie“ in Wirklichkeit sind. Frau Faeser zeigt jeden Tag aufs Neue, wie leicht es ist, „grundgesetzlich garantierte“ demokratische Rechte ohne großen Widerstand der Gesellschaft zu schleifen. Die Diskussion um Migration und Migranten zeigt, wie dünn die Haut nur noch ist, die die moderne Gesellschaft von der Barbarei trennt. Und die Fixierung heutiger Politik in Deutschland und der EU auf Rüstung, Konfrontation und Krieg sollte uns dringend mahnen, in den Geschichtsbüchern nachzuschlagen, was in Deutschland zwischen 1933 und 1939 geschah und wie das Ganze orchestriert wurde. Der Zweite Weltkrieg fiel nicht vom Himmel. Auch der Dritte würde nicht „einfach so“ ausbrechen. Er wird auch in Deutschland bereits über Jahre zielstrebig vorbereitet. Pistorius, Strack-Zimmermann, Hofreiter oder Kiesewetter agieren durchaus nicht im Verborgenen. Ob es deshalb nützlich ist, angesichts all dessen wie Azzara davon auszugehen, daß „Opportunismus, Improvisation und Dilettantismus im kulturellen Bereich“ bei den Herrschenden „ein unüberwindbares Hindernis für die ... Rechte“ sein werden, darf bezweifelt werden. Eine solche Parole klingt viel zu sehr nach dem naiven „es wird schon nicht so schlimm kommen“ aus dem Deutschland von 1933.

Dr. Joachim Seider
Berlin

Stefano G. Azzara „Bonapartismus und Kulturkampf“, junge Welt 12./13.10.2024, S. 12/13

Neue internationale Solidarität gegen unipolaren Untergang

Kasan, die im Südwesten Rußlands am Ufer zweier Flüsse, der Wolga und der Kasanka, liegende Millionenstadt, war der Austragungsort einer Veranstaltung, für deren Verlauf die Bezeichnung des sonst zu Werbezwecken verkommenen Worts „nachhaltig“ zutraf. Hier fand das 16. Gipfeltreffen der BRICS-Gruppe statt. Delegationen aus 36 Staaten, zwei Drittel davon angeführt von Staats- und Regierungschefs, beteiligten sich auch unter Teilnahme mehrerer internationaler Organisationen an der dreitägigen Konferenz. Selbst der UN-Generalsekretär Antonio Guterres fand den Weg nach Kasan. Allein die Tatsache, daß dieses Treffen stattgefunden hat, war ein Erfolg. Im Vorfeld der Veranstaltung übte, was zu erwarten war, der Westen

ging um etwas viel Grundsätzlicheres. Die Tage in Kasan waren erfüllt vom Wunsch der Selbstverständigung zwischen den Teilnehmern über das Ziel, eine Botschaft an den Westen zu richten. Von dort wird man nicht müde, Rußland als einen international isolierten Staat zu bezeichnen. Kasan bewies das Gegenteil. Der BRICS-Gipfel wurde zu einem Symbol der „De-Isolierung“ Rußlands. Mehr noch: Während die Rolle Chinas und Rußlands im Kampf gegen den Kolonialismus unvergessen und unstrittig ist, haben sie deutlich gemacht, daß sie sich noch immer gemeinsam mit den Ländern des Südens als im antikolonialen Befreiungskampf befindlich verstehen. Man kann dies getrost auch als Ausdruck einer internationalen Solidarität neuen Typs

Multilateralismus in den Bereichen Frieden, Klima, Finanzen und Technologie. Und er betonte die Notwendigkeit von Frieden in Regionen wie in Gaza, Libanon, Sudan und der Ukraine im Einklang mit der UN-Charta, dem Völkerrecht und den Resolutionen der UN-Generalversammlung. Wie auch in der Kasaner Erklärung forderte er die Einhaltung der UN-Grundsätze, einschließlich Souveränität, Rechtsstaatlichkeit, territoriale Integrität und Menschenrechte.

Der Einwand, daß sich der „freie und demokratische Westen“ gleichfalls auf diese Grundsätze beruft, wäre berechtigt, würden sie als Richtschnur für dessen Politik dienen. Über viele Jahrzehnte waren sich die USA ihrer unangefochtenen globalen Hegemonie in einer unter ihrem Kommando stehenden unipolaren Welt sicher. In jenen Jahren suchte man im Wortschatz der einzigen Supermacht vergebens nach diesen Grundsätzen. Sie würden auch vor dem Hintergrund der Kolonialgeschichte und der Blutspur, welche die imperialistischen Kriege hinter sich hergezogen haben, nicht passen. Sie fanden auch beim ersten Angriffskrieg auf europäischem Boden nach dem 2. Weltkrieg – 1999 in Jugoslawien – keine Beachtung. Nur der von Gnaden der USA auf den Stuhl des Außenministers gehievte Joseph Fischer brachte es mit seinem Auschwitz-Vergleich in die Schlagzeilen. Erst als immer offensichtlicher wurde, daß die NATO-Staaten unter Anleitung der USA einen neokolonialen Feldzug gegen Rußland inszenierten und auf erfolgreiche Gegenwehr stießen, entdeckten sie jene Grundsätze, von denen sie zuvor meinten, keinen Gebrauch machen zu müssen. Kommen wir deshalb noch einmal auf den UNO-Generalsekretär zurück. Seine Mahnung, sich auf die Charta der Vereinten Nationen zu besinnen, wurde von den westlichen politischen Akteuren entweder nicht zur Kenntnis genommen oder schlug sich in von Russophobie gefärbten Kommentaren nieder. Die „Süddeutsche Zeitung“ sprach von einem „Bückling“ vor Putin, und Springers „Welt“ titelte, der UN-Generalsekretär habe „einem Mörder“ die Hand geschüttelt. Er habe deshalb in seiner Funktion, wie die TAZ schreibt, Verrat an den westlichen Werten begangen. Damit soll wohl gesagt werden, daß Guterres gar nicht befugt sei, in seiner Funktion die gesamte Staatenwelt zu repräsentieren. Um es vereinfacht auszudrücken. Das Copyright des Textes der UNO-Charta will der Westen als alleiniger Eigentümer für sich in Anspruch nehmen und ihn so auslegen, wie es ihm in den Kram paßt.



2. November: Wladimir Putin (l.) begrüßt UN-Generalsekretär Antonio Guterres

erheblichen Druck auf die eingeladenen Staaten und Organisationen aus. Im nachhinein waren Mainstream-Kommentare, sofern es überhaupt welche gab, von Arroganz und Überheblichkeit geprägt. Die Medien waren bemüht, die Konferenz als reine Propagandashow abzuqualifizieren – nach der Devise: Die Hunde bellen, der regelbasierte Wertewesten zieht weiter ... Damit haben sie allerdings nur bewiesen, daß sie den Geist, den politischen Tenor, der Kasaner Tage überhaupt nicht verstanden haben. Selbst der Herausgeber der „Berliner Zeitung“, Michael Maier, kam, wenngleich in sachlicher Tonalität, zum Ergebnis, daß der Gipfel „kein Erfolg für Putin“ gewesen sei. In seinem Resümee befaßt er sich ausschließlich mit den wirtschaftlichen und finanziellen Fakten. Richtig ist, daß die Idee einer gemeinsamen BRICS-Währung (vorerst) nicht weiterverfolgt wird und daß man sich deshalb vorerst nicht vom Dollar abkoppelt. Aber das zu erreichen, war nicht das vorrangige und schon gar nicht das einzige Ziel. Es

oder neuer Prägung verstehen. Was nicht heißen soll, daß es zu allen Problemen und Konflikten einen Konsens gab. So vertraten die teilnehmenden Staaten zum Krieg in der Ukraine Positionen, die sich teilweise deutlich voneinander unterschieden. Es wurde aber Wert darauf gelegt, daß die verschiedenen Standpunkte als gleichwertig zu betrachten sind. Entscheidend war hier die Bereitschaft, der russischen Sichtweise zur Vorgeschichte und zum Hintergrund des Krieges vorurteilsfrei zuzuhören. In der Kasaner Erklärung steht, daß alle Staaten im Einklang mit den UN-Grundsätzen in ihrer Gesamtheit und in ihrem Zusammenhang handeln sollten, also sich nicht nur mit einem Grundsatz (zum Beispiel Souveränität und territoriale Integrität) zulasten anderer Grundsätze (wie dem Schutz von Minderheitenrechten und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker) befassen sollten. Das war im Wesentlichen genau das, was Antonio Guterres in Kasan angemahnt bzw. gefordert hat. Er plädierte für die Stärkung des

Bellizistische Empathie

„Die Friedensfrage“, so lautete der Titel eines Beitrags in der „Berliner Zeitung“ vom 24. Oktober. In diesem Beitrag attestiert der Autor Dr. Klaus Wittmann dem von Sahrha Wagenknecht geführten BSW „eine horrend

Empathielosigkeit gegenüber einem von Vernichtung bedrohten Volk und erschütternde Blindheit gegenüber Putins Zielen“. Ein Brigadegeneral a. D., nunmehr Zeitgeschichte an der Universität Potsdam lehrend, also einer, der auf die „militärische Logik“ nichts kommen läßt, benutzt das Wort „Empathie“. Wie das? Das neuerdings im politischen Sprachgebrauch in Mode gekommene Wort „Empathie“ bezeichnet die Fähigkeit und Bereitschaft, Empfindungen, Emotionen, Motive und Gedanken einer anderen Person zu erkennen, zu verstehen und nachzuempfinden. Wittmann sollte das Wort nicht leichtfertig verwenden. Es ist nämlich – auf die internationale Ebene übertragen – genau diese Empathielosigkeit des Westens, die Rußland seit 1990, spätestens seit der Präsidentschaft Wladimir Putins, den NATO-Staaten vorwirft. Diese waren zu keiner Zeit willens, die Mahnungen, Bitten und Vorschläge in der Rede Putins auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 ernst zu nehmen (auf der Besuchertribüne haben einige Politiker und Journalisten Putin ausgelacht), und sie haben die Wünsche Rußlands nach Akzeptanz seiner Sicherheitsinteressen bis in den Februar 2022 hinein arrogant ignoriert. Wer aber den Kontext der Ereignisse vor dem russischen Eingreifen ausblendet, sollte auch von Empathie schweigen.

Bleiben wir noch ein wenig beim empathisch eingestellten General aus Potsdam und seiner Polemik gegen das BSW in der Person Sahra Wagenknechts. Der Vorwurf, sie vertrete die Interessen des Kreml und unterstütze die Pläne Rußlands zur Vernichtung der Ukraine sind Unwahrheiten in zweifacher Hinsicht, denn es gab und gibt überhaupt keine Pläne Rußlands, die Ukraine ihrer Staatlichkeit zu berauben, weshalb Wagenknecht solche auch gar nicht unterstützen kann. Wittmann schreckt in seiner Polemik auch nicht vor handfesten Unwahrheiten zurück. Zwei besonders krasse Beispiele:

1. Der inzwischen legendäre INF-Vertrag, ausgehandelt 1987 zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow, wurde von den USA durch Donald Trump gekündigt. Natürlich mit der Begründung, Moskau habe den Vertrag verletzt. Hätte es aber wirklich einen Verdacht in dieser Hinsicht gegeben, dann hätte man nicht einfach einen Vertrag kündigen dürfen, sondern man hätte sich an einen Tisch setzen müssen, im Bemühen um eine Einigung. Aber darum ging es den USA gar nicht, sondern darum, sich von den Fesseln aller Rüstungskontrollverträge (u. a. auch dem ABM-Vertrag) zu befreien.

2. Der Autor verdreht komplett die Ereignisse um Minsk II. Nicht die Russen waren es, wie Wittmann behauptet, die das Abkommen unterlaufen haben, sondern die westlichen Vertragspartner, die der Ukraine Zeit einräumen wollten, sich mit westlicher Hilfe militärisch aus- und hochzurüsten. Wittmann könnte sich den Sachverhalt von Frau Merkel und Herrn Hollande bestätigen lassen. Sie würden ihm auch sagen können, auf wessen Konto die 14 000 Opfer des innerukrainischen Krieges zwischen 2014 und 2022 gehen, die er den Russen in die Schuhe schieben will.

Auch in seiner jetzigen Tätigkeit als Publizist müßte der Ex-General den Kriegsverlauf in

der Ukraine mit militärischem Sachverstand beurteilen können. Wenn er aber sich selbst gegenüber ehrlich wäre, würde das Resultat seiner Analyse in den Medien gar nicht gut ankommen. Nachdem Selenskyj für die Ukraine das in Istanbul ausgehandelte unterschrittsreife Abkommen zur Beilegung des Konflikts im Frühjahr 2022 hat platzen lassen – im Auftrag der USA und Großbritanniens –, gab es für das von den USA gesteuerte Kriegsbündnis nur einen Plan: Rußland an die Wand zu nageln und die staatliche Souveränität des Landes in neokoloniale Abhängigkeit zu zwingen. Diesem Plan hat die Marionette in Kiew in diesem Jahr noch ein Wort hinzugefügt. Nun heißt es „Siegessplan“. Ausnahmslos alle Beteiligten wissen, daß ein solcher „Siegessplan“ nicht realisierbar ist. Um dies einzugestehen, muß ein Weg von Illusionen zurück zur Realität gefunden und zurückgelegt werden. Auf der Suche nach dem Pfad und weil Schlappmachen nicht infrage kommt, müssen abseits der Hauptstraße andere Wege gefunden werden. Und genau deshalb wurde die Kategorie „Empathie“ als Waffe an der propagandistischen Front sowohl nach innen als auch nach außen bis in die Ukraine hinein eingesetzt. Deshalb findet kaum noch eine Veranstaltung im öffentlichen Raum statt – von Gewerkschaftstagen, Preisverleihungen für Film- und Fernsehproduktionen bis hin zu Gottesdiensten –, auf der nicht Treueschwüre für das „selbstlos kämpfende ukrainische Volk“ abgelegt werden. Hier wurde also ein moralisches Gerüst aufgebaut mit der Absicht, den Menschen eine (realitätsferne) Siegeszuversicht einzuimpfen. Allerdings dürfen dabei Einschüchterungsversuche nicht fehlen. Und so heißt es landauf, landab, daß Rußland, wenn es seine Spezialoperation in der Ukraine beendet haben wird, vor jedermanns Haustür steht. Deshalb wurden mit dem Mantra der NATO, nur Waffenlieferungen in die Ukraine würden den Weg zum Frieden ebnen, diejenigen, die für Verhandlungen plädieren, als Marionetten des Kremls verurteilt, denen das Schicksal der Ukraine völlig egal sei. Der einzig gültige Ausdruck der Empathie liege demnach in der Bereitschaft, den nicht zu gewinnenden Krieg geschlossen und ohne „Wenn und Aber“ zu unterstützen. Somit funktioniert der Einsatz der Empathie als Waffe ganz auf der Linie der „militärischen Logik“ als Brandmauer gegen jedwede Kritik. Die Waffenlieferungspolitik des Westens läßt sich mit einem Todkranken vergleichen. Die immer größeren Schmerzen werden mit einer immer stärkeren Dosis Morphinum gelindert, so lange, bis dem Patienten die lebensverlängernde Medizin nicht mehr hilft. Als Sterbebegleiterin will Annalena Baerbock ihre Reisen nach Kiew nicht verstanden wissen. In Unkenntnis des wahren Zustands des Patienten (oder aus Unwillen, diesen zur Kenntnis zu nehmen) spult sie bei jedem Besuch immer dieselben Sätze ab, die sie eigentlich (Reisekosten sparend) als Video inklusive ihrer Tränen nach Kiew schicken könnte. Man stünde „felsenfest an der Seite der Ukraine“, weil die „Ukrainerinnen und Ukrainer die Freiheit aller in Europa verteidigen“. Letztere ist den USA völlig schnuppe. Dem republikanischen Senator Lindsey Graham, der bekanntlich schon

längst einen gierigen Blick auf die Ukraine geworfen hat, weil diese auf kostbaren Mineralien sitzt, ist das Schicksal Europas eher gleichgültig: „Solange wir der Ukraine mit den nötigen Waffen und wirtschaftlicher Unterstützung helfen, wird sie bis zum letzten Mann kämpfen“ – und (hat er hinzugefügt) „... unser Geschäftsmodell zur Ausbeutung der Bodenschätze bereitwillig unterstützen“.

Wittmann beklagt das Wetter gegen die „militärische Logik“. Seine geht so: Um die Auftragslage der Rüstungsindustrie zu verbessern, muß für eine regelmäßige Erhöhung des Militärhaushalts zu Lasten der Sozialausgaben gesorgt werden. Das aber funktioniert, wenn überhaupt, nur auf Dauer, wenn die Bedrohungslage im Gleichschritt immer wieder nachjustiert wird. Anders ausgedrückt: Der Brigadegeneral a. D. tut genau das, was er seinen Gegnern vorwirft, nämlich die Kriegssängste der Bevölkerung schüren. Fest an seiner Seite steht ein alter Mann, der zu den bekannteren westdeutschen Historikern zählt: Hermann August Winkler. In einem im „Spiegel“ veröffentlichten Beitrag empfiehlt er, Empathie mit der „kriegerischsten Nation der Weltgeschichte“ (Ex-US-Präsident James E. Carter) glaubhaft zu machen. Winkler beschwört CDU und SPD geradezu, sich nicht auf die Forderungen des BSW nach Friedensverhandlungen zur Beendigung des Kriegs in der Ukraine und einer Ablehnung der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland einzulassen.

Die Iden des März

So heißt ein Roman des 1975 verstorbenen US-amerikanischen Schriftstellers Thornton Wilder. Der Roman behandelt die Ereignisse, die zum Mord an Julius Cäsar am 15. März 44 v. u. Z., also an den Iden des März, geführt haben. Cäsars Schützling Brutus war der Mörder. „Auch du, mein Sohn Brutus“ sollen Cäsars letzte Worte gewesen sein. Zwar hat, nach William Shakespeares Drama, der römische Politiker Marcus Antonius den Attentäter in einer in ironischem Ton gehaltenen Rede – „Aber Brutus war ein ehrenwerter Mann“ – als Mann ohne Fehl und Tadel ausgewiesen. Letztlich aber verlor der Verräter seinen Kopf. Berlinisch gefragt: Mann, ham se't nich 'n bißken kleener? Richtig, deshalb Szenenwechsel: In absehbarer Zeit wird Olaf Scholz (wahrscheinlich) nicht mehr Bundeskanzler sein. Es waren nicht wie bei Cäsar 40 Messerstiche, die in ihn eingedrungen sind, sondern nur die Attacken eines eitlen Mannes, der sich die flächendeckende Inkompetenz seiner Kollegen im Kabinett zunutze machte. Diejenigen, die sich gegenwärtig über das Aus der Ampel freuen, müssen wissen, daß im Kielwasser des Herrn Merz u. a. Roderich Kiesewetter, Agnes Strack-Zimmermann und Anton Hofreiter schwimmen, die mit dem Taurus auf den Schultern dem Statthalter der USA in Kiew, Wolodymyr Selenskyj, ihre Aufwartung machen werden. So geht Empathie unter kriegs-süchtigen Imperialisten: Alle für einen, für die USA und ihr Ziel, die globale Wiederherstellung ihrer unipolaren Weltgeltung – und sei es um den Preis der gemeinsamen Vernichtung.

War der Kriegseintritt Rußlands wirklich ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg?

Mit diesen Fragen beschäftigt sich ausführlich das Buch „Wahrheitssuche im Ukraine-Krieg – Um was es wirklich geht“ von Thomas Mayer. Das Buch ist eine sorgfältig recherchierte und umfassende Tatsachensammlung und Analyse. Es enthält, was man über diesen Konflikt wissen muß. Wie ist er historisch entstanden? Mit welchen Weichenstellungen wurde auf den Krieg hingesteuert? Um was geht es wirklich?

Im folgenden Auszug aus dem Buch werden die Umstände des Kriegseintritts Rußlands am 24. Februar 2022 genauer beleuchtet.

Redaktion Globalbridge

Am Morgen des 24. Februar begannen russische Truppen in die Ostukraine einzumarschieren. Aus dem furchtbaren Donbass-Krieg wurde der noch schrecklichere Ukraine-Krieg. Es gab in den westlichen Medien sehr viel Aufregung. Die Medien taten ganz überrascht und verschwiegen, daß in der Ukraine schon seit 2014 Krieg herrschte. Manchmal rutschte die Wahrheit aber doch heraus. So sagte der NATO-Generalsekretär Stoltenberg im Februar 2023: „... weil der Krieg nicht im Februar letzten Jahres begonnen hat. Er begann im Jahr 2014 (...).“

Diese Aussage war ein seltenes Versehen. Als Regel galt die millionenfach in den westlichen Medien wiederholte Sprachregelung „unprovoked völkerrechtswidriger Angriffskrieg“. Das sollte als unumstößliche Tatsache ins öffentliche Bewußtsein eingebrannt werden, um das Feindbild zu festigen, Rußland sei ein gesetzeswidriger Verbrecher. So wurde das Völkerrecht für Kriegspropaganda mißbraucht. Tatsächlich kann der Kriegseintritt Rußlands stringent völkerrechtskonform begründet werden. Doch darüber gab es überhaupt keine Diskussion. Anstatt einer juristischen Klärung wurde das Wort „völkerrechtswidrig“ zu einem Schlagstock degradiert im Krieg gegen Rußland. (...) Das Völkerrecht sieht vor, daß die Bevölkerung eines Landesteiles sich durch Mehrheitsbeschluß zu einem selbstständigen Staat erklären kann, sofern es die Voraussetzung erfüllt, über eine eigenstaatliche Organisationsstruktur zu verfügen. Einer Anerkennung dieser Selbstständigkeit durch andere Staaten bedarf es für die völkerrechtliche Gültigkeit dieses Schrittes nicht. Das war bei den Donbass-Republicen wie auch auf der Krim der Fall. Die Donbass-Republicen sind nach dem Völkerrecht selbstständige Staaten. (...) Die militärischen Angriffe der Ukraine mit Artillerie- und Raketenbeschuß auf zivile und militärische Ziele in den Gebieten dieser Staaten sind ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg der Ukraine auf die Donbass-Volksrepubliken. Solange Rußland die Republicen nicht als solche anerkannte, konnte es ihnen nicht völkerrechtskonform militärisch zu Hilfe kommen. Aber mit der Anerkennung war Rußland berechtigt, einem von einem Aggressor völkerrechtswidrig angegriffenen

Staat auf dessen Aufforderung hin militärisch beizustehen. Es kommt hinzu, daß ein Großteil der Bevölkerung der Republicen bereits die russische Staatsbürgerschaft hatte. Insofern war der Angriff auf die Republicen ein Angriff auf russische Staatsbürger.

Im westlichen Narrativ kommt all das nicht vor, weil die Willensbekundung der Menschen auf der Krim wie in den Donbass-Republicen negiert wird. Das Feindbild Rußland macht es möglich, alles als erzwungenen Gewaltakt Rußlands darzustellen. Daß dem nicht so war, habe ich ausführlich beschrieben und belegt. So ergibt sich aus den Fakten und der Analyse, daß die Ukraine einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg durchgeführt hat, und daß Rußland dem Völkerrecht entsprechend den Donbass-Republicen bei ihrer legitimen Selbstverteidigung zu Hilfe gekommen ist. Rußland ist nicht der völkerrechtswidrige Aggressor, sondern das ist die Ukraine. Die massive Steigerung des Beschusses der Volksrepubliken durch ukrainisches Militär ab dem 17. Februar 2022, auf die diese mit einer deutlich schwächeren Gegenwehr antworteten (was von der OSCE dokumentiert wurde), hatte den Zweck, Rußland zum Kriegseintritt zu zwingen.

Ich betone ausdrücklich, daß diese völkerrechtliche Betrachtung keine Rechtfertigung des Krieges bedeutet. Denn auch wenn ein Krieg rechtlich zulässig ist, ist er immer schrecklich und erzeugt unendliches Leid. Ich halte es jedoch für wichtig, die Frage der rechtlichen Beurteilung und die Frage der moralischen Sinnhaftigkeit getrennt zu betrachten. Im Folgenden will ich ausführlicher schildern, warum der Kriegseintritt Rußlands nicht völkerrechtswidrig war.

Kriegsbeteiligung nach dem Völkerrecht

Die UNO-Charta als Basis des Völkerrechts nennt drei Gründe, die eine Kriegsbeteiligung rechtfertigen:

1. Wenn ein Staat angegriffen wurde, darf er sich nach Artikel 51 verteidigen. Maßnahmen der Selbstverteidigung „sind dem Sicherheitsrat sofort anzuzeigen“.
2. Der angegriffene Staat kann auch andere Staaten um Unterstützung bitten. Nach Art. 51 kann das Selbstverteidigungsrecht auch „kollektiv“ ausgeübt werden.
3. Der Sicherheitsrat kann nach Artikel 42 ein Mandat für einen Militäreinsatz zur „Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ beschließen. Das hat dann Vorrang vor dem Selbstverteidigungsrecht nach Art. 51.

Für den Ukraine-Krieg bedeutet das: Die Ukraine hat die beiden Donbass-Volksrepubliken angegriffen. Diese verteidigten sich entsprechend Punkt 1. Sie baten Rußland entsprechend Punkt 2 um militärische Hilfe. Der UNO-Sicherheitsrat hat entsprechend

Punkt 3 keinen Beschluß getroffen. Sehen wir uns die Vorgänge noch genauer an.

21. Februar 2022: Anerkennung der Volksrepubliken und Beistandsabkommen

Für die Einwohner der Donbass-Volksrepubliken war der 21. Februar 2022 ein großer Tag, der bis in die Nacht gefeiert wurde. Der russische Präsident Putin hatte die Donbass-Republicen anerkannt und ein Beistandsabkommen mit ihnen geschlossen. Acht Jahre hatten die Volksrepubliken darauf gewartet. Die Hoffnung auf Frieden wuchs. (...) Warum wurden die Volksrepubliken nach den Unabhängigkeitsreferenden 2014 acht Jahre lang von Rußland nicht anerkannt? Hätte Rußland ein Interesse daran gehabt, den Donbass zu integrieren, hätte es das 2014 relativ problemlos genauso tun können, wie es mit der Krim geschehen ist. Westliche Sanktionen hatte es sowieso gegeben, und durch eine Vereinigung mit dem Donbass wären sie kaum härter geworden. Rußland wollte aber eine Lösung innerhalb der Ukraine und forcierte gegen die Widerstände in den Volksrepubliken das Minsk-Abkommen. Solange Rußland dieses Ziel verfolgte, erkannte es die Unabhängigkeit der Volksrepubliken nicht an, um die Möglichkeit aufrecht zu erhalten, daß die unabhängigen Volksrepubliken autonome Teile der Ukraine werden.

In der Duma, dem russischen Parlament, wurde über die Anerkennung der Donbass-Republicen heftig gestritten. Darüber berichtet der Journalist Thomas Röper am 21. Februar 2022:

Die Kommunistische Partei Rußlands (...) fordert als einzige Partei schon seit Beginn des Konfliktes 2014, die Donbass-Republicen diplomatisch anzuerkennen. Ihr Argument ist, daß das der einzige Weg sei, wie man die Menschen dort vor dem Kiewer Beschuß schützen kann, denn Kiew würde es kaum wagen, die Gebiete zu beschießen, wenn Rußland sie offiziell als Staaten anerkennt und unter seinen Schutz stellt. Eine Mehrheit gab es in der Duma dafür nie, denn die Bedenken, den Konflikt dadurch zu verschärfen, waren bei den anderen Parteien größer. (...) In den Monaten vor Februar 2022 ist die Stimmung aufgrund des aggressiven Verhaltens von Kiew, vor allem aber wegen der geradezu zügellosen Waffenlieferungen des Westens an die Ukraine, umgeschlagen. Inzwischen wird in Rußland befürchtet, daß Kiew einen Angriff auf den Donbass beginnen und versuchen könnte, den Konflikt gewaltsam zu lösen. Die Tatsache, daß ein Kiewer Angriff Straßenkämpfe in dicht besiedelten Gebieten und massiven Artilleriebeschuß bedeuten würde, hat die Stimmung in letzter Zeit umschlagen lassen. Immer öfter ertönte der Ruf nach Anerkennung der Donbass-Republicen auch außerhalb der Kommunistischen Partei.

Dazu kam: Da die Reisepässe der Volksrepubliken, außer von Rußland, von keinen

anderen Staaten anerkannt wurden und sich Kiew weigerte, Dokumente in den Volksrepubliken auszustellen, bekamen die Donbass-Bewohner seit 2019 die Möglichkeit, russische Pässe zu beantragen, womit sie auch die russische Staatsbürgerschaft erhielten. So lebten Anfang 2022 in den Volksrepubliken über 700 000 russische Staatsbürger, für die sich Rußland natürlich verantwortlich fühlte.

Der Sinneswandel in der Duma kam also zustande, weil Kiew immer offener sagte, daß es den Donbass-Krieg mit Gewalt lösen und das Minsker Abkommen nicht umsetzen will. So ging die Minsker Hoffnung auf Frieden verloren, und die russische Duma forderte am 15. Februar 2022 die Anerkennung der Donbass-Republiken, überließ die endgültige Entscheidung darüber aber dem Präsidenten. Kiew reagierte auf diese Entscheidung der Duma am 17. Februar 2022 provokativ mit einem stark erhöhten Artilleriebeschuss auf die Volksrepubliken. (...)

Präsident Putin hielt dann am 21. Februar 2022 eine Grundsatzrede über die Geschichte der Sowjetunion und (...) sprach auch über die Mißachtung russischer Interessen durch die NATO. Dann verwies er auf den Horror von acht Jahren Donbass-Krieg. „Jetzt vergeht praktisch kein Tag mehr, an dem nicht Städte und Dörfer im Donbass beschossen werden.“

Der Einsatz für das Minsker Friedensabkommen und die „Wahrung der territorialen Integrität der Ukraine“ seien umsonst gewesen, da die Kiewer-Regierung nur eine „militärische Lösung“ der Donbass-Frage anstrebe. Am Ende der Rede sagte Putin, daß er „die Unabhängigkeit und Souveränität der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk unverzüglich anerkennt“. Wichtig ist die folgende Warnung an die Kiewer Regierung:

Und von denen, die in Kiew die Macht übernommen haben und halten, fordern wir die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten. Andernfalls wird die Verantwortung für die mögliche Fortsetzung des Blutvergießens ausschließlich auf dem Gewissen des Regimes lasten, das das Gebiet der Ukraine regiert. Das Dekret zur Anerkennung der beiden Donbass-Republiken sah dann auch die Entsendung von russischen Truppen in den Donbass zur „Sicherung des Friedens“ vor.

Rußland erkannte die beiden Donbass-Republiken also am 21. Februar 2022 an. Sie wurden nicht erst dadurch unabhängig, aber die Anerkennung hatte wichtige Konsequenzen. In den Republiken lebten inzwischen über 700 000 Menschen mit russischem Paß. Jetzt konnten die Republiken Rußland um Hilfe bitten gegen die militärische Aggression der Ukraine. Jetzt war es legal, wenn russisches Militär zu Hilfe kommt. Jetzt war der völkerrechtswidrige Angriff der Ukraine auf die Donbass-Republiken faktisch ein Angriff auf Rußland selbst. (...)

Trotz Beistandsabkommen mit Rußland: Ukrainische Armee führt Angriffskrieg im Donbass fort

Präsident Putin hatte in seiner Rede am 21. Februar 2022 eine klare Warnung an die Kiewer Regierung ausgesprochen, diese zur

„sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten“ aufgefordert, und russische Truppen wurden zur Friedenssicherung in den Donbass geschickt. Damit hatte sich die Situation im Vergleich zu den acht Jahren Donbass-Krieg davor deutlich verändert. Durch die Anerkennung der Republiken und das Beistandsabkommen war klar, daß ein weiterer Beschuss der Volksrepubliken zu militärischen Konsequenzen durch Rußland führen musste.

Kiew hat den Beschuss auf die Volksrepubliken nach dem 21. Februar aber nicht beendet, sondern noch einmal demonstrativ erhöht. Es ist also festzuhalten, daß Kiew den Angriffskrieg fortführte und sogar den Krieg mit Rußland aktiv suchte. Hätte die Kiewer-Regierung den Krieg mit Rußland vermeiden wollen, dann hätte sie sofort den Befehl zum Einstellen aller Kampfhandlungen gegeben: Das hat sie aber nicht. Wenn von der ukrainischen Seite keine Granaten mehr gekommen wären, hätte man sehen können, ob auch die Donbass-Milizen ihren Beschuss einstellen. In jedem Fall hätte es keinen aktuellen Grund mehr für den Einmarsch russischer Soldaten gegeben. Stattdessen lieferte die Kiewer Regierung durch die fortgeführte Aggression den Grund für das völkerrechtskonforme Einschreiten der russischen Armee.

Russische Militäroperation ist nach Art. 51 UNO-Charta völkerrechtskonform

Nachdem Rußland am 21. Februar 2022 die beiden Donbass-Republiken anerkannte, baten deren Regierungschefs am 23. Februar in einem Brief den russischen Präsidenten Putin um militärische Hilfe bei der Abwehr ukrainischer Angriffe. Am 24. Februar 2022 verkündete Putin in einer Rede den Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine. In seiner Rede bezog sich Putin auf Art. 51 der UNO-Charta, der das Recht auf Selbstverteidigung regelt:

In diesem Zusammenhang habe ich, gemäß Teil 7 Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen, mit Genehmigung des russischen Föderationsrates, und in Übereinstimmung mit den von der Bundesversammlung am 22. Februar dieses Jahres ratifizierten Verträgen über Freundschaft und gegenseitigen

Beistand mit der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk, beschlossen, eine Militäroperation durchzuführen.

Der Einsatz der russischen Armee wurde also mit Artikel 51 UNO-Charta begründet, der militärische Hilfe für ein angegriffenes Land vorsieht.

Wurden die Volksrepubliken angegriffen? Ja. Der Angriffskrieg der Ukraine gegen den Donbass begann mit der Entscheidung des Kiewer Sicherheitsrates am 13. April 2014. Er kostete bis 2021 über 14 000 Menschen das Leben. Ab dem 17. Februar 2022 nahm der Granatenbeschuss der Donbass-Republiken stark zu. Am 21. Februar erkannte Rußland die Volksrepubliken an, schloß mit ihnen ein Beistandsabkommen und Putin forderte die ukrainische Regierung in Kiew zur sofortigen Einstellung des Beschusses auf. Kiew ignorierte das und tat das Gegenteil: Tausende weitere Granaten hagelten auf die Menschen im Donbass nieder. Am 23. Februar baten die Donbass-Republiken Rußland schriftlich um Hilfe. Damit waren die Voraussetzungen für einen militärischen Beistand nach Artikel 51 UNO-Charta gegeben.

Dazu kommt, daß Rußland aufgrund des Minsk-2-Abkommens, das durch den Beschluß des UNO-Sicherheitsrates höchste völkerrechtliche Anerkennung erhielt, als Garantmacht eine besondere Schutzverantwortung für die Unversehrtheit der Bevölkerung in den Donbass-Republiken hatte. Diese völkerrechtliche Begründung wurde im Westen nicht diskutiert und gegenüber der Öffentlichkeit unterschlagen. Für die Dämonisierung Rußlands brauchte es den millionenfach wiederholten Slogan vom „brutalen, unprovokierten, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg“, um in den Emotionen der breiten Bevölkerung festzuschreiben, daß sich Rußland an keine Gesetze halte, gefährlich und böse sei. (...)

Redaktionell gekürzt

Thomas Mayer: Wahrheitssuche im Ukraine-Krieg – Um was es wirklich geht, Oktober 2023, 600 Seiten, durchgehend farbig bebildert, Print-ISBN 978-3-89060-863-1



GEHÖRTE HONEY-MONEY-RHYTHMEN

Money, Money, Money
Heißt der Ruf nach Geld.
Money klebt wie Honey
An der Reichtumswelt.
Kein Vergleich mit Honigbienen,
Deren sprichwörtlicher Fleiß,
Sammeln ohne zu verdienen,
Schon der Kindergarten weiß.
Money, Money, Money
Ist ein Fluchgesang,
Überdeckt vom Glockenklang.
Vorsicht, Teufels Money-Omi
Zieht höchstselbst den Klebestrang.

Lutz Jahoda, 8.11.2024

Ist die neue Trump-Gruppierung in der Lage, den Ukraine-Konflikt zu beenden und keine Kriege zwischen den Atommächten zuzulassen?

Zu den Weichenstellungen nach der US-Wahl

Mit dem Votum für Trump als Präsident hat sich die Mehrheit der US-Bürger von dem Teil des US-Monopolkapitals abgewandt, der in den 70er Jahren an die Macht gekommen war.

Brzezinski lag seinerseits falsch, als er nach der Implosion der Sowjetunion 1991 in seinem Buch „Die einzige Weltmacht ...“ die These aufstellte, daß Rußland keine andere Wahl haben würde, als sich der Erweiterung der NATO und dem geopolitischen Diktat der USA zu unterwerfen und daß kein Land oder keine Gruppe von Ländern es jemals wagen würde, sich der Macht der USA entgegenzustellen.

Aber Rußland hat sich nicht unterworfen und nicht aufgegeben, worauf die USA und die NATO mit dem von ihnen angezettelten Krieg in der Ukraine reagierte.

Heute gilt der Krieg in der Ukraine als verloren. Hunderttausende sind unnötig für eine westliche Fix-Idee gestorben. Auch der Krieg Israels und der USA gegen den Iran und dessen Verbündete wird verloren gehen und Zehntausende Palästinenser und Libanesen, aber auch viele Israelis, werden sinnlos gestorben sein.

Die „immerwährenden Kriege“ der USA und ihrer Vasallen (gegen den Irak, Syrien, den Libanon, Libyen, Somalia, den Sudan und den Iran) führten letztlich nicht zur Festigung der US-Hegemonie, sondern zur Entstehung der BRICS-Gruppe und anderen Gegenkräften, die bereit sind, sich gegen den westlichen Hegemonismus und Kolonialismus zu wehren.

Gilbert Doctorow, ein Experte für russisch-amerikanische Beziehungen, meint, daß die bei den Wahlen und die in den Konflikten erlittenen Niederlagen die Neokonservativen der USA so aufgebracht haben, daß Biden von ihnen dazu gezwungen wurde, am 17.11.24 der Ukraine die Genehmigung zum Beschuß russischen Territoriums zu erteilen. Das käme einer Kriegserklärung der USA an die RF gleich. Wenn der US-Kongreß diese Anordnung des Weißen Hauses nicht stoppt, hat Rußland seinerseits Konsequenzen für Hersteller und Anwender dieser Raketen angekündigt. Die Neocons – auch die Kriegstreiber in GB und Frankreich teilen deren Absichten – wollen mit ihrer direkten Teilnahme am Ukraine-Krieg vollendete Tatsachen schaffen, um die trumpsche Agenda – schnellstmögliche Beendigung der gegenwärtigen militärischen Konflikte (zumindest in Europa) und Nichtzulassung von Kriegen zwischen den Atommächten – zu torpedieren, was letztlich zu einem Weltkrieg führen könnte.

Man sollte aber auch nicht übersehen, daß auch Trump – China betreffend – zu einem Falken wird und nur deshalb Gesprächssignale an die RF sendet, um Rußland und andere Staaten auf die Seite der USA zu ziehen. Nur bei einem Nichtkrieg mit der RF könnte er relativ realistisch auf die russischen Friedensvorschläge eingehen.

Rußland geht davon aus, daß die USA unter Trump Israel dazu drängen werden, seine Kampagnen im Libanon und im Gazastreifen zu deeskalieren und sobald wie möglich Waffenstillstände zu schließen. Da Trump gerne das Unerwartete tut, wird er möglicherweise mit Teheran einen Dialog aufnehmen und die Spannungen dort abbauen.

Das alles steht jetzt – durch Bidens Genehmigung für die Ukraine – unter Vorbehalt.

Zur dramatischen Lage im Ukraine-Konflikt

Zum Ukraine Konflikt führte der österreichische Oberst Reissner in einem Youtube-Vortrag aus, daß sich das Momentum nach wechselnden Vorteilen und Niederlagen der Seiten derzeit auf russischer Seite befindet. Der Stellvertreterkrieg des kollektiven Westens entwickelte sich zu einem Abnutzungskrieg mit höchsten personellen Verlusten auf ukrainischer Seite und hohen auf russischer Seite (10:1 – 5:1) sowie mit der mehrfachen gegenseitigen Vernichtung der materiellen Mittel. Die mit höchsten Erwartungen von Ukraine und NATO gestartete Sommeroffensive brachte 2023 aus Gründen von Fehlentscheidungen eine verlustreiche Niederlage. Rußland übernahm die Initiative, was die Zerstörung von 80 % der kritischen Infrastruktur der Ukraine und vieler westlicher Waffenlieferungen zur Folge hatte. Die folgenden ukrainischen Angriffe mittels massenhaften Drohnen- und Raketenschlägen auf zivile und militärische Einrichtungen der Russischen Föderation (RF) zeigten dagegen geringe Wirkung, was auf die immer effektivere luftkosmische Verteidigung der RF zurückzuführen ist.

Im Rahmen der Veränderung ihrer Taktik – der Krieg muß nach Rußland getragen werden – überfielen ukrainische Eliteeinheiten das Kursker Gebiet, um Faustpfände (AKW Kursk und Territorien) für eventuelle Verhandlungen zu erobern.

Diese beidseitig intensiv geführten Kämpfe (dort stehen sich derzeit 50 000 hochgerüstete Streitkräftegruppierungen gegenüber, zuzüglich ca. 10 000 Soldaten der DVRK) führen zu besonders hohen Verlusten auf ukrainischer Seite (täglich bis 400 Mann, plus Gefangene.). Die RF ging in eine beschleunigte Offensive über, um Schlüsselgebiete zu befreien und wichtige

Versorgungsrouten der Ukraine zu zerstören. 60 % der okkupierten Territorien konnten befreit werden.

An der übrigen Front verliert die Ukraine durch den Einsatz von modernisierten russischen Kampf-drohnen, Über- und Hyper-schall- und andere Raketen, Gleitbomben und Mitteln des funkelektro-nischen Kampfes täglich bis zu 2000 ukrainische Soldaten, die nicht voll durch die brutalen Mobilisierungsmaßnahmen der Ukraine ersetzt werden können.

An den Süd-, Ost- und Nord-Fronten konnten mehrere tausend Quadratkilometer der bereits in die RF integrierten Republiken durch die russischen Streitkräfte befreit werden. Heute stehen sich an einer fast 2000 km langen Front auf ukrainischer Seite über 600 000 und auf russischer 700 000 Mann gegenüber.

Rußland ist mit einer neuerlichen Offensive dabei, die dreistufige Verteidigung der Ukraine an mehreren Stellen zu durchbrechen und in Richtung Dnepr vorzustoßen. Dabei wurden wichtige Orte wie Woroschansk, Ugledar, Kupjansk und Kurachewo befreit. An der ganzen Front führen die Kämpfe zu russischen Halbkesseln und Kesseln (Südonezk, Chassow Jar, Pokrowsk, Toretzk u.a.).

Die Ukraine, die sich in einer dramatischen Lage befindet, erfindet mit dem Westen (GB) einen sogenannten „Siegessplan“, um sich zu retten und der RF „gemeinsam“ eine strategische Niederlage beizubringen. Dieser erpresserische Plan fand deshalb keine Unterstützung, weil wichtige NATO-Staaten zur Rettung der Ukraine nicht in einen Krieg gegen Rußland hineingezogen werden wollen.

Für einen Krieg mit Rußland scheint der Westen nicht vorbereitet zu sein. Es fehlen politische, ökonomische und militärische Voraussetzungen, damit es ihm nicht wie in Afghanistan ergeht.

Die fremdbestimmte Ukraine ist vollständig von den Lieferungen und Hilfen des Westens abhängig. Rußland hingegen verfügt in diesem Zusammenhang über einen effektiven MIK sowie über potentere Verbündete.

Zu Deserteuren und zur Mobilmachung in der Ukraine

Noch vor einem Monat sprach man in der Ukraine davon, daß die Anzahl der ukrainischen Gefangenen in der RF ca. 10 000 beträgt. Die Rada-Abgeordnete Anna Skorochoch gab die Zahl der Deserteure mit über 100 000, die ukrainischen Medien von 170 000, seit 2022 an. Scott Ritter hingegen nannte bereits vor einem halben Jahr die Zahl von 300 000 gefangenen Ukrainern und von einigen tausend russischen

Gefangenen. Die starken Abweichungen der Gefangenenzahlen könnten sich darauf zurückführen lassen, daß ein Teil der ukrainischen Gefangenen einfach die russische Staatsbürgerschaft annimmt und dort lebt oder auf russischer Seite wieder in den Krieg zieht und so aus der Statistik fällt.

Der ehemalige Präsident der Ukraine, Leonid Kutschma, verwies auf die große Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der zur Zeit forcierten „robusten“ Mobilmachung, die bei von den Militärs geforderten 600 000, mindestens 160 000 neue Rekruten bringen soll. Die Wehrpflichtigen werden buchstäblich von der Straße weggefangen, von der Arbeit oder aus den Wohnungen geholt. Es trifft damit fast ausschließlich unbemittelte Ukrainer, wobei die Reichen sich freikaufen können. Diese Gezogenen werden – schlecht ausgerüstet und nur sehr kurz ausgebildet – unmittelbar der Front zugeführt. Sie haben nur geringe Überlebenschancen. USA und NATO fordern außerdem die Absenkung des Mobilisierungsalters auf 18 Jahre, wodurch die Ukraine zu einem Land ohne jede Entwicklungsperspektive werden würde.

Spezialkräfte aus der DVRK greifen in den Ukraine Konflikt ein

Diese Kräfte werden in den nördlichen Militärbezirk der RF eingegliedert und handeln dann gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation (SK der RF), um das Kursker Gebiet von den ukrainischen Neonazis zu befreien. Dazu wurden in Wladiwostok zwei Kampfbrigaden mit 8 000 bis 10 000 Mann aufgestellt und ausgerüstet sowie in der Nähe der Grenze zur Ukraine trainiert. Die Staats-Duma hat den, entsprechend UN-Vorgaben formulierten Vertrag über „Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe“ (Artikel IV) zwischen der DVRK und der RF bereits ratifiziert. Ihre Feuertaufe haben diese nordkoreanischen Spezialkräfte bereits bestanden und den Ukrainern durch vernichtendes Feuer klargemacht, daß es für diese nur den Rückzug oder die Vernichtung gibt. Der Westen will diesen Fakt zum Anlaß nehmen, um NATO-Truppen direkt in die Ukraine einzuführen, denn die NATO rechnet mit der Möglichkeit, daß 2025 auch Infanterie-Einheiten der DVRK eingesetzt werden könnten, um die von der RF angestrebte Pufferzone an den Schwerpunkten Charkow, Tschernigo und Sumy zu erkämpfen.

Der Einsatz der Soldaten der DVRK bringt nicht nur der RF Vorteile, sondern auch den Nord-Koreanern (Kriegserfahrungen, neue Technologien und eine bessere Versorgung des Landes mit Lebensmitteln u.a.).

Zum Erpressungsversuch Selenskyjs

Nach langer Geheimniskrämerei hat der Nicht-mehr-Präsident Selenskyj fünf Punkte für den Sieg gegen Rußland in den USA, in der Rada und in Brüssel vorgetragen.

Vor der Rada erklärte Selenskyj, daß die Nichtmitgliedschaft der Ukraine in der NATO Rußland dazu eingeladen hätte, in sein Land einzufallen. Deshalb sei das zentrale Anliegen des „Siegplanes“, eine schnelle Einladung in das westliche Militärbündnis zu erreichen.

Ultimativ erklärte er, daß sein „Siegplan“ nur eine Chance hätte, wenn alle fünf Punkte unverzüglich umgesetzt würden:

1. Bedingungslose Einladung in die NATO
2. Die Verteidigung stärken, Krieg nach Rußland tragen
3. Die Ukraine mit Abschreckungswaffen aufrüsten
4. Zugriff des Westens auf ukrainische Rohstoffe
5. Ukraine als europäische Sicherheitsmacht

Selenskyj bot an, daß die Ukraine nach dem Ende des russischen „Angriffskrieges“ ihre militärische Erfahrung für die Sicherheit Europas zur Verfügung stellen würde. Ihre kriegserprobten Soldaten könnten in Europa sogar die US-Truppen ersetzen. Gerne würde die Ukraine sich als Söldner-Pool zur Durchsetzung der Interessen der USA sehen.

Der ukrainische „Präsident“ hoffte mit diesem „Siegplan“, der auch noch drei geheime Punkte beinhalten soll, die USA und die NATO direkt in den NATO-Rußland-Krieg hineinzuziehen und so den Sieg der Ukraine über Rußland zu erringen. Das Ziel ist, den Krieg zu ukrainisch-westlichen Bedingungen zu beenden.

Dazu Moskaus Ansichten:

Der Chef des Auswärtigen Ausschusses der Staats-Duma, Leonid Sluzki, stellte fest, daß Selenskyj die Verantwortung für die Vernichtung des ukrainischen Volkes und die Schuld für das Scheitern des Ukraine-Projektes dem Westen anlasten will, um sich wieder wählbar zu machen.

Es handele sich nicht um einen „Siegplan“, sondern um einen „Plan zur Rettung vor der eigenen Niederlage“. Selenskyj habe nicht einen Vorschlag zur Lösung des Konflikts gemacht.

Dieser „Siegplan“, der nur eine Aufstellung von vom Westen zu realisierenden Aufgaben und Leistungen darstellt, fand keine Mehrheit und ist deshalb durchgefallen.

Strebt die Ukraine ernsthaft den Besitz von Atomwaffen an?

Bereits auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2022 forderte Präsident Selenskyj „aus Sicherheitsgründen“ Atomwaffen. Zwei Jahre später (am 17.10.24) war es dann soweit, daß die erpresserischen Forderungen – sofortige NATO-Aufnahme oder eigene Atomwaffen der Ukraine und die Einforderung der Beschußgenehmigung, um mit weitreichenden westlichen Waffen russisches Territorium beschießen zu können – von Selenskyj an den kollektiven Westen gestellt wurden.

Die Ukraine beließ es aber nicht bei den verbalen Erpressungsversuchen, sondern marschierte blitzkriegsartig in das Kursker Gebiet ein, um u. a. das dortige AKW zu erobern und dieses als Faustpfand für die Erpressung der RF bei der Forderung nach Einstellung der russischen Spezialoperation in der Ukraine einzusetzen.

Der Westen, der natürlich von diesen Zielen der Ukraine wußte, hat nicht nur nichts dagegen unternommen, sondern die Ukraine mit Spezialtruppen (USA, GB, Frankreich), Aufklärungsangaben in Echtzeit und mit modernen Waffen unterstützt. Die Gefährlichkeit

dieses ukrainisch-westlichen nuklearen Terrors besteht darin, daß die russische Antwort höchstwahrscheinlich auch nuklear sein könnte und somit Europa dann in einen Atomkrieg mit Rußland hineingezogen würde. Einige westliche Atomwaffen führen derzeit Debatten darüber, ob man nicht der Ukraine zur schnelleren Beendigung des Krieges Atomwaffen zur Verfügung stellen sollte.

Die Faktenlage ist eindeutig, die neonazistische Ukraine strebt eigene Atomwaffen an. Die Frage ist, ob es sich dabei um unrealisierbare Wunschvorstellungen handelt oder ob es möglich ist, daß die Ukraine in kurzer Zeit, wie in Brüssel von Selenskyj verkündet, eigene Atomwaffen herstellen kann.

Oleg Zarjow, ein ukrainischer Atomphysiker, der im politischen Exil in Rußland lebt, hat mit seinem Expertenwissen Antworten auf die gestellten Fragen:

Bereits 2019 hatte Selenskyj eine Beratung zur Beschaffung von Atomwaffen einberufen, deren Teilnehmer zu dem Schluß kamen, daß die Ukraine innerhalb von sechs Monaten Atomwaffen herstellen könnte.

Damals verfügte die Ukraine nur über geringe Mengen an Uran, aber in der Ukraine gibt es ausreichend Plutonium aus den Reaktor-brennstäben der vielen AKWs, welches neben Uran als spaltbares Material eingesetzt werden kann. Man benötigt, so Zarjow, fünfmal weniger Plutonium als Uran, um die kritische Masse für eine Atomladung zu erreichen.

Als Basis für ukrainische Atomwaffen standen bereits 2019 russische Bulawa-Raketen, die zur Wartung in Dnjepropetrowsk waren und an die RF nicht zurückgegeben wurden, zur Verfügung. Charkow besaß das Know how für Gyroskope zur Zielführung und den Treibstoff könnte man in Pawlograd produzieren. Unter Berücksichtigung der aufgezählten Voraussetzungen hält Zarjow es für möglich, daß die Ukraine in der Lage ist, in einigen Wochen Atomwaffen herzustellen. Rußland hingegen sieht Möglichkeiten, die Herstellung von Atomwaffen in der Ukraine nicht zuzulassen. Dafür sprechen die wirkungsvollen Angriffe der RF auf die angeführten ukrainischen Betriebe.

Zarjow ist weiterhin der Meinung, daß auch die Entscheider des Westens nicht an einer nuklearen Bewaffnung der Ukraine interessiert sind, vor allem wegen eines unkontrollierbaren ukrainischen Führers, der zu offener Erpressung und Korruption neigt. Der Westen wird vorerst versuchen, die Ukraine mit politischem, ökonomischem und finanziellem Druck daran zu hindern, Atomwaffen herzustellen und einzusetzen.

Entscheidungen zur Beendigung der gegenwärtigen Konflikte, zur Vermeidung von Kriegen zwischen den atomaren Großmächten, gegen die Produktion und den Einsatz von Atomwaffen in der Ukraine können nur durch Willen und Vernunft der neuen US-Administration mit deren Verbündeten sowie mit der Kraft der BRICS-Staaten und des Globalen Südens auf den Weg gebracht werden. Auf die beschleunigte Umsetzung dieser friedensbringenden Aktivitäten sollten die Kräfte des Friedens der ganzen Welt konzentriert werden.

Oberst a.D. Gerhard Giese

Die Welt in Flammen (Teil 1)

Der Nahostkrieg und seine Vorgeschichten

In meinem letzten Artikel, den ich noch zu DDR-Zeiten veröffentlichte, schrieb ich den Satz: Wenn die sich anbahnenden Veränderungen und Umwälzungen nur dazu führen werden, daß die Welt friedlicher und sicherer wird, will ich ja mit ganzem Herzen dafür sein – allerdings wage ich das zu bezweifeln.

Je länger das her ist, um so deutlicher wird es, daß meine Zweifel völlig berechtigt waren, denn der Kapitalismus/Imperialismus trägt den Virus des Krieges in seiner „DNS“. Rings um uns herum steht die Welt in Flammen, Kriege und kriegerische Konflikte bestimmen immer mehr den Weltlauf und unsere eigene Regierung hat die Parole der „Kriegstüchtigwerdung“ ausgegeben und Regierungsmitglieder behaupten, das der „Russe“ ab 2030 gen uns marschieren werde. Rußland vs NATO, USA vs China, Israel vs arabische Feinde, halb Afrika vs Großkonzerne usw. usf.

Westasiens und Nordafrikas. Sie war die erste monotheistische Religion, deren Bedeutung sich bis heute erhalten hat. Um sich von anderen Religionen abzugrenzen und die eigenen Anhänger zusammenzuhalten, gab es neben der mythischen Entstehungsgeschichte eine Reihe von Verhaltens- und Lebensvorschriften, die weit über das Religiöse hinausgingen und teilweise ganz praktischen Wert hatten, z. B. Bestattungen innerhalb 24 Stunden zu vollziehen oder auch bestimmte Lebensmittel zu meiden. Und es gibt eine Mythologie über ein jüdisches Volk, welches ständig von anderen angefeindet und verfolgt wurde, wie zum Beispiel die Vertreibung aus Ägypten. Allerdings gab es in der Antike kein jüdisches Volk im heutigen Sinne, sondern über den ganzen Nahen Osten verbreitete jüdische Gemeinden, die meist, wie auch viele andere religiöse Gemeinschaften, eng zusammen-

Geschichtsschreibung geht davon aus, daß jenes Reich der 12 Stämme wohl eher mythischer Natur ist. In der Rückschau vermischen sich immer wieder Mythologisches mit Realem. Sicher ist, es hat in jenem Gebiet kleine Königreiche, Stadtstaaten und viel nomadisches Volk gegeben. Jene nun alle als „historisches jüdisches Volk“ zu deklarieren ist in etwa so, als wolle man alle im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation, mehr als tausendfünfhundert Jahre später, zu Deutschen erklären.

Dritte Vorgeschichte. Vor mehr als 2000 Jahren entstand genau in jener Region eine neue monotheistische Religion, das Christentum. Spannenderweise verwendet das Christentum genau wie der knapp 600 Jahre danach entstandene Islam Teile des Gründungsmythos des jüdischen Glaubens. Es orientiert sich an den heiligen Schriften der Juden, dem Tanach, sogar am Alten Testament und damit am ersten Teil ihres heiligen Buches, der Bibel. Gleichzeitig mußte sich das Christentum aber vom Judentum abheben, um den Erfolg der eigenen Religion zu garantieren. Also setzte man seinerseits Mythen zur Diskreditierung des Judentums in die Welt. Dazu gehörte auch die völlig erlogene Geschichte von Herodes, der die Ermordung aller Babys in Bethlehem angeordnet haben soll, um den neuen König der Juden, Jesus, zu verhindern. Praktisch die Mutter aller Kindertötungsmythen aus religiösen Gründen – und praktisch der Beginn des Antisemitismus. So trug das Christentum zur Verbreitung der Gründungsgeschichten des Judentums bei und wurde gleichzeitig über Jahrhunderte zum stärksten Feind des Judentums. Die Folge war, stark vereinfacht dargestellt, daß sich die jüdischen Gemeinschaften nach außen abschlossen und über die Jahrhunderte immer wieder Pogrome über sich ergehen lassen mußten, weil sie von den Herrschenden, Kirchenfürsten, aber auch aus Aberglaube zu Sündenböcken erklärt wurden. Die Mitglieder der jüdischen Gemeinden fühlten sich deshalb nirgendwo auf der Welt richtig heimisch, sondern wählten die Diaspora (διασπορά, griech. meint die Zerstreuung der Juden in der Welt, weg von ihrer mythischen Heimat). Daraus erklärt sich die nächste Vorgeschichte. Die aufgeklärten Juden suchten nach Möglichkeiten, diesem Leben zu entkommen. So entstand die Erzählung vom „gelobten Land“ der Juden, in das man zurückkehren solle, um dort unbehelligt als Juden leben zu können. Dieses Land wurde an den historischen Orten der Entstehung des Judentums verortet. Im 19. Jahrhundert befand sich in dieser Gegend das Gebiet Palästina. 1895 veröffentlichte Theodor Herzl, einer der theoretischen Köpfe des Zionismus (Zionismus ist eine Bewegung, die aus Juden nicht nur eine religiöse Gemeinschaft, sondern ein Volk formieren wollte



Mythische Erzählungen: Abraham opfert Isaak (Caravaggio 1603)

Im Nahen Osten ist der gegenwärtige Krieg schon der achte oder neunte, je nach Zählung. Nach Opferzahl, Zerstörung, Heftigkeit und Vehemenz hat der Krieg das Zeug dazu, die ganze Region in Flammen zu setzen. Natürlich könnte man sich in kurzfristiger marxistischer Analyse darüber hermachen und die klassenmäßigen und ökonomischen Wurzeln dieser Auseinandersetzung darlegen. Allerdings braucht es zum Verständnis und in Auseinandersetzung mit dem täglichen bürgerlichen Medienrummel wohl noch etwas mehr, um die Beweggründe aller Beteiligten deutlich zu machen. Es gibt praktisch mehrere Vorgeschichten, die von den Beteiligten ins Feld geführt werden, um ihr Handeln zu begründen und zu rechtfertigen. Da wäre als erste Vorgeschichte die der jüdischen Religion. Diese Religion ist mehr als 3000 Jahre alt und entstand in den Wüstengegenden

lebten und sich gegenseitig unterstützten. Die nächste Vorgeschichte ist eine völkerkundliche zur Existenz eines historischen Reiches Israel aus der Zeit um 1200 v. u. Z. Nach jüdischem Glauben sollen sich zu jener Zeit zwölf Stämme zusammengeschlossen und damit den Grundstock eines Reiches Jisrael gebildet haben. Diese Stämme siedelten im Gebiet der heutigen Staaten Israel, Libanon, Syrien und Jordanien. Es war ein Zusammenschluß halbnomadischer Gemeinschaften. Wissenschaftlich begründete Aussagen zu Art und Charakter dieser Gemeinden sind heute sehr schwierig, weil immer wieder die Bibel als Quelle herangezogen wird. Dabei ist die Bibel selbst eine Sammlung eklektischer Schriften aus unterschiedlichen Zeiten, deren Teile zudem noch in verschiedenen Sprachen verfaßt (aramäisch, hebräisch, altgriechisch) und immer wieder neu übersetzt wurden. Die heutige

und will) sein Buch „Der Judenstaat“, in dem der ungarisch-österreichische Journalist und Publizist begründen wollte, daß das Elend der jüdischen Verfolgung nur aufgebrochen werden kann, indem man einen eigenen Staat der Juden gründet und zwar an jenen mythisch-historischen Orten, an denen er schon fast 3000 Jahre zuvor existiert haben soll. Herzl war bis dato nur einmal nach Palästina gereist. Er befand sich im Gefolge Kaiser Wilhelm II., als der 1898 diese Gegend besuchte, die zu dieser Zeit seit 1516 zum Osmanischen Reich gehörte. Herzl schwebte ein durchaus säkularer Staat vor, in dem Juden nach ihrer Kultur und ihren religiösen Bedürfnissen leben sollten. Daß in der Gegend bereits Menschen unterschiedlicher Art beheimatet waren, wurde von Herzl zwar nicht ignoriert, aber mit leicht überheblicher Attitüde betrachtet. Seiner Meinung nach wäre die Gründung eines jüdischen Staates für die dort Lebenden nur ein ökonomischer und kultureller Gewinn. Diese Haltung erinnert ein wenig an die Sicht von Eroberern in den wilden Ländern Afrikas und Amerikas auf die dort einheimische Bevölkerung. Herzl schwebte jedoch insgesamt ein relativ modernes und laizistisches Staatswesen, allerdings als aristokratische Republik, vor. Zum Zusammenleben mit anderen Völkern und Religionen führt Herzl lediglich aus: „Und fügt es sich, daß auch Andersgläubige, Andersnationale unter uns wohnen, so werden wir ihnen einen ehrenvollen Schutz und die Rechtsgleichheit gewähren.“ (zit. nach https://de.wikipedia.org/wiki/Der_Judenstaat)

Aber, und da sind wir bei einer weiteren Vorgeschichte, wie war denn nun die Situation in Palästina am Ende des 19. Jahrhunderts? Wie oben bereits beschrieben, war dieser Landstrich seit dem 16. Jahrhundert Teil des Osmanischen Reiches. Als Kulturland und besiedelt, wird Palästina (im alten Hebräisch auch Kena'an genannt) jedoch schon mehr als 500 Jahre v.u.Z. beschrieben. Neben Nomaden und Halbnomaden gab es auch stadrtartige Ansiedlungen. Die Bibel, deren wissenschaftlicher Wert als historische Quelle unterschiedlich beurteilt wird, nennt z. B. die Stadt Gaza. Unterschiedliche alte Reiche machten Anspruch auf dieses Gebiet geltend: Assyrer, Römer, zwischenzeitlich Kreuzritter und schließlich die Osmanen. Wobei, anders als bei den Römern, war es bei ihnen keine Provinz, sondern einfach nur Teil des Riesenreiches. So entwickelten sich in jener Gegend auch ganz unterschiedliche Kulturen, die von unterschiedlichen Bewohnern mit unterschiedlichen Religionen getragen waren. Wenn wir die Zeit nach den Kreuzzügen betrachten, währenddessen sich vor allem Christen und Muslime um die Vorherrschaft in einigen palästinensischen Gegenden, insbesondere Jerusalem, stritten, blieb es im wesentlichen beim friedlichen Zusammenleben unterschiedlicher Ethnien und Religionen. Das muslimische Osmanische Reich tolerierte Juden, orthodoxe Christen, Katholiken und andere Religionen. Den Unterschied in den Lebensverhältnissen machte eher aus, ob man in den Städten oder auf

dem Land lebte, Bauer, Nomade, Händler, Mediziner oder anderweitiger Gelehrter war.

Die Idee, in diesem Gebiet einen jüdischen Staat zu errichten, war nun aber in der Welt und wurde auch von Nichtjuden diskutiert. Gravierend in Gang gerieten die Ereignisse mit dem Beginn des 1. Weltkrieges. Deutschland und das Osmanische Reich waren miteinander verbündet und somit kämpften sie mit den Staaten der Entente. Insbesondere in Nordafrika und Westasien wollten Großbritannien und Frankreich dem bereits auf tönernen Füßen stehenden Osmanenreich große Teile entreißen und ihrem Einfluß einverleiben. So kam es zu einigen Schlachten im Nahen Osten. Für die Bewohner dieses Landstriches war die Lage schwierig. In den funktionierenden Kommunen wurden die jungen Männer in die regulären osmanischen Streitkräfte eingezogen. Einige versuchten, sich dem zu entziehen, doch die Osmanen waren nicht zimperlich mit Deserteuren. Die arabischen Wüstennomaden hielten sich heraus. Deshalb beschlossen die Briten, sie zu unterwandern und zum gemeinsamen Kampf gegen die Osmanen zu gewinnen. Wir alle haben schon von Thomas Edward Lawrence, genannt Lawrence von Arabien, gehört. Dieser junge Mann, Oxford-Absolvent, Historiker und Kenner vieler nahöstlicher Sprachen und Dialekte, trat zu Kriegsbeginn in die britische Armee ein und wurde für den britischen Generalstab zum wichtigsten Akteur im Nahen Osten. Er schaffte es, verschiedene arabische Stämme gegen die Osmanen zu motivieren, so daß sie im Interesse der Briten militärisch gegen die Osmanen vorgingen. Dafür versprachen ihnen die Briten, die Gründung arabischer Staaten in dieser Region zu forcieren und die arabischen Fürsten an der Macht zu beteiligen, etwas, was sich nach dem Ende des Krieges schnell relativierte. Lawrence mußte dafür einen hohen Preis zahlen. Um seine arabischen Partner überzeugen zu können, fühlte er sich tief in ihre Kultur, in ihr Denken ein. Er wurde praktisch einer der ihren. So wurde er erfolgreich, aber für seine britischen Offizierskameraden zum Paria. Hoch dekoriert wurde er aus der Armee gedrängt und gesellschaftlich geschnitten. Er hatte sich zu sehr gemeingemacht mit Leuten, die nach der Meinung seiner Kameraden weit unter ihnen standen. Aber die günstige Entwicklung auf dem nahöstlichen Kriegsschauplatz ließ die Politiker schon frühzeitig über die Nachkriegszeit nachdenken und planen. Zwei Dinge sind in dem Zusammenhang für Palästina von besonderem Belang. Da wäre zum einen die Balfour-Deklaration vom 2. November 1917 und zum anderen das geheime Abkommen zwischen dem britischen und dem französischen Außenminister, genannt Sykes-Picot-Abkommen, vom 16. Mai 1916. Im Gegensatz zu den bereits beschriebenen Vorgeschichten, die lediglich als Vorwand für heutiges politisches und militärisches Handeln herhalten müssen, sollten jene letzten beiden im Verlauf der Geschichte im 20. und 21. Jahrhundert von entscheidender

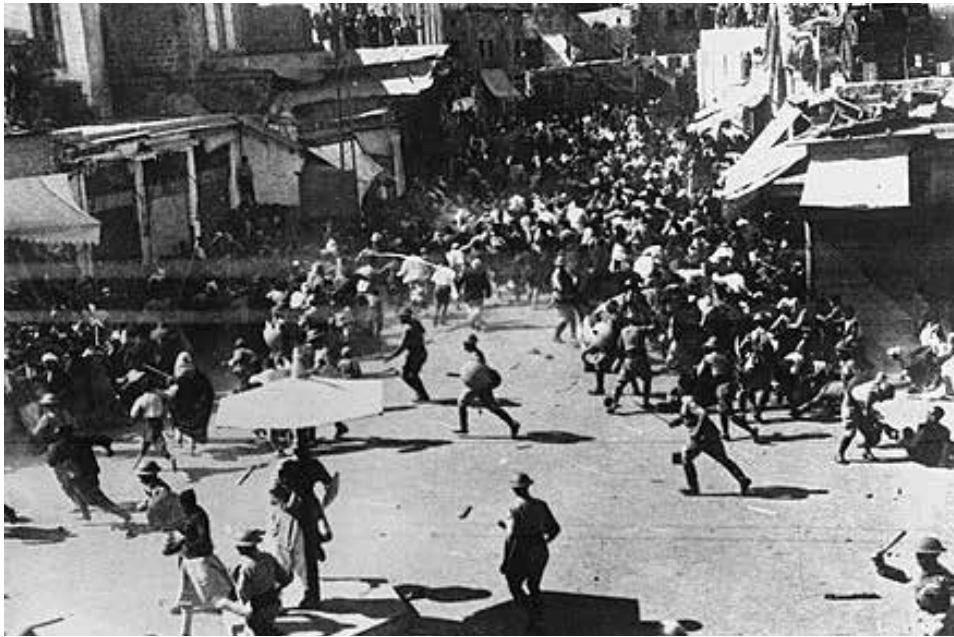
Bedeutung werden. Offensichtlich waren sich die Entente-Mächte schon lange vor dem Ende des 1. Weltkrieges ihres Sieges sicher. Jedenfalls verhandelten der britische Außenminister Mark Sykes sowie der französische Außenminister François Georges-Picot bereits im November 1915 ein Papier, in dem die Einflußsphären beider Länder nach dem Krieg im Nahen Osten festgeschrieben wurden. In Kraft trat das Geheimabkommen dann ein halbes Jahr später. Großbritannien wurde die Vorherrschaft über ein Gebiet zuerkannt, das insgesamt etwa dem heutigen Jordanien, dem Irak und dem Gebiet um die Hafenstadt Haifa entspricht. Frankreich sollte die Herrschaft über die Südosttürkei, den Nordirak, Syrien und den Libanon übernehmen. Jedes Land bestimmte dann innerhalb seiner Einflußzone die zukünftigen Ländergrenzen völlig frei. Mit Ausnahme Haifas, das Großbritannien zugedacht war, sollte das Gebiet Palästina unter internationale Verwaltung gestellt, de facto aber von Großbritannien administriert werden. Teile dieser Absprachen standen im Gegensatz zu dem, was z. B. die Briten den Arabern zugesichert hatten. Frankreich und Großbritannien war nur wichtig, in den jeweiligen Einflußzonen zu bestimmen, um maximales ökonomisches und politisches Kapital daraus zu schlagen. 1917 kam dann der neue britische Außenminister Lord Balfour mit einer weiteren Idee um die Ecke. Balfour, der sich selbst als Philanthrop sah, hatte aufmerksam die Entwicklung der zionistischen Bewegung beobachtet und versuchte nun, mit seiner Deklaration Wasser auf deren Mühlen zu geben und zu signalisieren, daß Großbritannien die Idee der Gründung eines jüdischen Staates unterstützten würde. Im einzelnen verkündete er: Die Regierung Seiner Majestät betrachtet mit Wohlwollen die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina und wird ihr Bestes tun, die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, mit der Maßgabe, daß nichts geschehen soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nicht-jüdischen Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und den politischen Status der Juden in anderen Ländern in Frage stellen könnte.“ (Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Balfour-Deklaration>) Damit versuchte er vor allem, nicht nur jüdischen Bürgern zu helfen, sondern auch ein Ventil zu schaffen, um jene aus Europa mit sanftem Druck zu entfernen. Die Lage der jüdischen Bevölkerung in den Ländern Europas war zwar differenziert, aber sie wurden von Rußland im Osten über Polen, Deutschland, Frankreich bis Spanien und Britannien als nicht gleichberechtigt mit der nationalen Bevölkerung betrachtet. Im Osten gab es immer wieder Pogrome, und in den Ländern des Westens wurden sie, trotz teilweiser großer ökonomischer Macht, von den Hebeln der politischen Macht ferngehalten. In Deutschland z. B. erhielten jüdische Mitbürger erst Jahre nach der „Reichsgründung“ 1872 die deutsche Staatsbürgerschaft. Obwohl gerade die „gutsituierten“ jüdischen Bürger sehr oft bereit waren, sich noch nationalbewußter zu

geben als der Durchschnittsdeutsche, standen sie bei vielen Parteien und Vereinen vor verschlossenen Türen. Auf jeden Fall befürworteten die britischen Behörden die Einwanderung jüdischer Bürger aus allen Teilen Europas. So kam es in Palästina zu einem erst ökonomischen, aber auch immer stärkerem demografischen Verdrängungsprozeß gegenüber der einheimischen arabischen Bevölkerung. Die Briten und der Rest der Welt ließen das so laufen. Die arabische Bevölkerung sah sich langfri-

Weltkrieges kooperierten die jüdischen bewaffneten Kräfte mit den Briten im Kampf gegen die Deutschen und Italiener. Die Deutschen wiederum versicherten sich der Zusammenarbeit mit einigen arabischen Führern und Stämmen. Allerdings gab es keine Einigkeit unter den Arabern, jeder Anführer verfolgte seine eigenen Ziele. Nach dem Zweiten Weltkrieg stellte sich die Frage, wie es in Palästina weitergeht. Die neue Weltorganisation, die UNO, beschloß, das Mandat der Briten über Palästina aus-

arabischen Einheiten zurückgeschlagen. Gleichzeitig ging man auch gegen arabische Siedlungen und die darin wohnende Zivilbevölkerung vor. Gefangene wurden auf beiden Seiten nicht gemacht, wer sich ergab, wurde erschossen, kein Platz für Kriegsgefangene, hieß es. So kam es zur Vertreibung tausender arabischer Palästinenser. Die Palästinenser sprechen darüber als von der Nakbah (der Katastrophe). Und einen Tag nach dem Auslaufen des britischen Mandats wurde am 14. Mai 1948 die Gründung Israels verkündet. Damit begann auch eine Reihe von Kriegen mit den Palästinensern und den umliegenden arabischen Staaten, in deren Folge Israel mehrfach sein Staatsgebiet erweitert hat. Fazit: Der Antisemitismus ist keine arabische, sondern eine christliche Erfindung. Daß die überall verfolgten Juden sich nach einem Staat für sich sehnten, indem sie unbehelligt leben können, ist völlig verständlich. Die mythologische Begründung für den Standort ist allerdings weit hergeholt. Letztendlich waren es die Westeuropäer, die die Juden loswerden wollten, die die Einwanderung nach Palästina mit Macht forcierten. Dabei waren die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung sowohl den Europäern als auch den einwandernden Juden völlig egal. Zwangsläufig schaukelten sich die Konflikte der Neuankommenden mit den Alteingesessenen immer weiter hoch. Das ist die Wurzel der Kriege in diesem Gebiet bis heute. Und wem das heutige Vorgehen der israelischen Armee vorzukommen scheint, wie das von 1947/48, der denkt wohl nicht ganz falsch. Eine unterdrückte Bevölkerungsgruppe, die, um die eigenen Interessen durchzusetzen, sich genauso verhält wie ihre Unterdrücker, ist zwangsläufig auch Unterdrücker und muß sich gefallen lassen, auch dafür hart kritisiert zu werden.

Uli Jeschke



Jaffa, 1936: Britische Polizei geht brutal gegen den arabischen Aufstand vor

stig von den Briten aufs ärgste enttäuscht und von den Veränderungen bedrängt. So kam es 1936 bis 1939 zu einem großen arabischen Aufstand, der sich vor allem gegen die Briten, aber auch gegen die jüdischen Bürger richtete. Die britische Protektormacht schlug mit brutaler Gewalt zurück. Mehr als 2000 Soldaten wurden eingesetzt, es wurde gefoltert und gemordet. Insgesamt zählte man ca. 3500 arabische, 2300 jüdische und ungefähr 600 britische Tote. Die jüdische Bevölkerung hatte bereits Anfang der 20er Jahre des 19. Jahrhunderts eine geheime Truppe zum Schutz ihrer Interessen gegründet, die Haganah (Verteidigung) geründet. Diese Truppe war bewaffnet und diente vor allem dem Schutz jüdischer Einrichtungen und Siedlungen. Die Briten duldeten sie als „Siedlerpolizei“. Gegen Ende des Aufstandes gingen die Haganah-Bewaffneten immer offensiver gegen die Araber vor. Ein Kommandeur der späteren israelischen Armee (Zahal) sagte darüber, daß dadurch viele Erkenntnisse für die „Operationen“ 1947 gewonnen wurden. Neben der Haganah operierten in Palästina weitere jüdische bewaffnete Gruppen. Eine davon war die Irgun Zwai Leumi, die seit Beginn der 30er Jahre tätig war. Nach Beginn des arabischen Aufstandes verübte Irgun terroristische Anschläge gegen die arabische Bevölkerung mit etlichen hundert Toten. Irgun wurde 1948 aufgelöst. In der Zeit des Zweiten

laufen zu lassen und auf diesem Gebiet zwei Staaten zu gründen, einen für die jüdische Bevölkerung und einen für die arabische. Die Pläne dafür gingen auf die britische Peel-Kommission von 1936/37 zurück. Zu jenem Zeitpunkt versuchte Großbritannien, die arabisch-jüdischen Konflikte dadurch zu lösen, indem man jedem bestimmte Gebiete innerhalb Palästinas zuwies. 1947 verkündete die britische Regierung das Ende des Mandats zum Mai 1948. Die jüdische Bevölkerung in Palästina erfuhr nach dem Weltkrieg und den Gräueln der Nazis an den europäischen Juden großen Zuspruch und Unterstützung, u.a. wurden auch Waffen geliefert. Um die Nöte der arabischen Einheimischen kümmerte sich allerdings kaum jemand. Sie fühlten sich immer stärker von den jüdischen Einwanderern bedrängt. Punktuell kam es zu beiderseitigen Überfällen, die auch auf beiden Seiten Opfer forderten. Im November 1947, mit der Erklärung des Endes der britischen Mandatschaft, begannen arabische bewaffnete Einheiten militärisch gegen jüdische Siedlungen vorzugehen. Heute wird das als erster Palästinakrieg gesehen. Die jüdischen Verantwortlichen waren sich völlig im klaren darüber, daß das Pulverfaß irgendwann explodieren würde und waren vorbereitet. Nachdem die jüdische Seite die ersten Opfer zu beklagen hatten, schlugen die jüdischen Einheiten zurück. Mit großer Wucht wurden die schlecht bewaffneten

Menschenrechtsbetonung – fragt sich nur von wem? –

Der Staat, ein Instrument der Macht
Der Klasse, die regiert,
Die Kriege braucht und sie entfacht.
Fürs Recht zu mehr Profit gedacht
Bleibt Unrecht mit dem Staat liiert.

Demagogie: Staat sei Nation,
Die stets doch nur geteilt
In Kapital und Arbeitslohn,
Vom Staat genährt herrscht Illusion,
Daß er es sei, der Wunden heilt.

Und Israel ist anders nicht,
Als Staat mißbraucht für Kriege
Bereits schon in der Wiege.

Indianern wie Zigeunern spricht
– Palästinensern ebenso –
Man ab ihr Recht auf Staatsniveau.

E.Rasmus

Waffen für Massenmord: Ampel fördert Israels Kriegsverbrechen

Israel begeht schwere Kriegsverbrechen. In keinem anderen Krieg gab es so umfangreiche, teils von den Tätern selbst im Internet veröffentlichte Dokumente dafür. Trotzdem hat die Bundesregierung die Rüstungsexporte an den Staat wieder massiv ausgeweitet. Ein Staat sperrt über zwei Millionen Menschen fast zwei Jahrzehnte lang ein, in einem Areal so klein wie Bremen, das er dann regelmäßig bombardiert. Seit einem Jahr legt er dort alles in Schutt und Asche, treibt die Massen hin und her wie Vieh, verhindert lebensnotwendige Hilfe und tötet offensichtlich alles, was ihm vor die Flinte kommt. Neben 43 000 registrierten Opfern, wohl zwei Drittel davon Kinder und Frauen, verwesen tausende Leichen unter Trümmern.

Jeder, der will, kann die grauenhafte Barbarei, die Israel im Gazastreifen – und inzwischen auch im Libanon – begeht, fast live mit ansehen: Bomben auf Vertriebenenlager und Kliniken, lebendig verbrennende Menschen, verhungernde Babys, Schüsse auf Kinder, Helfer, Journalisten und Ärzte – ein Massaker jagt das nächste. Es hat seinen Grund, warum der Internationale Gerichtshof (IGH) auf Antrag Südafrikas wegen des schwersten Verbrechens gegen Israel ermittelt: Völkermord lautet der Vorwurf.

Auch gegen Deutschland läuft eine Klage vor dem IGH. Denn das Unterstützen eines Völkermords mit Rüstungsexporten wiegt kaum minder schwer, als ihn zu begehen.

Die Bundesregierung hat die Rüstungsexporte gen Israel in den vergangenen Monaten massiv ausgeweitet. Gegenüber der BSW-Abgeordneten Sevim Dagdelen räumte sie laut *Tagesschau* ein, allein seit August dieses Jahres Ausfuhren im Wert von über 94 Millionen Euro genehmigt zu haben.

Mitte Oktober hatte das Bundeswirtschaftsministerium noch angegeben, daß zwischen dem 1. Januar und 13. Oktober 2024 Kriegsgüter im Wert von knapp 46 Millionen Euro nach Israel geliefert worden seien. Demnach haben die Verantwortlichen binnen nur einer Woche rund 48 Millionen Euro draufgelegt. Zum Vergleich: 2022 lieferte Deutschland Waffen im Wert von 32 Millionen Euro nach Israel. Nach dem 7. Oktober 2023 weitete die Regierung die Exporte massiv aus. Die Summe stieg vergangenes Jahr auf das Zehnfache. Die Ampel leiste damit Beihilfe zu völkerrechtswidrigen Angriffen auf UN-Truppen und Kriegsverbrechen Israels im Gazastreifen und im Libanon, so die Bundestagsabgeordnete weiter. Dabei weiß die Bundesregierung genau, was Sache ist. Sie muß es wissen, das ist ihre Aufgabe. Es ist schwer, die hunderten, vermutlich tausenden Videos auf X, TikTok und Co. nicht zu finden, in denen IDF-Soldaten ihre eigenen Kriegsverbrechen feiern: Täter in Uniform, die lachend Universitäten, Schulen und Wassertanks sprengen, die in Unterwäsche von getöteten Palästinenserinnen posieren, Spielzeug von Kindern vorführen, die vielleicht längst unter Trümmerbergen verwesen.

Die Regierung muß all die Aufnahmen von Palästinensern aus dem Gazastreifen kennen: von unzähligen toten Kindern, von Angriffen auf Alte, Kranke und Helfer und von Massengräbern vor Krankenhäusern, in welche die IDF ganz offensichtlich schwerkranke Patienten mit ihren Bulldozern einfach „untergepflügt“ hatte. Sie sind nicht schwer zu finden. Seit dem 7. Oktober 2023 verkünden Mitglieder der Regierung Israels in Dauerschleife ihre genozidale Agenda: Vertreibung, kollektive Bestrafung durch Hunger und Zerstörung als Kriegswaffe, Annexion und

Wiederbesiedlung des Gazastreifens, des Westjordanlandes und sogar des Libanons.

Der Grad der rassistischen Perversion ist schwer zu überbieten und erinnert teils an dunkelste Kapitel: So feiern beispielsweise tausende Israelis, offensichtlich Anhänger der beiden rechtsextremen Minister Bezale Smotrich und Itamar Ben-Gvir, auf öffentlich zugänglichen Social-Media-Kanälen wie auf *Telegram* grausamste Bluttaten der IDF – bis hin zum Jubel über getötete Babys.

Was offen vor unseren Augen liegt, sind unfassbare Verbrechen gegen die Menschlichkeit in einem völlig ziellosen Krieg gegen schwächere Gegner, der mit Verteidigung rein gar nichts zu tun hat, und den Israel längst auf ganz Palästina, den Libanon und Syrien ausgeweitet hat und der immer weiter, auch gegen Iran, zu eskalieren droht – dies vor allem mit US-amerikanischen und deutschen Waffen.

Doch der Regierung ging es um Formalitäten: eine bloße schriftliche Erklärung Israels, daß es die gelieferten Waffen „völkerrechtskonform einsetzen“ werde. Die hat sie bekommen, wohl wissend, daß sie die Bits und Bytes nicht wert ist, die das Dokument beansprucht.

Die Bundesregierung läuft längst nicht mehr Gefahr, sich an Kriegsverbrechen zu beteiligen, wie die taz meint. Sie ist längst beteiligt, und im Prinzip war sie es schon lange vor dem 7. Oktober vergangenen Jahres: Jahrzehntlang sah sie zu, wie Israel seine Siedlungen im Westjordanland ausbaute, Palästinenser vertrieb und tötete, Gaza abriegelte und zwei Millionen Menschen perspektivlos einsperrte, sanktionierte und von internationaler Hilfe abhängig machte. Ja, auch der 7. Oktober hatte eine Vorgeschichte.

Susan Bonath

Redaktionell gekürzt

Quelle: RTDE, 25.10.2024

Hilfe nach Hurrikans: 80 000 Tonnen Diesel aus Rußland für Kuba

Als Reaktion auf die Energiekrise schickt Rußland 80 000 Tonnen Diesel und Ausrüstungen im Wert von 62 Millionen Dollar nach Kuba. Der stellvertretende Ministerpräsident der russischen Regierung, Dmitri Tschernyschenko, hat in einer Sitzung der bilateralen Regierungskommission bestätigt, daß diese Unterstützung auf Anweisung von Präsident Wladimir Putin erfolgt. Sein Land werde über das Ministerium für Notstandssituationen auch Reparatursätze für die betroffenen Energieanlagen schicken.

Tschernyschenko nahm an einem Treffen der zwischenstaatlichen russisch-kubanischen Kommission für kommerzielle, wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit teil, die er gemeinsam mit dem

stellvertretenden kubanischen Ministerpräsidenten Ricardo Cabrisas Ruiz leitet. Er traf auch mit Präsident Miguel Díaz-Canel zusammen.

Zuvor hatte er mit seiner Delegation Venezuela besucht, wo er Präsident Nicolás Maduro traf und die 18. Sitzung der hochrangigen zwischenstaatlichen Kommission Venezuela-Rußland leitete.

Die kubanische Regierung bedankte sich für die zahlreichen Unterstützungsbekundungen und Hilfsangebote aus verschiedenen Ländern zur Beseitigung der durch den Wirbelsturm Rafael verursachten Schäden. Der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez berichtete über sein Profil auf X, daß sein Land Solidarität von Ländern wie Rußland, China, Mexiko, Kolumbien und

Venezuela sowie von karibischen Staaten erhalten hat.

So hatte die Regierung von Venezuela mehr als 300 Tonnen humanitäre Hilfsgüter nach Kuba geschickt, die von der venezolanischen Bevölkerung gesammelt wurden.

Auch im Ausland lebende Kubaner haben ihre Mitwirkung angeboten und damit begonnen, mit Lebensmittelspenden und Ressourcen für den Wiederaufbau des Nationalen Elektrizitätssystems zu helfen.

Rafael, ein Hurrikan der Kategorie 3 auf der Saffir-Simpson-Skala, traf am 6. November auf den Westen Kubas und verursachte schwere Schäden, darunter die Unterbrechung der Stromversorgung.

Quelle: Prensa Latina, amerika21, 9.11.2024

Kuba und DDR – Solidarisch im Kampf für Frieden und Sozialismus

Der 75. Jahrestag der Gründung der DDR ist mir Anlaß, die internationalistischen Leistungen der DDR genauer zu betrachten. Vor dem Hintergrund der fortwährenden imperialistischen Unterdrückung vieler Völker weltweit zeigt die Geschichte der DDR, welchen bedeutenden Weg sie bei der Unterstützung von Befreiungsbewegungen und neu von Kolonialmächten befreiten Ländern eingeschlagen hat. Am Beispiel der Solidarität mit Kuba im Vergleich mit der BRD Politik soll diese internationalistische Praxis näher beleuchtet und gewürdigt werden.

Ökonomische Solidarität

1960 war Kuba das erste Land in Lateinamerika, das die DDR völkerrechtlich anerkannte.

Schon im Jahr 1961 wurden die ersten Vereinbarungen zwischen den beiden Staaten getroffen. Nach der Sowjetunion war die DDR der zweitwichtigste und zweitgrößte Wirtschaftspartner Kubas.

In den frühen Jahren nach der kubanischen Revolution war die Zusammenarbeit mit sozialistischen Ländern für Kuba essenziell, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Der traditionelle Absatzmarkt in den USA fiel weg und die US-Blockade hatte direkte, verheerende Auswirkungen auf Kuba, zusätzlich beeinflusste sie die Haltung anderer kapitalistischer Staaten gegenüber der Republik.

Auf der 11. Plenartagung des Zentralkomitees im Dezember 1960 unterstrich die SED ihren solidarischen Beitrag. Walter Ulbricht erklärte, daß die DDR das kubanische Volk, das seine nationaldemokratische Revolution erfolgreich abgeschlossen hat, mit voller Kraft unterstützen werde. Mit dieser Erklärung war der Kurs für die zukünftige Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und Kuba bestimmt. Er hatte nicht nur mobilisierende Wirkung auf die zuständigen Staatsorgane, sondern auch auf die Partei und die Massenorganisationen.

Trotz der Tatsache, daß die DDR 1960 selbst ein bedeutender Zuckerexporteur war und über eine gut ausgebaute Industrie von Zuckerrübenverarbeitung bis zu Raffinerien verfügte, importierte sie in diesem Jahr 62 000 Tonnen Zucker aus Kuba. Die Preise für diesen Zucker waren für Kuba deutlich höher als die an den Börsen der kapitalistischen Staaten. Die Grundlage für diese Importe bildete ein Abkommen zwischen den Staatsbanken der DDR und Kubas, das den Handel und Zahlungsverkehr regelte. Kuba erhielt dabei einen ersten Staatskredit von über 12 Millionen US-Dollar, was für die DDR weit mehr als nur eine symbolische Geste der Solidarität darstellte. Der Handel wurde nach dem „Clearing-Verfahren“

durchgeführt, was bedeutete, daß Ein- und Ausfuhren ausgeglichen werden mußten.

Auf diesen ersten offiziellen Schritt folgten am 30. August weitere Vereinbarungen, darunter der Austausch von „Missionen“, ein Kulturabkommen, ein Handelsabkommen sowie ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit.

Im März 1961 wurde ein Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der DDR und Kuba abgeschlossen, gefolgt von einem Schifffahrtsabkommen im gleichen Jahr. Um den wachsenden Güterverkehr zu bewältigen, wurde die spezielle „CUBALCO“-Linie eingerichtet, die für den Transport von und nach Kuba zuständig war, wobei die DDR den Großteil der Schiffe bereitstellte.



Fidel Castro besucht 1972 neun Tage die DDR (Aufnahme vom 9.6.72 in Dresden)

Die DDR unterstützte Kuba beim Aufbau einer industriellen Basis, unter anderem durch den Bau von Zementwerken, wie dem Werk „Karl Liebknecht“ in Cienfuegos, das mit moderner Technologie und technischer Hilfe aus der DDR errichtet wurde. Auch beim Aufbau der Textilfabrik „Karl Marx“ in Matanzas half die DDR, indem sie Maschinen und technisches Know-how lieferte. Diese Fabrik spielte eine wesentliche Rolle bei der Entwicklung der kubanischen Leichtindustrie.

Zusätzlich lieferte die DDR eine Vielzahl von Maschinen, Fahrzeugen und industrieller Ausrüstung an Kuba, darunter landwirtschaftliche Maschinen, Baumaschinen sowie Lastwagen und Traktoren, die für die industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung waren.

Durch diese umfassende wirtschaftliche Unterstützung wurde die DDR zu einem wichtigen Handelspartner Kubas. Sie importierte kubanische Produkte wie Zucker und Nickel, was zur Stabilisierung der kubanischen Wirtschaft beitrug. Im Gegenzug exportierte die DDR industrielle Güter, Maschinen und Konsumgüter nach Kuba. Dieser Handel ermöglichte Kuba trotz des US-Embargos den Zugang zu wichtigen Industriegütern.

Die DDR-Regierung verstand diese Unterstützung als echte Solidarität, bei der ein

brüderlich verbundenes Land durch gezielte wirtschaftliche Zusammenarbeit langfristig in die Lage versetzt wird, eine unabhängige und souveräne Politik zu verfolgen.

Trotz der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und Kuba traten auch Herausforderungen und Probleme auf. Diese Schwierigkeiten verdeutlichten, wie die gelebte Solidarität zwischen den beiden Ländern gestaltet wurde: Sie gingen respektvoll, lösungsorientiert und fair mit den unterschiedlichen Bedingungen und Erwartungen um.

Kuba, als fester Bestandteil des sozialistischen Weltsystems und insbesondere innerhalb des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), konnte das volle Potential einer globalen kommunistischen Produktionsweise,

wie sie ursprünglich angestrebt wurde, leider nicht vollständig umsetzen. Dennoch wurde das Potential einer weltweiten Kooperation von frei assoziierten Produzenten sichtbar.

Als die DDR in die BRD einverleibt wurde, hat die Bonner Regierung alle 64 Abkommen, Vereinbarungen und Verträge zwischen der DDR und Kuba einseitig und ersatzlos annulliert, ohne die Konsequenzen für Kuba zu berücksichtigen.

Kultur und Wissenschaft

Aber nicht nur wirtschaftliche Zusammenarbeit bestimmte die Freundschaft zwischen den bei-

den Staaten. Es entwickelte sich von Beginn der Beziehungen an ein intensiver Kulturaustausch auf allen Gebieten, wie Verlagswesen, Volksbildung und in den Künsten.

Auf der Grundlage eines Kulturabkommens 1963 entstanden hervorragende direkte Beziehungen. Dieses Abkommen regelte die Zusammenarbeit in kulturellen und wissenschaftlichen Bereichen und trug zur Vertiefung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern bei. Fachkräfte aus der DDR halfen beim Aufbau von Bildungseinrichtungen, die den Arbeiter- und Bauern-Fakultäten der DDR ähnelten. Diese Einrichtungen ermöglichten es Jugendlichen, die zuvor keine Gelegenheit hatten, ihre Hochschulreife zu erwerben, ihr Abitur nachzuholen. Das Volksbildungswesen der DDR half bei der Einführung der Unterrichtsplanung, der Lehrplangestaltung und besonders beim Aufbau des Mathematikunterrichtes in kubanischen Grund- und Mittelschulen. Die ersten kubanischen Jugendlichen nahmen an DDR-Hochschulen ein Studium auf.

Solidarität in der DDR-Bevölkerung

In der DDR wuchs die Sympathie und Unterstützung für die kubanische Revolution, was im Januar 1961 zur Gründung eines Komitees für Kuba-Solidarität führte. Ein markantes Zeichen dieser Solidarität war die große

Massenkundgebung am 26. April 1961 in Berlin Unter den Linden. Diese Demonstration, die zehntausende Teilnehmer versammelte, richtete sich gegen die von den USA unterstützte Invasion in der Schweinebucht.

Die Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1978 in Havanna stellten einen bedeutenden Moment in der Geschichte der internationalen Solidarität dar. Sie vereinten junge Menschen aus aller Welt, um ihre gemeinsamen Ziele und Kämpfe zu besprechen und zu feiern. Diese Veranstaltung stärkte nicht nur die Solidarität unter den Teilnehmern, sondern festigte auch Kubas Position als zentrales Zentrum der antiimperialistischen Bewegung. Durch die enge Zusammenarbeit in gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und anderen Bereichen entwickelten sich zahlreiche freundschaftliche Beziehungen, und das Solidaritätsgefühl mit dem revolutionären Kuba war in der DDR stark ausgeprägt.

Die Solidarität mit Kuba zeigte in der BRD und der DDR deutliche Unterschiede, die auf die unterschiedlichen politischen Systeme, ideologischen Ausrichtungen und internationalen Bündnisse zurückzuführen sind. In der BRD wurde die Solidarität vor allem von linken Oppositionsgruppen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen getragen, während die staatliche Unterstützung praktisch nicht existierte. Im Gegensatz dazu war die Solidarität mit Kuba in der DDR, wie dargestellt, stark staatlich geprägt und eng in die offizielle Politik eingebunden.

Vor 1959 unterhielt die Bundesrepublik Deutschland (BRD) diplomatische Beziehungen zur Diktatur unter Batista. Der Handel war geprägt durch den Export von Zucker aus Kuba und die Lieferung von Industrieprodukten aus Deutschland. Auch nach dem Sieg der kubanischen Revolution änderte sich zunächst wenig. Die Beziehungen verschlechterten sich jedoch

schnell, als Kuba nach dem Bruch mit den USA verstärkt die Zusammenarbeit mit der DDR suchte, um sich von imperialistischen Einflüssen zu befreien. Im Rahmen der Hallstein-Doktrin¹ brach die BRD 1962 die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab.

Nach der Verhängung des US-Embargos gegen Kuba, das von der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) unterstützt wurde, schloss sich die BRD im Wesentlichen diesem Boykott an, wodurch die Wirtschaftsbeziehungen fast vollständig zum Erliegen kamen. Erst mit der Aufhebung der Hallstein-Doktrin durch die sozial-liberale Koalition Anfang der 1970er Jahre kam es zu einer begrenzten Annäherung. 1975 wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen der BRD und Kuba wiederhergestellt, was den Beginn eines langsamen Ausbaus der Wirtschaftsbeziehungen markierte.

Seit 1989 sah sich das sozialistische Kuba aufgrund der Konterrevolution in den ehemals sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas einer doppelten Blockade ausgesetzt.

Die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade wurde nun katastrophal verschärft durch den Umstand, dass buchstäblich über Nacht 85 % der Außenhandelspartner wegfielen. Die seit über 60 Jahren andauernde US-Wirtschaftsblockade erschwert den Import lebenswichtiger Güter und fügt der Wirtschaft erheblichen Schaden zu. Die Blockade betrifft das Gesundheitswesen und die Versorgung mit Treibstoffen und Strom.

Eine weitere Kontinuität der Bekämpfung der Revolution war die Aufnahme Kubas auf die

1 Die Hallstein-Doktrin besagte, daß die BRD die diplomatischen Beziehungen zu allen Staaten abbricht, die die DDR anerkennen, das heißt, diplomatische Beziehungen zur DDR aufnehmen. Entsprechend konnten alle Staaten, die Beziehungen zur DDR aufnahmen, keine bundesdeutsche Entwicklungshilfegelder erhalten.

Terrorliste der USA seit 1982. Auf der Liste stehen derzeit Iran, Syrien und die DVRK. Die Liste hat für die jeweiligen Länder zur Folge, daß US-Entwicklungshilfe, Rüstungsexporte und bestimmte finanzielle Transaktionen beschränkt werden. Dies ist ein weiterer Ausdruck der imperialistischen Bestrebungen, die kubanische Souveränität sowie die der Länder, die sich den Imperialismus widersetzen, zu untergraben.

In diesem Kontext hat Kuba seine Wirtschaftsbeziehungen unter anderen zu Rußland und China seit der Sonderperiode kontinuierlich ausgebaut. Peking vergißt nicht, daß Kuba als erstes lateinamerikanisches Land im Jahr 1960 die Volksrepublik China völkerrechtlich anerkannt hat.

Im Jahr 2014 entschied sich Rußland, unter der Führung von Präsident Wladimir Putin, einen Großteil der Schulden Kubas aus der Sowjetzeit zu erlassen. Im Juli 2014 vereinbarten Rußland und Kuba, daß 90 Prozent der kubanischen Schulden, die auf insgesamt etwa 32 Milliarden US-Dollar geschätzt wurden, erlassen würden.

Diese historischen Beziehungen haben sich im Laufe der Jahre vertieft und stellen heute eine wichtige strategische Partnerschaft dar. Aus diesem Grund strebt Kuba auch eine Aufnahme in die BRICS an. Kuba erhofft sich durch diese Annäherung an die BRICS-Staaten eine Umgehung der wirtschaftlichen Blockade sowie eine Verbesserung des Handels und der wirtschaftlichen Entwicklung.

Unsere Aufgabe ist es, diese antiimperialistische Solidarität aktiv zu unterstützen. Wir müssen antiimperialistische Kämpfe verbinden und versuchen, aktiv Druck aufzubauen, um im Falle Kubas die Blockadepolitik der USA zu verurteilen und, falls möglich, zu behindern und unsere Beziehungen zu Kuba zu stärken.

Michael Gellrich

In Griechenland stoppen KKE und KNE Waffentransport – unter dem Beifall der Bevölkerung

Kommunisten blockieren Kriegsmaterial für Ukraine

Es war kein Durchkommen. Am 6. November blockierten Mitglieder der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) und der Kommunistischen Jugend (KNE) in der Stadt Tyrnavos sechs Lastwagen, die Munition zum Transport in die Ukraine geladen hatten. Die Lkw mit ukrainischen, polnischen und bulgarischen Kennzeichen transportierten Raketen und Munition aus einem Lager in der Region und waren auf dem Weg in die Ukraine. „Die Lieferung“, so erklärte die KKE in einem Bericht über die Aktion, „war Teil der von der griechischen Regierung getroffenen Zusagen über die verstärkte Beteiligung des Landes am Krieg in der Ukraine mit einer kontinuierlichen Lieferung von Kriegsmaterial an das Selenski-Regime“. Der Transport der mörderischen und gefährlichen Fracht

führte demnach am helllichten Tag durch eine Stadt, in der Tausende von Menschen leben.

Mit Parolen wie „Kein Land und kein Wasser für die Mörder des Volkes“ und „NATO raus aus Griechenland“ blockierten die Kommunistinnen und Kommunisten trotz der Anwesenheit von Polizeikräften die Straße. Sie „demonstrierten in der Praxis den Willen der großen Mehrheit des Volkes, die Beteiligung Griechenlands an den tödlichen imperialistischen Plänen der USA-NATO-EU zu stoppen“, so die KKE in ihrem Bericht.

Die unnachgiebige Haltung der Mitglieder der KKE und der KNE war erfolgreich: Die tödliche Fracht passierte Tyrnavos nicht. Die Lastwagen fuhren zurück, versehen mit den Slogans „NATO-Mörder geht nach Hause“.

Während der Aktion kamen die Menschen aus ihren Häusern und jubelten und applaudierten den Demonstranten. Nachdem die

Lastwagen kehrtgemacht hatten, formierte sich ein Marsch durch die Stadt. Mit Parolen und Reden informierten die Organisatoren die Bevölkerung über die Aktion und riefen sie auf, wachsam zu sein und den Kampf zu intensivieren, um die Umwandlung der Region Thessalien in eine Kriegsbasis der USA-NATO-EU zu stoppen. Auch eine Delegation der Stadtverwaltung von Tyrnavos hatte sich eingereicht. Der kommunistische Bürgermeister, Stelios Tsikritsis, betonte unter anderem, daß „die Menschen von Tyrnavos mit ihren militanten Traditionen, die viele Male ihre Antikriegsbotschaft ausgesandt haben, (...) eine weitere Beteiligung des Landes am imperialistischen Schlachthaus nicht zulassen werden. Unser Slogan lautet: ‚Weder ein Stützpunkt für Mörder noch ein Ziel für Vergeltungsmaßnahmen‘“.

Aus: Unsere Zeit, 15.11.24

Die geökonomischen Triebkräfte der SOZ-BRICS-Synergie

Eine Woche vor dem bedeutsamen BRICS-Gipfel in Kasan hielt die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) ein Gipfeltreffen in Islamabad ab.

Diese Zusammenkunft ist in mehrerer Hinsicht wichtig. An dem Gipfeltreffen in Pakistan nahm der Rat der Regierungschefs der SOZ-Mitgliedstaaten teil. Dabei wurde ein gemeinsames Communiqué herausgegeben, in dem die Notwendigkeit betont wurde, die auf dem jährlichen SOZ-Gipfel im vergangenen Juli in Astana getroffenen Entscheidungen umzusetzen: Dort versammelten sich die Staats- und Regierungschefs, darunter auch das neue SOZ-Vollmitglied Iran.

China hat nach dem rotierenden Vorsitz der SOZ durch den engen Verbündeten Pakistan – das nun von einer zweifelhaften Regierung geführt wird, die von den Schlägertruppen des Militärs, die den äußerst beliebten ehemaligen Premierminister Imran Khan im Gefängnis halten, voll unterstützt wird – offiziell den Vorsitz der SOZ für den Zeitraum 2024 bis 2025 übernommen. Und wie zu erwarten, geht es ums Geschäft.

Das Motto der chinesischen Präsidentschaft lautet – wie könnte es anders sein – „Aktion“. Peking hat sich also nicht lange Zeit gelassen, um eine weitere, schnellere Synergie zwischen der Belt and Road Initiative (BRI) und der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU), deren vorherrschende Macht Rußland ist, zu fördern.

Beginnen wir mit der faszinierenden Steppenstraße – einer mongolischen Idee, die sich zu einem aufgewerteten Wirtschaftskorridor entwickelt. Die Mongolei ist Beobachter bei der SOZ, kein Vollmitglied: Die Gründe dafür sind recht komplex. Dennoch schwärmte der russische Premierminister Michail Mischustin seinen SOZ-Gesprächspartnern von der Steppenstraße vor.

Die Idee für die Taliin Zam (mongolisch für „Steppenstraße“) mit nicht weniger als „Fünf Großen Passagen“ hatten die Mongolen bereits 2014: ein Labyrinth aus Transport- und Energieinfrastruktur, das mit Investitionen von insgesamt mindestens 50 Milliarden US-Dollar gebaut werden soll.

Dazu gehören eine 997 km lange transnationale Schnellstraße, die Rußland und China verbindet, 1 100 km elektrifizierte Eisenbahninfrastruktur, der Ausbau der bereits bestehenden Transmongolischen Eisenbahn von Suchbaatar im Norden nach Zamyn-Uud im Süden und von Pipelineistan natürlich, neue Öl- und Gaspipelines, die Altanbulag im Norden mit Zamyn-Uud verbinden.

Der mongolische Premierminister Oyun-Erdene Luvsannamsrai war ebenso begeistert wie Mischustin und verkündete, daß die Mongolei bereits 33 Steppe-Road-Projekte abgeschlossen hat.

Diese Projekte passen zufällig gut zu Rußlands eigenem Trans-Eurasischen Korridor – einem Verbindungslabyrinth, zu

dem die Transsibirische Eisenbahn, die Transmandschurische Eisenbahn, die Transmongolische Eisenbahn und die Baikale-Amur-Magistrale (BAM) gehören.

Bereits im Juli diskutierten Putin und der mongolische Präsident Ukhnaagiin Khurelsukh auf dem SOZ-Gipfel ausführlich über die Feinheiten der eurasischen Logistik.

Anfang September besuchte Putin dann die Mongolei, um am 85. Jahrestag des gemeinsamen sowjetisch-mongolischen Sieges über die Japaner am Fluß Chalchin Gol teilzunehmen.

All dies ist strategisch absolut sinnvoll. Die Grenze zwischen Rußland und der Mongolei ist 3 485 km lang. Die UdSSR und die Mongolische Volksrepublik nahmen vor über einem Jahrhundert, im Jahr 1921, diplomatische Beziehungen auf. Sie haben bei wichtigen Projekten zusammengearbeitet, wie z.B. der Transmongolischen Gaspipeline – einer weiteren Verbindung zwischen Rußland und China –, der Modernisierung des Joint Ventures Ulaanbaatar Railway, der Lieferung von Treibstoff für den neuen internationalen Flughafen Chinggis Khaan durch Rußland und dem Bau eines Kernkraftwerks durch Rosatom.

Die Mongolei verfügt über einen sprichwörtlichen Reichtum an natürlichen Ressourcen, von Seltenerdmetallen (die Reserven könnten erstaunliche 31 Millionen Tonnen erreichen) bis hin zu Uran (voraussichtliche Reserven von 1,3 Millionen Tonnen). Auch wenn sie den sogenannten Dritten-Nachbarn-Ansatz anwendet, muß die Mongolei einen sorgfältigen Balanceakt vollführen, da sie ständig auf dem Radar der USA und der EU ist und der gesamte Westen auf eine geringere eurasische Zusammenarbeit mit Rußland und China drängt.

Natürlich hat Rußland einen großen strategischen Vorteil gegenüber dem Westen, da Moskau die Mongolei nicht nur als gleichberechtigten Partner behandelt, sondern auch die Bedürfnisse seines Nachbarn in bezug auf die Energiesicherheit abdecken kann.

Was das Ganze noch verlockender macht, ist, daß Peking die Steppenstraße als „in hohem Maße konsistent“ mit der BRI ansieht, und zwar mit dem sprichwörtlichen Enthusiasmus, der die Synergie und die „Win-Win-Kooperation“ zwischen beiden Projekten begrüßt. Ergänzend zur Steppenstraßen-Initiative reiste der chinesische Premierminister Li Qiang nicht nur zum SOZ-Gipfel nach Pakistan, sondern auch mit einer Priorität in Sachen Konnektivität, die nächste Phase des 65 Milliarden Dollar teuren China-Pakistan-Wirtschaftskorridors (CPEC), dem wohl wichtigsten Projekt der BRI, voranzutreiben.

Li und sein pakistanischer Amtskollege Sharif weihten schließlich den strategisch wichtigen, von China finanzierten Gwadar International Airport im Südwesten Belutschistans ein – allen Widrigkeiten und zeitweiligen Überfällen durch von der CIA finanzierte separatistische Belutschistan-Guerillas zum Trotz.

CPEC ist ein äußerst ehrgeiziges Infrastrukturentwicklungsprojekt auf mehreren Ebenen, das mehrere Knotenpunkte umfaßt, beginnend an der chinesisch-pakistanischen Grenze am Khunjerab-Pass, über den – ausgebauten – Karakorum-Highway und weiter südlich durch Belutschistan bis hin zum Arabischen Meer.

In Zukunft könnte die CPEC sogar eine Gaspipeline von Gwadar nach Norden bis nach Xinjiang umfassen, wodurch Chinas Abhängigkeit von Energietransporten über die Straße von Malakka, die vom Hegemon im Handumdrehen blockiert werden könnte, weiter verringert würde.

Die offizielle chinesische Position ist ein Wunder an Ausgewogenheit und höflicher Zweideutigkeit. Obwohl Peking die Unterstützung des Prinzips der nationalen Souveränität betont, hat es Rußland nicht verurteilt, und gleichzeitig hat es die NATO nie direkt für den De-facto-Krieg verantwortlich gemacht.

Die geökonomische Vernetzung hat für die SOZ-Spitzenmächte und strategischen Partner Rußland und China höchste Priorität. Seit Anfang der 2000er Jahre hat sich die SOZ von der Terrorismusbekämpfung zur geökonomischen Zusammenarbeit entwickelt. In Islamabad wurde erneut deutlich, daß die SOZ nicht zu einem Militärbündnis nach dem Vorbild der NATO werden wird.

Abgesehen von der geökonomischen Zusammenarbeit ist es für alle Mitglieder jetzt am wichtigsten, den Krieg des Terrors des Westens zu bekämpfen, der mit dem bevorstehenden, demütigenden Scheitern des Projekts Ukraine mit Sicherheit an Fahrt aufnehmen wird.

Ein Mechanismus, der die SOZ weiter festigen und den Weg für eine Fusion mit den BRICS auf dem weiteren – steinigem – Weg ebnet, ist das chinesische Konzept der Global Security Initiative, das zufällig mit dem russischen Konzept übereinstimmt, das den USA im Dezember 2021 vorgelegt – und von ihnen abgelehnt – wurde, nur zwei Monate vor der Unvermeidbarkeit der SMO.

China schlägt vor, „das Prinzip der unteilbaren Sicherheit aufrechtzuerhalten“ sowie „eine ausgewogene, effektive und nachhaltige Sicherheitsarchitektur aufzubauen“ und sich entschieden gegen „den Aufbau nationaler Sicherheit auf der Grundlage der Unsicherheit anderer Länder“ zu stellen. Das ist etwas, dem jedes Mitglied der SOZ – ganz zu schweigen von den BRICS – zustimmt.

Kurz gesagt bedeutet die von Rußland und China angestrebte Unteilbarkeit der Sicherheit die de facto Anwendung der UN-Charta. Das Ergebnis wäre Frieden auf globaler Ebene – und damit der Todesstoß für die NATO.

Pepe Escobar

Redaktionell gekürzt

Quelle: <https://strategic-culture.su/news/2024/18.10.2024>

Waffen gegen die Bevölkerung

Ein Buch über den Fall Wikileaks und Julian Assange

Das italienische Original des Buches „Secret Power. Der Angriff auf Wikileaks und Julian Assange“ erschien bereits 2021. Es wurde ins Englische und Spanische übersetzt, die Autorin, die italienische Journalistin Stefania Maurizi, mehrfach für die Band ausgezeichnet. Sie hat ihn für die deutsche Ausgabe um ein Kapitel ergänzt, das die Befreiung Julian Assanges am 25. Juni 2024 behandelt. Für die deutsche Ausgabe hat der US-Journalist Vincent Bevis, Autor des Buches „Die Jakarta-Methode. Wie ein mörderisches Programm Washingtons unsere Welt bis heute prägt“ ein Vorwort geschrieben, in dem es heißt: „Secret Power‘ ist eine bestechende und lebendige Geschichte über den Beginn des 21. Jahrhunderts, und das aus mehreren Gründen. Schon was Wikileaks aufdeckte, die Tatsachen, die das Medium enthüllte, sind es wert, für sich allein betrachtet zu werden. Am meisten beeindruckt mich aber, wie Stefania Maurizi offenlegt, was passiert ..., wenn der Journalismus die unsichtbare Linie vom Akzeptierbaren zum Unerlaubten überschreitet.“ Das Vorwort endet mit den Sätzen: „Die Werkzeuge der digitalen Welt sollten die Bürgerinnen und Bürger handlungsfähiger machen, sie ‚empowern‘, und das taten sie auch bis zu einem gewissen Grad; doch die bereits bestehenden Staaten und Konzerne lernten schnell, sie als Waffen gegen die Bevölkerung einzusetzen. Letztlich wirft das Buch die Frage auf, ob Journalismus überhaupt noch möglich ist.“

Und, läßt sich ergänzen, es beantwortet sie mit nein. Wer der Diktatur der Marc Zuckerberg, Elon Musk, von Google, Apple, Nvidia, eines internationalen Zeitungs- und Fernsehmoguls wie Rupert Murdoch und dem für Weltkrieg umgebauten US-Staat zu nahe kommt, wird zum Verbrecher erklärt. Wenn der deutsche Verfassungsschutz jemanden einen Extremisten nennt, dem durch regelmäßig veröffentlichte Geheimdienstberichte, also Denunziation, der wirtschaftliche Nährboden entzogen werden soll – wie im Fall „junge Welt“ –, erscheint das, verglichen damit, fast zivilisiert. Regelmäßige Anprangerungen veröffentlicht kein anderer Geheimdienst in dieser Welt. In den beiden mächtigsten englischsprachigen imperialistischen Ländern, den USA und dem Vereinigte Königreich, geht es noch rustikaler zu: Irgendeine Spur von Rechtsbewußtsein war im Fall Wikileaks und Assange bei Justiz und Staat nicht auffindbar. Das Überleben Assanges war Zufall und vor allem Resultat internationaler Solidarität. Maurizi arbeitete seit 2008 für die großen italienischen Zeitungen „La Repubblica“ und „L'Espresso“ mit Wikileaks und Assange zusammen. Sie hat so umfassend wie sonst niemand über die von Wikileaks enthüllten Dokumenten recherchiert und folgerichtig ihre Arbeit bei beiden Zeitungen verloren. Über den Grund schreibt sie: „Zum ersten Mal in der Geschichte riß Wikileaks ein klaffendes Loch in den Kokon der ‚Secret Power‘

und verschaffte potentiell Milliarden von Menschen systematischen und uneingeschränkten Zugang zu riesigen Archiven mit vertraulichen Dokumenten, wie sich unsere Regierungen verhalten, wenn sie, jenseits medialer Öffentlichkeit, Kriege vorbereiten oder Greuelthaten begehen.“ Das war das „Verbrechen“, für das Assange Gefahr lief, für immer im Gefängnis zu bleiben. Die Veröffentlichung von Dokumenten über Kriegsverbrechen der US-Armee reichte, um ihn ohne Urteil faktisch 14 Jahre lang in Haft zu halten, ab 2019 in London zusammen mit Mördern, Räubern und übelsten Gewalttätern einzusperren und durch dosierte Folter zu töten.

Maurizi hat eine, wenn nicht die politische Kriminalgeschichte des vergangenen Jahrzehnts aufgeschrieben. Der Fall WikiLeaks erscheint dabei heute bereits wie aus einer vergangenen Zeit. Wenn Verbrecher wie Elon Musk und Co. einen Staat übernehmen, wird dieser zum Verbrecherstaat und Enthüllung nicht nur weitgehend unmöglich, sondern überflüssig: Der imperialistische Gangsterstaat betreibt alles auf offener Bühne – Krieg, Verelendung, auch Folter und Massenmord. Er tut das nicht jenseits medialer Öffentlichkeit, vielmehr steuert seine Führungsbande die „Öffentlichkeit“.

Arnold Schölzel

Stefania Maurizi: Secret Power. Der Angriff auf Wikileaks und Julian Assange. Papyrossa Verlag, Köln 2024, 463 Seiten, 28 Euro

Krieg kann niemals eine Alternative sein!

„Trotzdem sprechen“. Unter diesem Motto haben drei kluge Frauen Gedanken von 21 Menschen in einem Sammelband zusammengetragen. Die Autorinnen und Autoren kommen aus verschiedenen Fachrichtungen und gehören verschiedenen Ethnien und Glaubensrichtungen an. Sie träumen vom Frieden und artikulieren ihre Wahrnehmungen, ihre Trauer, Verzweiflung und ihre Enttäuschungen auf verschiedener Art und Weise sowie aus unterschiedlicher Perspektive. Sie trauern um den Verlust von Freunden. In Zusammenhang mit dem Krieg im Nahen Osten – trotz allem, was dort geschehen ist und immer noch geschieht – sind alle der Meinung, daß jetzt erst recht miteinander gesprochen werden muß, denn Krieg kann niemals eine Alternative sein!

Nazih Musharbash, Deutsch-Palästinenser und Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft, bemängelt die undifferenzierte Berichterstattung in den Leitmedien und den Umgang der herrschenden politischen Elite der Bundesrepublik Deutschland mit dem Nahostkonflikt. Wer sich „nicht eindeutig und vor allem vorbehaltlos auf die Seite Israels stellt, der gilt womöglich als Antisemit“, er wendet sich gegen jene, die auf deutschen Straßen das

brutale Vorgehen der Hamas vom 7. Oktober 2023 bejubelten. Es gab aber auch Mahnwachen, z. B. in Osnabrück, wo Menschen Kerzen anzündeten und ein Gedicht des palästinensischen Dichters Mahmud Darwish rezitierten, „in dem es darum geht, stets auch die andere Perspektive zu denken“. Anteilnahme oder Empathie seitens der deutschen politischen Elite sucht man vergebens. „Die palästinensischen Toten bleiben Zahlen ohne Gesicht.“

Musharbash erzählt von seinen Erlebnissen, z.B. darüber, daß es vor 1948 ganz selbstverständlich war, daß Palästinenser ihren jüdischen Nachbarn zu deren religiösen Feiertagen gratulierten. Der Konflikt sei ein politischer und kein religiöser. Es gehe darum, daß zwei Volksgruppen dasselbe Stück Land beanspruchen. Es könne ohne Dialog und Kompromiß keine Lösung geben. Zu den Ansprüchen der Rechtsradikalen, „die nach einer zweiten Nakba verlangen“, sei von deutscher Seite nichts zu vernehmen. Das palästinensische Volk sehnt sich seit 1948 nach Frieden und Gerechtigkeit, hebt Musharbash hervor, und benennt weitere legitime Rechte der Palästinenser. „Keine einzige dieser Forderungen ist ihrem Wesen nach antijüdisch oder antisemitisch. Keine einzige.“

Im Beitrag von Prof. Dr. Meron Mendel unterstreicht dieser, daß wissenschaftliche Begriffe viel zu schnell zu politischen Kampfbegriffen gemacht werden. „Ähnlich ist es mit dem Begriff Apartheid oder dem Begriff Genozid, die den Zweck hätten, den Gegner zu „delegitimieren“. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, daß renommierte internationale Organisationen und Wissenschaftler, darunter auch israelische, über die „ethnischen Säuberung Palästinas“ (Ilan Pappé, Universität Haifa), bzw. „Apartheid in Palästina“ (Kai Ambos, Universität Göttingen) Bücher geschrieben haben.

Als Mendel in einem Deutschlandfunk-Interview gefragt wurde, wie er den Krieg in Gaza sehe, sagte er lapidar: „Ich bin ja kein Militär-experte.“ Er schreibt in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung schöne Kolumnen im Stil von Sonntagsreden, zum Krieg Israels gegen die Palästinenser verhält er sich indes zumindest ahnungslos.

Für interessierte Leserinnen und Lesern ist dieser Sammelband eine aufschlußreiche Lektüre.

Dr. Matin Baraki

Lena Gorelik u.a.: Trotzdem sprechen, Ullstein, Berlin 2024, 224 S.

Regierungswechsel in Indonesien (Teil 2)

In den Ländern der Dritten Welt gingen die USA nach dem 2. Weltkrieg gewalttätiger vor als in Europa. Für die Menschen in den Ländern der Dritten Welt hat sich seit 1945 nichts geändert. Die USA haben das Kolonialsystem von den westlichen Staaten geerbt und weitergeführt. Die ehemaligen Kolonien sind wirtschaftlich noch immer von den westlichen Industriestaaten abhängig. Die Spielregeln der kapitalistischen Wirtschaft werden

Kriege (herbei)geführt und mit wirtschaftlichen und anderen Repressionen dazu beigetragen, daß Millionen Menschen getötet oder zur Flucht getrieben wurden. Es gibt kaum einen Konflikt auf der Welt, der nicht von den USA geschürt wurde. Die mit den USA Verbündeten Regierungen, darunter auch Deutschland, haben dabei tatkräftig mitgeholfen, u.a. durch Waffenlieferungen und Munition an das Suhartoregime.

Kapitalismus des freien Marktes und konzentrierten sich auf die Bekämpfung der Inflation und die Deregulierung der Märkte. Ausländische Firmen bekamen Konzessionen für Ölschürfungen und Bergbau (US-Bergbaufirma Freeport und Unocal). Starkist bekam Konzessionen für den Fischfang. General Electric, American Express, Caterpillar und Goodyear kamen ins Land sowie die Rüstungsfirmen Raytheon und Lockheed.

Vom folgenden wirtschaftlichen Aufschwung fungierten Suharto und seine Getreuen als „Berater“ der Großkonzerne. Allein Suharto hat 40 Milliarden US-Dollar veruntreut und teilweise ins Ausland geschafft. Ein Kapitalist ist immer auf Gewinn aus, das investierte Kapital im Ausland wird für die Ausbeutung und nicht für die Entwicklung der Länder eingesetzt. Korrupte Regierungen sind die einzigen, die mitprofitieren. Die bürgerliche Ökonomie mißt nur die Größe des Kuchens und nicht wie er aufgeteilt wird. So kann man dem Rest der Welt weismachen, daß ein Land trotz Diktatur und Armut in der Bevölkerung einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt und „Stabilität“ herrscht.

Nach dem großen Reibach kam 1997 die Asienkrise. Indonesien war eines der am stärksten von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffenen Länder. Die Menschen gingen auf die Straße. Die Regierung, die jeden Kredit in der Bevölkerung verloren hatte, reagierte mit gewaltsamer Unterdrückung. Im Mai 1998 lieferten sich Studenten Straßenschlachten mit den Streitkräften. Nach 32 Jahren trat Suharto am 21. Mai 1998 zurück. Nach seinem Rücktritt übernahmen neue Präsidenten sein Amt, darunter auch Sukarnos Tochter Megawati, die aber alle, außer ein paar demokratischen Reformen, nicht viel veränderten. Keiner der Präsidenten nach Suharto war in der Lage, Korruption und Vetternwirtschaft auszumerzen. Politischer Aktivismus blieb weiterhin riskant. Korruption, Vetternwirtschaft und Terrorismus und die Macht der Armee blieben bestehen. Suhartos Kumpane sind zwar verschwunden, dafür sind neue Kumpane aufgetaucht.

Die Ära Jokowi

2005 wurde Joko Widodo („Jokowi“), ein Geschäftsmann aus der Möbelbranche zum Bürgermeister von Surakarta auf Zentraljava gewählt. 2012 wurde er Gouverneur von Jakarta und 2014 Präsident von Indonesien. Man hatte ihn aufgrund des Versprechens gewählt, mit der alten Elite in Jakarta zu brechen, die Regierung bürgernah zu gestalten und endlich eine Abrechnung mit den Mißbräuchen der Suharto-Ära zu betreiben. Er wurde von den Anhängern der Reformasi-Bewegung unterstützt, die 1998 Suharto gestürzt und demokratische Reformen vorangetrieben hatten. Viele erwarteten, daß er die Täter zur Rechenschaft ziehen und die Opfer rehabilitieren würde. Sie hatten sich getäuscht. Von Suhartos wirtschaftlichem Aufschwung hatten schließlich auch Jokowi und seine Familie profitiert.



Im Mai 1998 leiteten Studentenproteste in Jakarta den Sturz Suhartos ein

im Westen geschrieben. Die Kolonisierung heißt heute Globalisierung, und ist ein Synonym für Amerikanisierung.

Nach 1945 starteten die USA mit der CIA eine weltweite antikommunistische Kampagne, die zum Sturz von zahlreichen Regierungen führte und fast immer mit Massenmorden einherging. Sie unterstützten jedes zwielichtige Regime und Antikommunisten auf der ganzen Welt. Früher geschah das unter dem Deckmantel des Antikommunismus. Nach 9/11 wurde aus dem Kampf gegen den Kommunismus ein Kampf gegen den Terrorismus. Mit demselben Ziel: die Vorherrschaft des Westens unter Führung der USA zu sichern. Heute reicht es aus, sich den Wünschen des US-Imperialismus nicht zu unterwerfen, um in Ungnade zu fallen und Kandidat für die nächste Farbrevolution zu werden. Gegen China und Rußland bemüht man nicht einmal mehr, die Klischees von Kommunismus oder Terrorismus, hier sind es die beiden „Systemrivalen“, die bekämpft werden.

Wo die USA sich früher meist direkt mit dem Militär verbündeten, geschieht der Regierungssturz heute über NGO's und Stiftungen vor Ort, über das NED, USAID und andere reaktionäre Banden, die sie kontrollieren, finanzieren und dazu anleiten, Unruhe zu stiften, um einen Vorwand für einen Putsch zu haben. Sie haben unzählige Konflikte provoziert, „Farbrevolutionen“ unterstützt,

Indonesien nach dem Putsch

Suhartos Armee hat mit Hilfe der USA, Englands und Australiens zwischen 1965 und 1998 mehr Zivilisten ermordet, als alle anderen vom Westen unterstützten Regime der Welt.

Neben den Ermordeten gab es noch hunderttausende politische Gefangene, ohne Haftbefehl, ohne Gerichtsverfahren in (Arbeits-)Lagern. Suharto wollte alle ausrotten, die beschuldigt wurden, Kommunisten oder deren Sympathisanten zu sein. Ein Blutbad dezimierte die Gewerkschaftsbewegung zusammen mit Universitätsstudenten, Journalisten und ethnischen Chinesen. Mit dem Verbot aller Parteien (außer seiner eigenen Partei Golkar), schaltete Suharto jede Opposition aus. Indonesien wurde so Vollmitglied in der von den Amis angeführten antikommunistischen Bewegung.

Suharto leitete eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklungsphase ein. Unter dem korrupten Diktator öffnete sich das Land für ausländische Investoren. Kurz nachdem er das Präsidentenamt übernommen hatte, fand in Genf eine internationale Investorenkonferenz statt. Indonesien hatte, nachdem wieder „Stabilität“ herrschte, den „Investoren“ der Welt viel zu bieten: Bodenschätze, Fachkräfte und eine zerschlagene Arbeiterbewegung. Die Organisation der Wirtschaft wurde einer Gruppe von amerikanischen Wirtschaftsberatern, die als Berkeley-Mafia bekannt wurde, übertragen. Diese predigten einen

Unter Jokowi wurden demokratische Kontrollinstitutionen, wie die Korruptionsbekämpfungskommission geschwächt, es kam zu einem demokratischen Rückschritt. Armee und Polizei haben wieder ihre alte Rolle übernommen. Die Regierung greift auf ein Gesetz über elektronische Informationen und Transaktionen zurück, um Regierungskritiker wegen Verleumdung zu verfolgen und Proteste mit Gewalt zu unterdrücken. Das Leben wurde wirtschaftlich erträglicher, doch ist der Alltag noch immer von Korruption, Bestechung und Vetternwirtschaft geprägt. Jokowi spielte den bescheidenen Regierungschef, der die Probleme der einfachen Leute versteht. So verließ er sein Amt als beliebter Politiker, nicht ohne sichergestellt zu haben, daß seine Familie weiterhin großen Einfluß auf die Politik behält. Im Wahlkampf für die Präsidentschaft, für die er nicht zum dritten Mal antreten durfte, unterstützte er seinen Verteidigungsminister Prabowo. Der gehört zwar nicht Jokowi's Partei (PDI-P) an, sondern hat seine eigene Partei gegründet (Gerindra), aber Prabowo und Jokowi hatten ausgehandelt, daß sein Sohn Gibran (37) unter Prabowo Vizepräsident wird. Da dieser aber nicht das vorgeschriebene Mindestalter (40) hat, wurde kurzerhand die Verfassung geändert. Da paßte es gut, daß der Vorsitzende des Verfassungsgerichts Jokowi's Schwager ist. Am 27. November fanden in Indonesien Regionalwahlen statt. Jokowi's zweiter Sohn Kaesang (29) kandidiert als Bürgermeister der Stadt Depok südlich von Jakarta. Seine Gewinnchancen stehen gut. Kaesang wollte im November ursprünglich auch für das Amt des Gouverneurs von Jakarta kandidieren. Auch für ihn sollte das Mindestalter (30) dafür geändert werden, was aber durch Massenproteste der Bevölkerung verhindert wurde. Jokowi's Schwiegersohn Bobby Nasution ist Bürgermeister der 2,5 Millionenstadt Medan auf Sumatra und kandidiert im November als Gouverneur der Provinz Nordsumatra. Wir werden im Januar-Heft des RF über das Wahlergebnis informieren. Im August flog Kaesang mit seiner Frau im Privatflugzeug des singapurischen Tech-Tycoon Gang Ye nach Los Angeles zum Shoppen. Gang Ye ist Großinvestor in der Stadt Surakarta, wo Kaesang's Bruder Gibran bis seiner Ernennung zum Vizepräsidenten des Landes Bürgermeister war. Nun ermittelt die Antikorruptionsbehörde wegen Vorteilsnahme gegen ihn und auch gegen seinen Schwager Bobby Nasution, der 2023 ebenfalls gratis mit Privatjets von Geschäftsfreunden geflogen war.

Prabowo Subianto Djojohadikusumo

Anders als Jokowi, der in ärmlichen Verhältnissen aufwuchs, ist Prabowo ein Nachkomme der politischen Aristokratie und Bruder eines Oligarchen. Der Ex-General (73) ist der Schwiegersohn des ehemaligen Diktators Suharto. Nach Suhartos Sturz wurde er aus der Armee entlassen, nachdem das Gericht ihn mehrerer Verstöße für schuldig befunden hatte, darunter die Beteiligung an der Entführung und dem „Verschwindenlassen“ von pro-demokratischen Aktivisten während der Studentenproteste von 1998.

Prabowo ging ins Exil nach Jordanien. Nach seiner Rückkehr gründete er 2008 die Partei

„Gerindra“ (großes Indonesien). 2019 wurde er Verteidigungsminister unter Jokowi. Im Februar dieses Jahres gewann er nach dreimaligem Anlauf die Präsidentschaftswahl. Die beiden Male davor verlor er gegen Jokowi, diesmal wurde er von Jokowi unterstützt. Bei politischen Veranstaltungen für die Kandidatur von Prabowo wurden staatliche Sozialpakete verteilt. Am 20. Oktober übernahm er das Amt.

Für seine dritte Kandidatur hatte sich Prabowo als netter Großvater und Anhänger von Jokowi neu erfunden. Als er 2014 und 2019 gegen Jokowi antrat, zeigte er sich in erbitterten Wahlkampfauftritten noch als nationalistischer Populist und stritt sich jedesmal mit dem Sieger über den Wahlausgang. Diesmal stellte er sich auf die Seite von Jokowi und versprach, dessen Politik weiterzuführen. Er versprach, allen Schulkindern und schwangeren Frauen täglich eine kostenlose Mahlzeit zu spendieren und die Wohnungsnot zu bekämpfen. Innerhalb von drei Jahren will er eine Selbstversorgung des Landes mit Energie und Lebensmitteln erreichen.

Prabowo hat eine zwielichtige Vergangenheit. Als Schwiegersohn von Sukarno und einer der obersten Generäle war er 1998 an der Unterdrückung der Opposition in Jakarta beteiligt. Er hat eine lange Liste schockierender Menschenrechtsverletzungen.

Der östliche Teil der Insel Timor, heute die Demokratische Republik Timor-Leste, ist zu fast 100 % christlichen Glaubens, eine Folge der portugiesischen Kolonialherrschaft von 1556 bis 1974. Als die Portugiesen nach der Nelkenrevolution ihre Kolonie Timor aufgeben mußten, entschied sich West-Timor für die Zugehörigkeit zu Indonesien. Ost-Timor wählte die Unabhängigkeit. Daraufhin besetzte Indonesien das Land. Mehr als 30 Prozent aller Einwohner wurden getötet, 80 Prozent der Infrastruktur des Landes wurden zerstört. Erst im Oktober 1999 verließen die letzten indonesischen Soldaten die Region und Ost-Timor wurde unabhängig.

Prabowo war eine Schlüsselfigur bei den Militäroperationen, die den Widerstand der Osttimoresen niederschlugen. Er leitete eine Spezialeinheit der indonesischen Armee (Kopassus), die schwere Verbrechen an Widerstandskämpfern, auch an Frauen, begang.

1978 war er an der Ermordung des Freiheitskämpfers, Gründers der Partei FRETILIN und ersten Präsidenten von Timor-Leste, Nicolau Lobato, beteiligt. 1983 war er in ein Massaker in Kraras verwickelt, bei dem 200 Menschen getötet wurden. 1991 war er an einem weiteren Massaker in der Hauptstadt Dili beteiligt bei dem 250 Demonstranten getötet wurden. Und das ist längst noch nicht alles.

Prabowo sprach im Wahlkampf 2024 bevorzugt die Jugend an, die sich nicht an die Zeit unter Sukarno erinnern kann. Er hat den Spitznamen TikTok. Daß Prabowo nun das Präsidentenamt übernimmt, ist die Folge von 32 Jahren Suharto-Diktatur und nachfolgenden 26 Jahren „Demokratie“ ohne Aufarbeitung der Verbrechen. Zwei Generationen von Indonesiern wurden von klein auf der Gehirnwäsche einer staatlichen Propaganda unterzogen.

Ausblick

Die Massenmorde unter Suharto werden heute in Indonesien mythologisiert, die Mörder im Krieg gegen den „Kommunismus“ werden bei Kundgebungen bejubelt und für die Rettung des Landes gefeiert. Suharto und Prabowo wurden nie verurteilt. Suharto († 2008) wurde im September von der Liste der korrupten Personen gestrichen und es gibt Bestrebungen, ihm den Titel des Nationalhelden zu verleihen. Bis heute gibt es keine strafrechtliche Aufarbeitung des Terrors. Die Täter von damals rühmen sich öffentlich ihrer Taten. Die Opfer und ihre Familien hingegen leben in Armut, stigmatisiert und im Alltag benachteiligt sowie diskriminiert als Angehörige von Kommunisten. Die KPI bleibt weiterhin verboten.

Indonesien ist eine Präsidentschaftsdemokratie. Der Präsident ist gleichzeitig auch Regierungschef und Oberbefehlshaber der Armee. Wir wissen noch nicht, was für ein Präsident Prabowo sein wird. Seine Vergangenheit läßt nichts Gutes vermuten. Es scheint, daß Prabowo die Führung in der Außenpolitik übernehmen wird. Im Inland hat er ehrgeizige wirtschaftliche Ziele festgelegt, ein Wachstumsziel von 8 %, eine gerechtere Verteilung des Wohlstands. Er wird die Eigentumsverhältnisse nicht in Frage stellen.

Einen Tag nach seinem Amtseid ernannte Prabowo 109 Minister, leitende Beamte und andere Mitglieder seines Kabinetts, das aus einer Mischung aus Gefolgsleuten und Leuten aus der Regierung von Jokowi besteht. Sieben der acht im Parlament vertretenen Parteien sind der Regierungskoalition beigetreten. Prabowo hat also fast alle mit ins Boot geholt, so ist kaum Opposition zu erwarten. Allein die PDI-P, die größte Partei Indonesiens, geleitet von Sukarnos Tochter Megawati, ist der Koalition nicht beigetreten, obwohl Prabowo sie lange umworben hatte. Aber Megawati ist Prabowo auch nicht feindlich gesinnt. Das umfangreiche Kabinett umfaßt 48 Minister, 56 stellvertretende Minister und fünf Leiter von Ministerien.

Am ersten Wochenende seiner Präsidentschaft, nur fünf Tage nach seiner Machtübernahme, hielt er eine viertägige Kabinettsklausur an der Militärakademie ab, bei der alle 109 Kabinettsmitglieder in Tarnanzügen antreten, in Zelten schlafen und an „Teambuilding-Aktivitäten“ teilnehmen mußten. Der Weckruf erfolgte um 4 Uhr morgens, und alle Minister und stellvertretenden Minister mußten sich um 5.15 Uhr auf dem Exerzierplatz einfinden, wo sie von Prabowo erwartet wurden. Er wolle das Kabinett zwar nicht militarisieren, aber „Teambuilding“ sei sehr wichtig, so Prabowo. In seiner ersten Kabinettsitzung fünf Tage vorher hatte er alle begrüßt und Loyalität gefordert.

Prabowo hat nach Umfragen eine Zustimmungsrate von 85 %. Die Rückkehr an die Macht in Gestalt des Schwiegersohns des Diktators Suharto und Ex-Generals mit dunkler Vergangenheit ist ein Rückfall in dunkle Zeiten. Auch die Menschen in Ost-Timor haben die Untaten von Prabowo auf ihrer Insel nicht vergessen. Für viele Freiheitskämpfer ist das, was einst undenkbar war, nun Wirklichkeit geworden.

Ghaffar Khan: Der vergessene Freiheitskämpfer

Mitte August 2023 wurde viel über die seit 75 Jahren bestehende indische Unabhängigkeit und die Rolle Mahatma Gandhis berichtet. Über den muslimischen Paschtunen Abdul Ghaffar Khan, der ein enger Kampfgefährte und Freund Gandhis und Jawaharlal Nehrus (erster Ministerpräsident des freien Indien) war, wurde geschwiegen. Er „war einer der führenden Generäle des ungeteilten indischen Freiheitskampfes“. Für seinen unermüdlichen Kampf für die Freiheit des indischen Subkontinents und für die Errichtung der Schulen in den paschtunischen Stammesgebieten, bekam er den Ehrentitel „Badscha Khan“ (Herr König).

Badscha Khan ist im deutschsprachigen Raum fast völlig unbekannt. In Großbritannien jedoch sind viele Bücher über ihn geschrieben und auch seine Memoiren und Gedanken veröffentlicht worden. Diese beiden Bücher wurden von Ingrid von Heiseler aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt und vom Verein „Afghanic“ herausgegeben. Badscha Khan verbrachte insgesamt fünfzehn Jahre seines Lebens in britischer Gefangenschaft. Zum großen Teil in Einzelhaft mit Handschellen, Ketten an den Füßen und am Hals. Er wurde ständig beobachtet und selbst auf dem Wege nach Peshāwar, wo er für seine Hochzeitsfeierlichkeiten einkaufen wollte, verhaftet. Er hat versucht, in den Stammesgebieten Schulen aufzubauen. Für die Freiheit seines Volkes und Landes sah er die Bildung als zentral an. Jedoch sowohl die Briten als auch die islamischen Geistlichen und die muslimischen Provinzfürsten (Nawab) waren dagegen und hinderten ihn daran. „Die Briten wollten nicht, daß die Paschtunen gebildet werden. Sie mochten unsere nationalen Schulen überhaupt nicht“. Sie hatten immer nach einem Vorwand gesucht,

um die Schulen zu schließen. Wenn sie welche erfanden, dann haben sie „in unserer gesamten Provinz [...] die Schulen geschlossen und alle Lehrer [...] verhaftet“.

Badscha Khan war Gründer der paschtunischen Befreiungsbewegung „Khudai Khidmatgar“ auch „Rothemden“ genannt, die sich im Namen Gottes als Diener ihres Volkes ansahen und für die Einheit des freien Indiens kämpften. Diese Haltung war das Bindeglied zwischen seiner Bewegung und dem indischen Kongress und Gandhi. Sowohl Badscha Khan als auch Gandhi und Nehru haben bis zur Selbstaufgabe versucht die Teilung Indiens zu verhindern. Hier spielten die Hindunationalisten und die islamistische „Muslimliga“ um Mohammad Ali Jinnah, der der erste pakistanische Ministerpräsident war, den Briten in die Hände. Sie schürten Hass zwischen Hindus und Muslimen, um die Teilung Indiens zu rechtfertigen. Obwohl seit mehr als 100 Jahren 400 Millionen Menschen verschiedener Völker in Indien friedlich zusammengelebt hatten, wie selbst Vizekönig Lord Mountbatten feststellte und heuchlerisch hervorhob, daß „ein vereintes Indien die mit Abstand beste Lösung des Problems wäre“.¹ Bei einem Gespräch sagte der Vizekönig Lord Wavell zu Nehru: „Wir werden ganz bestimmt Indien verlassen. Aber in wessen Obhut sollen wir das Land geben?“. Nehru erwiderte: „Sie können das Land sogar der Muslimliga übergeben, wenn Sie nur abziehen!“ Badscha Khan, Gandhi und Nehru wollten auf jeden Fall eine Teilung Indiens verhindern. „Eine Tatsache war jedoch, daß die Briten niemals Harmonie

1 Berger, Thomas: Freiheit und Grauen, in: Junge Welt, 13./14.8.2022, S. 13. www.nationalarchives.gov.uk.

und Übereinstimmung zwischen Hindus und Muslimen gewünscht hatten und entschlossen waren, das Land zu teilen“. Die Folgen der Teilung und die allgemein praktizierte „Teile und Herrsche-Strategie“ der britischen Kolonialherrschaft hat Millionen Menschen in Indien das Leben gekostet und die Grundlage für eine immer noch andauernde Feindschaft zwischen Indien und Pakistan geschaffen.

Nach der Entstehung Pakistans blieb Badscha Khan nicht in Indien, sondern ging zu seinem paschtunischen Volk nach Pakistan. Er setzte sich für das Selbstbestimmungsrecht der Paschunen ein. Dafür saß er wiederum insgesamt 15 Jahre in pakistanischen Gefängnissen. Nach seiner Freilassung suchte er in Afghanistan Asyl, wo er mit großer Herzlichkeit empfangen wurde. Ich hatte mehrmals die Ehre, ihn am jährlich veranstalteten „Paschtunistan-Tag“ in Kabul bei Demonstrationen zum Sportstadion, wo er immer eine sehr emotionale Rede hielt, zu begleiten. Als Oberlehrer an der ausschließlich für paschtunische Kinder errichteten „Khoschal Khan Khatak-Oberschule“ in Kabul habe ich Ende der 60er Jahre ihm zu Ehren eine Konferenz organisiert und moderiert.

Seine Memoiren sind eine erlebte Darstellung der brutalen britischen Herrschaft in Indien. Beim Lesen des Buches gewinnt man den Eindruck, alles selbst miterlebt zu haben. Den Leserinnen und Lesern des deutschsprachigen Raumes sei es herzlich empfohlen.

Dr. Matin Baraki

Abdul Ghaffar Khan: Mein Leben: Autobiographie des Abdul Ghaffar Khan, Bonn 2012. (Hrsg.: Afghanic e.V.)

Yahya Wardak: Worte Badshah Khans, Bonn 2021. Hrsg.: (Afghanic e.V.)

DDR-Modell als Türöffner

VW baut Elektro-Traktoren-Ausleih-Stationen in Afrika

Nimmt Volkswagen das DDR-Modell der Traktoren-Ausleihstationen auf, in denen Aus- und Fortbildung der Bauern angeboten wird, zwar keine Ausleihe, aber die Miete von Traktoren wird ermöglicht?

Vor fünf Jahren hatten VW und Siemens das Projekt der E-Mobilität in Ruanda mit einer Flotte von 50 e-Golf gestartet.

Gleichzeitig wurde im Juni das von der GIZ, der bundeseigenen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit, betreute Pilotprojekt „GenFarm“ in Partnerschaft mit dem ruandischen Landwirtschaftsministerium initiiert. Das Rwanda Institute for Conservation Agriculture RICA hatte 2020 den zwar in Deutschland gebauten, aber in Afrika entwickelten Prototyp des E-Traktors, einen „multitasker, Alleskönner“ 2020 getestet. Doch ein VW-Traktor als Marketing? Eigentlich sollte er das VW-Emblem nicht tragen ...

Doch nun ist es soweit, mit dem VW-Traktor im Mittelpunkt des Projekts: Mit Photovoltaik betrieben, steht die Anlage zur Montage und Lieferung für Elektrotraktoren in Gashora im Distrikt Bugesera, 60 km von der Hauptstadt Kigali entfernt, so die Presseerklärung vom 23. Oktober von Volkswagen Afrika. Von den Landwirtschafts-Kooperativen des Distrikts Bugesera können ab Frühjahr 2025 „Landwirte einen Elektrotraktor mit einem geschulten Fahrer für eine nachhaltige und erschwingliche Landwirtschaft buchen“, so Dr. Nikolai Ardey, der von BMW über Audi gekommene Forschungsdirektor bei Volkswagen. Der Austausch der integrierten Batterien sei natürlich enthalten. „Wir bauen unsere Präsenz in Afrika aus und betrachten Ruanda als einen wichtigen Wachstumsmarkt“, sagte Martina Biene, Generaldirektorin der Volkswagen Gruppe

Afrika. Die Kosten des Baus des „E-Hubs“ und seine Kapazität sind noch nicht bekannt, allerdings dürfte einen großen Teil die GIZ übernommen haben.

Doch die Aussichten, wo drei VW-Werke geschlossen und zigtausend Beschäftigte entlassen werden sollen? Dem Geschäftsbericht des Vorstands nach wurde für 2023 „das Vorjahresvolumen in Afrika leicht verfehlt“. Doch die Bauern in der Region Kigali können sich freuen ... Nach Angaben des ruandischen Landwirtschaftsministeriums sollte in diesem Jahr der Mechanisierungsgrad der Landwirtschaft von 42 % auf 50 % gesteigert werden. Von Jahr zu Jahr wurde bereits die mechanisiert bearbeitete Ackerfläche um 13 % ausgeweitet und beträgt nunmehr 80 000 Hektar.

Georges Hallermayer

Der Volksaufstand in Bulgarien am 9. September 1944 und die heutige Klassenkampfsituation

Seit dem Frühjahr 1944 hatte sich das internationale Kräfteverhältnis endgültig zugunsten der antifaschistischen Kräfte geändert. So auch in Bulgarien, wo eine unmittelbare revolutionäre Situation heranreife. Das Bündnis von Monarchie und Faschisten konnte nicht mehr mit den alten Methoden regieren und die Massen wollten die Diktatur nicht weiter erdulden (1). Die Volksbefreiungsbewegung wuchs an. Die Partisanenkräfte in den Bergen waren vorbereitet, den Aufstand zu unterstützen. Am 9. September 1944 erreichte der antifaschistische bewaffnete Volksaufstand in Bulgarien, gestützt auf die einmarschierende Rote Armee, seinen Höhepunkt. Die 450 000 Mann starke bulgarische Armee leistete keinen Widerstand. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Kommunisten und weitere Anhänger der Vaterländischen Front bereits entscheidenden Einfluß im Mannschaftsbestand. Die sowjetischen Oberbefehlshaber meldeten, daß eine spontane Verbrüderung der Sowjetsoldaten mit dem bulgarischen Volk im Gange sei (2). Nicht vergessen war die Befreiung Bulgariens von der osmanischen Fremdherrschaft im Jahre 1878 im russisch-türkischen Krieg. Die zaristische Regierung wurde gestürzt. An die Macht kam die linke Vaterländische Front. Seit dieser Niederlage beschuldigen antikomunistische Kräfte die Akteure des 9. September des Putsches. Die gesellschaftliche Realität zeigt jedoch, daß bei einem Putsch die Verschwörer im Bunde mit dem Militär die rechtmäßige Regierung stürzen und die Kontrolle über den Staatsapparat übernehmen. Ziel eines Putsches ist es nicht, das Gesellschaftssystem zu beseitigen, sondern zu stabilisieren. Wenn die Reaktion nicht in der Lage ist, ihre Macht mit den vorhandenen legalen Mitteln zu garantieren, errichtet sie die offene Diktatur. So geschah am 9. Juni 1923, als die Verschwörer mit Hilfe der Armee und bewaffneter Banditen die Schaltstellen der Macht besetzten, um die von der regierenden bulgarischen Bauernpartei eingeleiteten Veränderungen und den möglichen Übergang der Macht an die Kommunisten zu verhindern. Dies provozierte den international ersten bewaffneten antifaschistischen Aufstand vom 23. September 1923. Es gelang den Reaktionen, diesen brutal zu zerschlagen. Über zwei Jahrzehnte dauerten die Repressalien im Kampf um die Stabilisierung ihrer Macht an. Am 19. Mai 1934 kam es zu einem Militärputsch, erneut wurde eine faschistische Diktatur errichtet. Die Putschistenregierung setzte die Verfassung von Tarnowo als erste Verfassung des 1878 unabhängig gewordenen bulgarischen Staates außer Kraft und kam gesetzwidrig ins Amt. Der 9. September hat die Geltung dieser Verfassung wiederhergestellt. Der Volksaufstand war auch deshalb kein Putsch, weil er zu Maßnahmen führte, die einen grundlegenden sozialen und ökonomischen Wandel ermöglichten und nicht das überkommene System retteten. Der Volksaufstand schuf die Möglichkeiten einer künftigen Entwicklung des zurückgebliebenen

Agrarlandes zum Sozialismus. Er führte zur Nationalisierung der wenigen Industriebetriebe und zur Genossenschaftsbildung in der Landwirtschaft. Die Gesellschaft im sozialistischen Bulgarien wurde modernisiert durch die Industrialisierung, Schaffung einer hochentwickelten Landwirtschaft, Urbanisierung, Elektrifizierung, Errichtung der Infrastruktur, den Bau von Talsperren, Straßen und der Kanalisation, sowie durch die Entwicklung von Bildung und Medizin, der Mikroelektronik, des Tourismus, bis hin zur Teilnahme an Projekten der Erforschung des Weltraums. Diese Revolution schuf zugleich eine hohe Nationalkultur und eröffnete den Weg zur Gleichberechtigung der Geschlechter (3).

Nach 45 Jahren sozialistischer Entwicklung wurde in Bulgarien ab 1989 die Rückkehr zu kapitalistischen Verhältnissen durch die Einführung des Privateigentums an Produktionsmitteln, Privatisierung der Schlüsselzweige der Wirtschaft und Liquidierung von Großbetrieben eingeleitet. Hier Auszüge aus einem aktuellen Bericht der Bewegung „23. September“: „Die Lebensbedingungen eines Großteils der Arbeiterklasse haben sich erheblich verschlechtert. Eine weitere Folge der Restauration des Kapitalismus ist der Verlust der nationalen Souveränität. Das Land wurde als Rohstoffanhänger für natürliche und menschliche Ressourcen in das kapitalistische Weltsystem integriert. Innerhalb von 30 Jahren ist die Bevölkerungszahl um nahezu ein Drittel mit der Tendenz zu einer demographischen Katastrophe gesunken. Viele der während des Sozialismus bestens ausgebildeten Fachkräfte sind in westliche Staaten emigriert, um dort leben und arbeiten zu können. Die wichtigsten Ressourcen wie Goldvorkommen, Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Trinkwasserversorger der großen Städte, Telekommunikation u.a. gingen in die Hände westlicher Privatunternehmen über. Das Land wurde in die imperialistischen Bündnisse NATO und Europäische Union eingegliedert. Dies zielt zugleich auf die Expansion in Richtung Osten, militärische Konfrontation und Vorbereitung eines großangelegten Krieges gegen Rußland. Momentan ist eine der strittigen politischen Fragen die Gewährung militärischer Hilfe für die Ukraine. Die Waffenproduktion in Bulgarien wurde mit Beginn der Militärischen Spezialoperation Rußlands verdreifacht, wobei die Ukraine das größte Empfängerland ist. Derzeit ist die bulgarische Kompradorenbourgeoisie dabei, ihre Abhängigkeit durch die Mitgliedschaft im Euro-Währungsgebiet noch zu vertiefen und trat dem Schengener-Abkommen bei. All diese Entwicklungen stoßen zunehmend auf Ablehnung im Volke. So wurden über 600 000 Unterschriften für die Einberufung eines Referendums gegen den Beitritt Bulgariens in die Euro-Zone gesammelt. Innenpolitisch ist das Aufkommen von Zensur und politischer Gewalt, sowie faschistischer Tendenzen festzustellen. Russophobie

und Antikommunismus werden angeheizt. So wurde von der Sofioter Stadtverwaltung der Beschluss gefaßt, das im Stadtzentrum befindliche Denkmal für die Sowjetarmee abzureißen. Die Räume der russisch-orthodoxen Kirche im Zentrum wurden unzugänglich gemacht. Gefordert wird das Verbot der kommunistischen Ideologie und kommunistischer Symbole. Die Restauration des Kapitalismus führt zur Rehabilitation des Faschismus. Ein gravierendes Beispiel ist die Aktivierung neonazistischer Gruppen in Sofia. Überfälle werden auf Menschen verübt, die offen gegen die derzeit vorherrschenden Ideen auftreten, betroffen ist auch unsere Bewegung „23. September“ (4). Die mit dem 9. September 1944 beseitigten Verhältnisse wurden restauriert. Benötigt wird eine politische Kraft, die die Interessen des Volkes konsequent vertritt. Der Aufbau einer solchen Kraft kommt unter den bulgarischen Bedingungen einer ernsthaften Herausforderung gleich.

Bernhard Schwarz, Berlin

Quellenverzeichnis

- 1) *Geschichte der Bulgarischen Kommunistischen Partei*, Sofia Press 1986
- 2) *Marschall G.K. Shukow, Erinnerungen und Gedanken*, Militärverlag der DDR, S. 275
- 3) *Wladimir Nikolow*, <https://septemvri23.com/9septemvri1944/>
- 4) <http://septemvri23.com/narodno-nedovolstvo-i-faschistki-tendencii/>

Am 31. Oktober verstarb in Eggersdorf bei Berlin der verdiente Historiker und Autor des „RotFuchs“

Professor Dr. Erich Kundel

im Alter von 98 Jahren.

Als langjähriger Leiter der Marx-Engels-Abteilung am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED in Berlin und als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates für Marx-Engels-Forschung der DDR erwarb er sich durch seine zahlreichen Veröffentlichungen und Editionen aus dem Fundus von Marx, Engels und der Arbeiterbewegung sowie durch die Mitarbeit in der Redaktion der Marx-Engels-Gesamtausgabe international hohes Ansehen. Mit den über ein Jahrzehnt erschienenen „Roten Kalenderblättern“ leistete Erich Kundel nach der Konterrevolution einen bleibenden Beitrag zur Bewahrung unserer revolutionären Traditionen. Auf seinem Lebensweg begleitete ihn seine mit ihm auf das engste verbundene Frau Brigitta, die wir herzlich umarmen. Ihr und seinen Kindern gilt unsere aufrichtige Anteilnahme.

Redaktion und Vorstand

Die Partisanenkinder von Radebeul

„Empfangen Sie von uns, den durch den Faschismus vertriebenen griechischen Kindern, unsere herzlichen und freundlichen Grüße. Mit diesem Brief möchten wir Ihnen unseren Dank zum Ausdruck bringen für die Liebe, die Ihr Volk für uns zeigt.“ So der Text eines Briefes, geschrieben im Dezember 1949, von griechischen Kindern an die Regierung der noch jungen DDR. Der Grund, warum sie ihre Heimat verlassen mußten und Schutz in Städten und Gemeinden der DDR und in den anderen Volksdemokratien fanden, war der griechische Bürgerkrieg, mit dem man versuchte, den Volksbefreiungskampf des griechischen Volkes zu brechen. Der Bürgerkrieg, der im Zweiten Weltkrieg begann und bis 1949 wütete, ist heute weitgehend vergessen. Das Hauptquartier der „Demokratischen Armee Griechenlands“ leitete damals den Kampf von 24 000 Partisanen. Wiederholt hatte sich die provisorische demokratische Regierung des Freien Griechenlands mit Memoranden an die Vereinten Nationen gewandt und ihre Bemühungen um die Befriedung Griechenlands nicht aufgegeben. Es war ein Konflikt, der seit 1947 im Gange war, zwischen den regierenden monarchistischen und nationalistischen Kräften, unterstützt von den Vereinigten Staaten und Großbritannien, und der Demokratischen Armee Griechenlands (DSE), die von der Sowjetunion und anderen osteuropäischen sozialistischen Ländern unterstützt wurde.

Fast anderthalb Jahrhunderte kämpfte das griechische Volk um seine Freiheit und soziale Gerechtigkeit. 1821 bis 1829 gegen das türkische Joch, 1940 bis 1944 gegen die deutschen, italienischen und bulgarischen Faschisten und 1947 bis 1949 im Bürgerkrieg gegen die eigene Reaktion. Dieser forderte etwa 50 000 Menschenleben und führte zu massiven Zerstörungen im Land. Der Bürgerkrieg endete 1949, die kommunistische Partei KKE wurde verboten und ihre Mitglieder und Sympathisanten verfolgt. Dazu gehörten viele, die in der Widerstandsbewegung gegen die Nazis kämpften. Die Auseinandersetzungen hatten Tausenden Freiheitskämpfern das Leben gekostet und endeten 1949 mit dem Sieg der reaktionären Kreise. Bis zu 150 000 Linke bzw. Sympathisanten bzw. ehemalige Mitglieder der antifaschistischen Widerstandsbewegung EAM wurden auf Verbannungsinseln deportiert, darunter waren auch die Nationalhelden des Widerstands gegen den Hitlerfaschismus. Einer von ihnen war der Komponist Mikis Theodorakis, der in seiner Autobiographie Zeugnis über das Lagerleben ablegt. Das Buch schildert Theodorakis' Erlebnisse während des Bürgerkriegs, in dem er als jugendlicher Zwangsarbeiter leisten mußte und Zeuge von Kriegsgreueln wurde. Der Schriftsteller Jannis Ritsos, der ebenfalls in diesen „Umerziehungslagern“ (1948–1952) festgehalten wurde, hat diese Schreckenszeit in seinem Band „Tagebuch des Exils“ ausführlich beschrieben. 1945 wurden 15 000 von den Faschisten ermordet. 400 000 gingen durch die Gefängnisse und Zuchthäuser und über 70 000 wurden eingekerkert. 200 000 Kinder waren einem unsäglichen Elend

preisgegeben. Viele Zivilisten aus den Kriegszonen flüchteten in die benachbarten Länder Bulgariens, Albanien und Jugoslawien. Nach anfänglichen längeren Aufenthalten dort wurden sie von Polen, ČSSR, Rumänien, UdSSR und Usbekistan aufgenommen.

In die noch nicht gegründete DDR erfolgte ihre Einladung auf Beschluß des 2. SED-Parteitag im September 1947. Ein Jahr später (September 1948) wurde das „Hilfskomitee für das demokratische Griechenland“ gebildet. Die spätere Verfassung der DDR von 1949 billigte jenen Ausländern Asyl zu, die „wegen ihres Kampfes für die in dieser Verfassung niedergelegten Grundsätze im Ausland verfolgt wurden“.

28 000 Kinder verließen in dieser Zeit ihre Heimatdörfer und wurden, von Partisanen begleitet, im Schutz der Nacht über die Berge ins Ausland in Sicherheit gebracht. Man nannte sie „Markoskinder“, nach dem Initiator dieser Bewegung Partisanengeneral Markos Vafiadis. Er stand für ein sozialistisches Griechenland, war ein Hoffnungsträger und ein Symbol für die



Griechische Lehrlinge 1956 im VEB Schwermaschinenbau „Karl Liebknecht“ Magdeburg

griechischen Partisanen. Die Partisanenkinder spielten auch eine wichtige Rolle in Theodorakis' Geschichte, da er selbst als Kind an der Seite seiner Eltern und anderer Partisanen kämpfte. Er beschreibt, was sie auf sich nahmen und welchen Preis sie zahlten im Widerstand gegen die Besatzungsmächte und die rechte Regierung. Als Zeichen der Solidarität nahm die DDR 1949 und 1950 über 1100 junge Griechen – Kinder und Jugendliche zwischen 8 und 17 Jahren – auf, die als Töchter und Söhne griechischer Kommunisten vor dem Bürgerkrieg geflohen waren. Anfänglich sollten sie für ein bis zwei Jahre bleiben. In Dresden, Leipzig, Halle, Erfurt, Potsdam, Rostock sowie im Osten Berlins wurden sie in Heimen der Volkssolidarität aufgenommen. In dieser 1945 in Dresden gegründeten Organisation fanden viele eine neue Heimat, da sie auf Grund der sich entwickelnden internationalen Lage nicht nach Griechenland zurückkehren konnten.

In den frühen 50er Jahren beteiligte sich die Volkssolidarität auch an internationalen Solidaritätskampagnen u.a. für Nordkorea und Vietnam. So informierte der damalige Ministerpräsident Sachsens, Max Seydewitz, z.B. darüber, daß die Landesregierung der griechischen

Volksarmee eine Medikamenten- und Verbandmaterialspende im Werte von 50 000 DM zur Verfügung gestellt hatte und die Stadt Dresden 5000 DM spendete. Die Volkssolidarität Sachsens überwies dem Griechenland-Hilfskomitee Medikamente und Verbandstoffe in Höhe von 20 000 DM und verpflichtete sich außerdem, griechische Kinder für längere Zeit in ihren Erholungsheimen aufzunehmen. In der Trägerschaft der Volkssolidarität entstand in Radebeul bei Dresden die Organisation „Griechische Kinderheimat“, die 1951 in „Freies Griechenland – Jugendhilfe der Volkssolidarität“ umbenannt wurde und in der zweiten Hälfte der 50er Jahre als „Heimkombinat Freies Griechenland“ die Belange der völkerrechtlich „staatenlosen“ griechischen Flüchtlinge in der DDR zuständig blieb. 1000 von ihnen wurden von 1950 bis 1958 in Dresden und Radebeul im „Heimkombinat Freies Griechenland“ betreut. Nach anfänglichen Assimilationsproblemen, die vor allem aus der Sprachbarriere resultierten, erreichten die meisten gute Ausbildungsabschlüsse und begannen ein selbständiges Leben.

Sie sollten in ihrer neuen Heimat eine Schul- und Berufsausbildung erhalten. Bis 1955 gab es dafür im Ort Radebeul die „Grundschule Freies Griechenland“. Da nicht nur eine kurzfristige, sondern eine systematische Schulausbildung für die Kinder geplant war, wurden in Leipzig griechische Unterrichts- und Lehrbücher gedruckt. Auch die spätere Berufsausbildung der griechischen Kinder stand von Anbeginn im Fokus der Verantwortlichen. So wurde vorgesehen, ihnen nach der Schulentlassung eine Lehrzeit in volkseigenen Betrieben und Lehrwerkstätten zu ermöglichen und ihnen so eine Ausbildung zu sichern. Während anfangs die Heimstätten über eigene Lehrpläne verfügten, wurden sie später vollständig in das DDR-Bildungswesen integriert und erhielten die gleiche Erziehung und Bildung wie alle DDR-Kinder. Ab 1953 übernahm diese Aufgaben das dem Ministerium für Volksbildung angegliederte griechisch-deutsche Komitee „Freies Griechenland“. Den Kontakt zur KP Griechenlands hielt die Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees der SED.

1958 lebten noch rund 500 Griechen in Dresden und Radebeul, der Rest hatte sich auf andere Städte verteilt. 1960, als die letzten der Flüchtlinge das Erwachsenenalter erreichten, arbeiteten noch über 100 Griechen als Facharbeiter, Techniker und Ingenieure, z. B. in Radebeuler Betrieben. Als die Militärjunta 1974 in Griechenland gestürzt wurde und nach 27 Jahren illegaler Existenz die KP wieder zugelassen wurde, begünstigte dies auch die Rückkehr der Partisanenkinder aus der DDR. Von griechischer Seite wurde erst 1975 die Rückkehrmöglichkeit eingeräumt. Im Dezember 1982 beschloß die Regierung Griechenlands unter Andreas Papandreu die freie Rückkehr der ehemaligen Verfolgten zu gestatten, wovon nicht alle Gebrauch machten, hatten sie doch in der DDR ihre Heimat gefunden.

Dr. Michael Polster
Berlin

Erinnern an Jannis Ritsos



*„Sie haben uns den Mund verschlossen, Genosse. Sie haben uns die Sonne weggeschlossen. Wir haben unser eigenes Lied nicht gesungen – jenes, dessen Anfang einfach und mächtig und erbittert war: Proletarier aller Länder, vereinigt euch.“
(Jannis Ritsos)*

„Mein ganzes Herz schlägt für den Frieden, und jeder Tag, der erfüllt ist vom Kampf für den Frieden, ist ein für das Leben gewonnener Tag“ – so erklärte sich der griechische Dichter Jannis Ritsos (1.5.1909–11.11.1990) gegenüber der DDR-Korrespondentin Cläre Einhorn 1958 bei einer Tagung des Friedensrates in Sofia. Wenige Tage nach diesem Gespräch ist am 14. August 1958 der Präsident des Weltfriedensrates Frédéric Joliot-Curie (*1900) verstorben. Ihm hat Jannis Ritsos im November 1950 einen mehrstrophigen Brief aus seinem damaligen Verbannungsort Agios Efstratios geschrieben:

„Mein lieber Joliot, Ich schreibe dir von der Insel St. Efstratios, An die dreitausend Leute sind wir hier, einfache, fleißige, gelehrte Menschen, mit einer zerlöcherten Decke um die Schultern mit einer Zwiebel, fünf Oliven und einem Stück trockenem Brot in unserem Beutel, Menschen, die sonst keine Schande am Hals haben sondern nur, wie du auch, die Liebe zur Freiheit und zum Frieden. [...].“

1934 war von Jannis Ritsos die erste Sammlung von Gedichten unter dem Titel „Traktor“ publiziert worden, im selben Jahr ist er der kleinen kommunistischen Partei Griechenlands beigetreten und blieb zeitweilig ein kämpfender, an der Zukunft der Menschheit orientierter kommunistischer Internationalist. In seiner ersten Sammlung veröffentlichte Jannis Ritsos das Gedicht „Germania“, mit dem er die Bücherverbrennungen in Deutschland anprangert und dabei die Werke von Heinrich Heine (1797-1856) besonders nannte. Er hoffte auf jenen Tag, an dem sich die deutschen Menschen mit

den Sowjetmenschen verbrüdernd werden. Durch seine Nähe zu Karl Marx (1818–1883) und dem von der religiösen und politischen Gewaltherrschaft gekreuzigten Jesus (Christus) (+30 n. u. Z.) wird Jannis Ritsos einer der Pioniere der Befreiungstheologie. Um 1932 schrieb Jannis Ritsos seinen Dialog mit dem Christentum und Marxismus nieder: Mit einer Liebeserklärung an seine Mutter verknüpft Jannis Ritsos seine erwachende Liebe zum Marxismus. Seine Mutter lehrte ihr heranwachsendes Kind, nicht in Unterwürfigkeit irgendwelche Schulgebete zu sprechen, sie lehrte ihn viel mehr, sie lehrte ihn ein tätiger Bruder der Armen zu werden: „Sie war eine sehr schöne Frau. Eines Tages hatte sie sich einen roten Schal umgebunden und rief: ‚Ich bin Bolschewikin. Ich bin Bolschewikin‘. Bis zu diesem Zeitpunkt war meine Mutter so etwas wie ein Philanthrop, eine gute Wohltäterin. Sie organisierte z. B. Wohltätigkeiten, wie die Mutter von [Maxim] Gorki [(1868–1936)] oder in Gorkis Kindheit die Großmutter es getan hat, die heimlich Almosen verteilte. So bereitete auch meine Mutter vor allen Feierlichkeiten, Weihnachten, Ostern oder ähnlichen Festtagen, Süßigkeiten und belegte Brote und schickte mich mit der Dienerin los, um die Sachen abends an den Türen der Armen zu verteilen. Als die Gespräche auf den Marxismus kamen, der nun keine Theorie mehr war, sondern in die Praxis umgesetzt wurde, und die Russische Revolution eine Tatsache, hieß es in den Gesprächen, die in unserem Haus stattfanden, daß dies der richtige Weg sei. So hörte ich vom Marxismus schon als Kind.“

1936 erschien von Joannes Ritsos sein „Epitaphios“-Zyklus, dem im Mai 1936 der Streik der brutal ausgebeuteten Tabakarbeiter und dessen blutige Niederschlagung mit 30 Toten und mehreren hundert Verletzten zugrunde liegt. Eine Arbeitermutter beweint ihnen wie Christus von den Machhabern getöteten Sohn und schaut prophetisch in die Zukunft der Geschwisterlichkeit. Nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht schloß sich der unbeugsame Jannis Ritsos der Nationalen Befreiungsfront (Ethnikó Apelevtheotikó Metopó, EAM) an, die am 27. September 1941 von der Kommunistischen Partei (KKE) zusammen mit kleineren antifaschistischen Gruppierungen gegen die deutschen Besatzer gegründet worden war. Ihr Programm entsprach dem Willen der Mehrheit des griechischen Volkes und sollte nach der Befreiung vom Faschismus verwirklicht werden. Dazu ist es nicht gekommen, weil die britische Intervention der Konterrevolution zum Sieg verholfen hat.

1948 wurde Jannis Ritsos von den Monarchofaschisten verhaftet und für vier Jahre auf der Insel Limnos in einem Konzentrationslager eingesperrt. Von rund 30 000 Partisanen, die im Widerstand gegen die deutschen Besatzer gekämpft haben, überlebten nur wenige Folter, Zwangsarbeit, Hunger, Krankheiten. Auf kleine Zettelchen schrieb Jannis Ritsos für sich Gedichte nieder („Die Steinzeit“). Als auf

die Insel Ai-Stratis Verbannter schrieb er das Werk „Der Mann mit der Nelke“, das dem hingerichteten Arbeiterführer Nikos Beloyannis (1915–1952) gewidmet ist. Die Militärregierung des Alexandros Papagos (1883–1955) handelte im vorausseilenden Gehorsam gegenüber der berüchtigten Doktrin von Harry S. Truman (1884–1972) vom 12. März 1947, nach der Griechenland und die Türkei innerhalb der Grenzen des US-Imperialismus liegen. „Ich werde bis zum letzten Atemzug für das Recht kämpfen, für mein Volk zu schreiben, von dem ich einen kleinen Teil verkörpere“ – das war die Haltung von Jannis Ritsos, der zu einem von der humanistischen Weltöffentlichkeit wahrgenommenen Poeten wurde. Mikis Theodorakis (1925–2021) hat 1956 einen vom Diktator Ioannis Metaxas (1871–1941) zur öffentlichen Verbrennung bezeichneten Liedtext seines Freundes Jannis Ritsos vertont. Am 21. April 1967 putschte im Einvernehmen und unter direkter Anleitung der USA in Griechenland, das seit 18. Februar 1952 NATO-Stützpunkt war, wegen der erstarkenden Volksbewegung eine Handvoll von Offizieren und installierte ein militärfaschistisches Regime. Jannis Ritsos wurde wieder interniert, diesmal in den Konzentrationslagern auf den Inseln Leros und Jaros. Mikis Theodorakis wurde in das KZ Oropos eingeliefert und im Mai 1970 ausgebürgert. Er hat mit seinem Lied „Die Front der Patrioten ruft“ Weltgeltung erlangt.

In der DDR erlebte die FDJ mit Theodorakis bewegendere Auftritte, über die der Mitbegründer der ersten deutschsprachigen DDR-Beatband „Team 4“ und des „Oktoberklubs“ Hartmut König (*1947) selbstbiographisch in der Monatsschrift „RotFuchs“ (Oktober 2021) erinnert.

Im Jugendverlag der DDR „Neues Leben“ wurde in der Lyrikreihe „Poesiealbum“ ein kleines Heft von Jannis Ritsos mit Übertragungen von Asteris Kutulas, Hans Brinkmann und anderen herausgegeben.

Die DDR verlieh Jannis Ritsos, den Werner Neubert (*1929) in der „Berliner Zeitung“ als „klare Stimme des Weltgewissens“ gewürdigt hat, in ihrer Botschaft in Athen am 19. Mai 1989 den „Großen Stern der Völkerfreundschaft“.

Die Initiative zur Verleihung des Ehrendoktorats der Karl-Marx-Universität in Leipzig an Jannis Ritsos, welcher der Ministerrat der DDR am 3. Dezember 1982 die erforderliche Zustimmung erteilte, folgte dort jener an Michail Alexandrowitsch Scholochow (1905–1984) und Pablo Neruda (1904–1973). In Anwesenheit des Geehrten fand sie am 21. Mai 1984 in einem universitären Festakt statt.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Der vollständige Text – der Autor hat ihn unserem Freund Dieter Frielinghaus, der am 16. Mai 2024 verstarb, gewidmet – ist in der Zeitung der Arbeit, Wien, vom 12. Oktober 2024 veröffentlicht.

Historisches Grundwissen, das zum Himmel schreit

Auf eher leisen Sohlen hat die BRD in diesem Jahr ihren 75. Geburtstag begangen. Neben ein paar politischen Sonntagsreden gab es ein nur mäßig besuchtes „Fest der Demokratie“ im Berliner Regierungsviertel. Jedoch sah sich der ZDF-Systemhistoriker Mirko Drotschmann zu einem geschichtlichen Rückblick veranlaßt und verband diesen mit einem Quiz, welches eklatante Wissensmängel bei den Befragten offenbarte.

So konnten sich nur noch 61 Prozent der Ostdeutschen auf das Gründungsjahr der DDR richtig festlegen. Die Westdeutschen unterboten diesen Wert bezüglich der BRD noch und landeten bei 35 Prozent. Unter den Lösungsvorschlägen war von 1945 und 1946 bis 1989 und 1990 alles dabei. Allerdings wurde es den Leuten zwischen Nordsee und Alpen auch nie wirklich leichtgemacht. Denn der Gründungstag der BRD am 23. Mai 1949 wurde immer hinter dem Inkrafttreten der als Grundgesetz bekannten Behelfsverfassung versteckt. Die damals Verantwortlichen wollten wohl vom ersten Tage an vertuschen, wer den letzten und entscheidenden Schritt zur Spaltung

Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg gegangen war.

Bei der Frage nach dem ersten Bundeskanzler der BRD gerieten einige der Interviewten anscheinend derart in Panik, daß sie Helmut Kohl und Gerhard Schröder ins Spiel brachten. Aber immerhin konnten sich noch 77 Prozent der Befragten an Konrad Adenauer als ersten Regierungschef entsinnen. Mit dem Namen Walter Ulbricht und der Abkürzung SED wußte dagegen die übergroße Mehrheit der Westdeutschen rein gar nichts anzufangen. Der Begriff „Wirtschaftswunder“ war noch 63 Prozent der Antwortgeber in Erinnerung. Allerdings ist der Name des seinerzeit dafür verantwortlichen BRD-Ministers Ludwig Erhard fast völlig in Vergessenheit geraten.

Den Bau der Berliner Mauer verorteten noch ganze 38 Prozent der Antwortgeber in das Jahr 1961. Die Jahre 1963 und 1965 gehörten hier zu den favorisierten Antworten. Knapp daneben ist letztlich auch vorbei. Und das, obwohl den Leuten permanent der Mauerbau medial als das schwerste SED-Verbrechen um die Ohren gehauen wird. Die politische Prämisse „Mehr Demokratie wagen“ wurde

Olaf Scholz, Konrad Adenauer oder Helmut Schmidt zugeschrieben. Auf Willy Brandt kamen ganze 32 Prozent. Obwohl bei Scholz und Schmidt immerhin die Parteizugehörigkeit stimmte.

Die Floskel „friedliche Revolution“ war rekordverdächtigen 67 Prozent der Ostdeutschen und sogar 40 Prozent der Westdeutschen ein Begriff. Obwohl hier auch alternativ einmal nach „Konterrevolution“ oder „Kehre“ hätte gefragt werden können. Die Ergebnisse wären auf jeden Fall interessant geworden.

Das ehemalige SPD-Gemeinderatsmitglied Drotschmann konnte es in seinem Beitrag selbstverständlich nicht unterlassen, in bezug auf die Gründung der SED von einer Zwangsvereinigung aus KPD und SPD zu sprechen. Aber immerhin mußte in dem Streifen auch zugegeben werden, daß sich der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat auf deutschem Boden ökonomisch gut entwickelte und am Ende „die am besten funktionierende Industrie aller europäischen Ostblockstaaten“ hatte.

Rico Jalowitzki

Die Verurteilung des MfS-Offiziers Manfred N. – Ein Fall von Klassenjustiz

In den Medien die spektakuläre Meldung: „Ein 80-jähriger Stasi-Offizier vom Landgericht Berlin nach 50 Jahren wegen Mordes zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt.“ Manfred N. soll 1974 am Grenzübergang Berlin-Friedrichstraße einen Polen von hinten erschossen haben. Dieser hatte mit einer Bombe (später als Attrappe festgestellt) in der Aktentasche seine Ausreise erzwungen. Die mediale Berichterstattung zum Urteil ist vorwiegend üble Hetze gegen die DDR, besonders gegen die Staatssicherheit.

„Bild“ titelt: „Zehn Jahre Haft für Stasi-Mörder“. Natürlich präsentiert sie „Experten“. Dombrowski, Chef der Opferverbände, Zupke, Bundesbeauftragte der Opfer, und Hubertus Knabe. Bekannte DDR-Feinde, Antikommunisten. Im Internet toben sich weitere DDR-Hasser aus.

Das Muster des Verfahrens gegen Manfred N. gleicht dem von hunderten Gerichtsverfahren, die nach der Zwangsvereinigung 1990 gegen DDR-Bürger stattfanden. DDR-Recht sollte angewandt werden, juristische Tricks erfolgten nach bundesdeutschem Recht. Damaliges Ergebnis, einschließlich der Kundschafter: fast 1000 Verurteilte. Abrechnung mit dem sozialistischen deutschen Friedensstaat. Es mußte verurteilt werden. Und es wurde verurteilt. Deutsche Justiz ist kreativ. So auch im Verfahren gegen Manfred N. Der erste angeblich bewiesene „Stasi-Mord“. Aus „zeitgeschichtlichen Gründen“ erstmalig eine akustische Aufzeichnung eines Verfahrens. Zweifel von vornherein ausgeschlossen.

Da „Totschlag“ als Straftat verjährt war, wurde Mord konstruiert. Das antikommunistische Polen hatte hierzu gute Vorarbeit geleistet. Die deutsche Staatsanwaltschaft klagte an, die 29. Strafkammer des LG Berlin musste den Beweis für Mord liefern. Sie tat es, indem beim Opfer Arglosigkeit und beim Angeklagten Heimtücke konstruiert wurde. Reine Vermutungen für den Tatbestand. Zeuginnen des Vorganges, vor 50 Jahren Schülerinnen, konnten den Angeklagten nicht als Täter identifizieren. Als Beweis herhalten mußte eine Auszeichnung des Angeklagten mit einem „Kampforden“. Angesichts der dürftigen Beweislage hätten zumindest Zweifel zu einem Freispruch führen müssen.

Für begründetes Absehen von einer Anklage überhaupt bzw. einem Freispruch zählt allerdings ein Fakt, der viel schwerer wiegt. Das „Opfer“ war ein Terrorist, der mit einer „Bombe“ in der Aktentasche seine Ausreise erzwingen wollte. Im Bereich des Bahnhofs mit vielen Menschen bestand höchste Gefahr. Die alarmierte Einsatzgruppe des MfS mußte am Tatort sofort die richtige Entscheidung treffen und den Täter ausschalten. Bei einem Schuß mit Verletzung wäre die Gefahr nicht gebannt gewesen. Also blieb nur ein tödlicher Schuß.

Eine ernsthafte Prüfung dieser gegenwärtigen Gefahr, einer Notwehrsituation, war für die Urteilsfindung bedeutungslos. Die Einschätzung des Vorsitzenden Bernd Miczajka, die Gefahr sei gebannt gewesen, beruhte allein auf dessen Vermutung. Diese subjektive

Annahme reichte aus, um nach „Überzeugung des Gerichts“ (§ 261 StPO) Manfred N. wegen Mordes zu verurteilen. Daß nach DDR-Recht „Feststellungen in der Beweisaufnahme“ (§ 222 StPO/DDR) und nicht Vermutungen alleinige Grundlage des Urteils sein mussten, war dem Gericht offenbar egal, wenn nicht sogar unbekannt.

In der Bundesrepublik werden mutmaßliche Terroristen regelmäßig erschossen. Allein in diesem Jahr verloren bisher durch tödliche Polizeischüsse mindestens 14 Menschen ihr Leben. Von Mordanklagen ist nichts bekannt. Die Berliner Rechtsprechung selbst hätte schließlich das Gericht zu einem anderen Ergebnis führen müssen. 1999 war Rudolf Müller wegen Tötung des DDR-Grenzsoldaten Reinhold Huhn zu einer einjährigen Freiheitsstrafe, ausgesetzt auf Bewährung, verurteilt worden. Müller hatte ohne Not den Grenzer mit einer Pistole erschossen. In der Revision erkannte der BGH sogar auf Mord. Die Strafe blieb unverändert.

Für ein rechtsstaatliches Verfahren gab es viele Gründe, nicht anzuklagen, das Verfahren einzustellen, N. freizusprechen oder im Falle einer Verurteilung ein anderes Strafmaß auszusprechen. Daß es hier um ein Verfahren gegen die DDR ging, belegten auch die für eine Entscheidung irrelevanten politischen Bemerkungen des Vorsitzenden.

Eine mögliche Revision muß beweisen, daß dieses Unrechtsurteil keinen Bestand hat.

Hans Bauer, Rechtsanwalt
GRH-Vorsitzender

Antikommunismus in der BRD ist Staatsräson

Ich bin 1951 in Niederbayern, dem größten antikommunistischen Bundesland in der Alt-BRD, geboren. Seit mehr als einem Jahrzehnt arbeite ich deutsche Geschichte in der BRD und der DDR ehrenamtlich auf.

Jenen, denen das nicht gefiel, nannten mich „Nazi“, „Stalinist“, „Betonkopf“, „Freizeitstalinist“. Sie riefen: „Für mich bleiben Sie ein Lügenbold, ein hinterhältiger Verleumder.“ Oder: „Sie wissen ja, der liebe Gott sieht alles.“ „Was faseln Sie da eigentlich für einen Unsinn. Sie haben leider wirklich Null Durchblick, obwohl Sie behaupten, die Quellen zu kennen. Sie sind ein echter Querdenker, arbeiten mit Fake News und Verschwörungstheorien.“ Oder: „Sie verkehren bekanntermaßen in Ex-Stasikreisen, schreiben sogar in deren Blättern.“ Einer meinte: „Sie sind wirklich eine traurige Gestalt mit ihrer spätstalinistischen reaktionären Gesinnung, aber Sie sind entlarvt, keiner glaubt Ihrem Geschwätz, außer Ihrer Clique bei den ‚RotFüchsen‘.“ Lassen wir ihnen ihren Glauben ...

Übrigens: Im Bundestag gibt es eine „SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag“ mit einem Bruttojahresgehalt von ca. 135 000 Euro (*entnommen aus dem Bundeshaushalt 2024*).

In den Bundesländern Sachsen-Anhalt, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Brandenburg und Thüringen gibt es sogenannte Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Jeder dieser Beauftragten erhält ein Jahresbruttogehalt von um die 100 000 Euro (*entnommen aus den Haushaltsplänen der jeweiligen Länder*). Ich habe aber auch viele erfreuliche Erlebnisse während meiner Aufarbeitung gehabt. Meine Frau und ich konnten zweimal Bruni und Klaus Steiniger in Berlin besuchen. Wir haben liebe Menschen aus der DDR kennengelernt, z.B. Henner Misersky. Ihm konnte ich in seinem Kampf gegen die ehemalige Vorsitzende bei der Dopingopferhilfe, Frau Ines Geipel, zur Seite stehen. Das Ergebnis war, daß diese menschenverachtende „DDR-Zwangsdoping-Hetzkampagne“ in sich zusammengebrochen und diese Frau Geipel auf dem Müllhaufen der Dopinggeschichte

gelandet ist. Diese „DDR-Zwangsdoping-Hetzkampagne“ war auch nur möglich, weil alle Parteien im Deutschen Bundestag Unsummen von Steuergeldern dafür bereitstellten, um den so erfolgreichen DDR-Sport vernichten zu können. Gelingen ist ihnen das nicht.

In Norddeutschland lernte ich vor einigen Jahren eine Genossin kennen, die in Westdeutschland geboren und aufgewachsen ist. Sie ist Tochter eines Kommunisten, der den Nazi-Terror miterleben mußte. Warum erwähne ich das? Den wenigsten ist bekannt, daß bis zu einer Million Menschen von den Alt-BRD-Regierungen verfolgt, angeklagt und ins Gefängnis geworfen wurden. Meine Freundin erlebt diese Kommunistenverfolgung schon als Kleinkind. Menschen, die für Frieden, für einen Friedensvertrag, gegen den Atomtod, gegen die Remilitarisierung auf die Straße gingen, bekamen den Stempel „Kommunist“ aufgedrückt, und schon versuchte der Staat, deren habhaft zu werden.

Lassen wir meine Freundin selbst zu Wort kommen:

„Wir waren fünf Geschwister in den 50er Jahren und lebten mit sieben Personen in zwei Zimmern und einer kleinen Küche am Niederrhein mit unserer schwerkranken, vom Überleben des Krieges gezeichneten Mutter und einem Vater, der alles dafür getan hat, die sieben Mäuler zu stopfen. Wir waren ein klassischer Arbeiterhaushalt, wo es niemals ruhig, immer laut war, denn wir haben uns alles gesagt und nichts landete unterm Teppich, wenn man denn einen hatte. Früh haben wir gelernt, daß unser Leben nichts mit der „Aufbruchstimmung“ im Land zu tun hatte. Der Vater war geprägt vom Kampf gegen Faschismus und Krieg, vom Widerstand in den Lagern der Faschisten, wo das Grauen die Zeit bestimmte. In der Nacht hörte ich oft die Schritte des Vaters, wenn er wieder nicht hat schlafen können, weil der harte Klang der Stiefel der Gestapo, die Erinnerung dieser Jahre sich wieder und wieder den Weg suchte, um auch in den Träumen zu erinnern an das „NIE WIEDER!“

Die Schlapphüte kamen nachts. Wenn es schellte und der Vater zum „Verhör“ mitgenommen wurde, kroch ich unter den Tisch und machte mir aus Angst in die Hosen ..., aus Angst, daß er uns alleine läßt und nicht mehr wiederkommt.

Er wurde schikaniert und getriezt, beleidigt und gedemütigt.

Das war die Zeit, wo man Kommunisten wieder verfolgt, angeklagt und verurteilt hat, denn im August 1956 hat man die Partei des Vaters, die KPD, verboten. Kommunisten waren wieder „vogelfrei“. Freunde und Genossen wurden weggesperrt und waren der ewigen Wut der Nachnazis schutzlos ausgeliefert. Unter Adenauer sind sie alle wieder in Brot und Arbeit gekommen.

Über 650 000 Strafverfahren waren nach dem verfassungswidrigen Verbot der KPD anhängig. In den 70er und 80er Jahren ging es munter weiter. Hausdurchsuchungen waren an der Tagesordnung. Der Radikalerlaß hat uns zwar nicht das „Genick gebrochen“, aber uns die wirtschaftliche und soziale Existenz versucht zu nehmen, was bei vielen Genossen tiefe Depressionen und Verzweiflung zur Folge hatte. Es war ein ungleicher Kampf, aber wir haben ihn gekämpft, selbst unter den widrigsten Umständen. Die Solidarität mit uns im Land war atemberaubend, und auch von internationalen Gleichgesinnten haben wir unendlich viel Zuneigung und aufrichtige Solidaritätsbekundungen erhalten. Bedauerlicherweise habe ich keine „Stasi-Akte“ ... Was würde man mich hofieren und „entschädigen“. Leider warte ich bis heute auf meine AKTEN. Der Verfassungsschutz tut sich schwer damit, sie rauszurücken. Die „Stasi-Akte“ würde man mir sozusagen frei Haus liefern ... Auf konkrete Anfragen, die ich oft genug gestellt habe, erhalte ich solche Antworten, wie: „Wasserschaden“, „verlegt“, „baufälliges Gebäude“, „Brandgefahr“ und nicht zuletzt: „wegen Umstrukturierung der Behörde nicht auffindbar“.

Johann Weber, Niederbayern

Chemnitz: Ein Denkmal für Justin Sonder

Jetzt kann man neben Justin Sonder auf einer Bank auf dem Chemnitzer Brühl, gegenüber der Rosa-Luxemburg-Grundschule, Platz nehmen. Dem Auschwitz-Überlebenden, Antifaschisten und eindringlichen Mahner für Toleranz und Mitmenschlichkeit wurde ein Denkmal gesetzt. Die Enthüllung der Skulptur fand am 9. November in Anwesenheit von Familienmitgliedern, dem Altbundespräsidenten Christian Wulff sowie Sachsens Ministerpräsidenten Michael Kretschmer, dem Oberbürgermeister Sven Schulze und vielen Bürgerinnen und Bürgern statt.

Auf Initiative des Vorsitzenden des Internationalen Auschwitzkomitees Christoph Heubner und in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Chemnitz und VVN-BdA Chemnitz wurde die

„Bank für Justin Sonder“ durch die Rostocker Künstlerin Julia Kausch und den Chemnitzer Steinmetz Till Apfel geschaffen. Ermöglicht haben dies auch die Spenden vieler Bürgerinnen und Bürger der Stadt Chemnitz sowie der Freistaat Sachsen.

Justin Sonder wurde am 18. Oktober 1925 in Chemnitz geboren. Am 27. Januar 1943 haben ihn die Faschisten verhaftet und nach Auschwitz deportiert, später nach Sachsenhausen und anschließend nach Flossenbürg. Am 16. April 1945 mußte er am Todesmarsch teilnehmen, von dem ihn kurz darauf amerikanische Soldaten befreiten.

Justin Sonder kehrte nach Chemnitz zurück und beteiligte sich aktiv am Aufbau einer antifaschistischen Ordnung. Er wurde Mitglied

der SPD und dann der SED und arbeitete bis zum Rentenalter als Kriminalist. Engagiert und selbstlos widmete er sich bis zu seinem Tode am 3. November 2020 der antifaschistischen Erinnerungs- und Aufklärungsarbeit. Er setzte sich unermüdlich in Wort und Tat für Toleranz und Humanismus im gesellschaftlichen Miteinander ein. Als unermüdlicher Zeitzeuge war er weit über sein 90. Lebensjahr hinaus in Schulen und auf Veranstaltungen unterwegs und wurde somit zum Sinnbild einer Menschenfreundlichkeit, die dem antisemitischen Haß entgegensteht. Nun hat der stets bescheidene Ehrenbürger einen würdigen und immerwährenden Platz im Herzen von Chemnitz gefunden.

Raimon Brete, Chemnitz

Die großen Schlachten im Großen Vaterländischen Krieg vor 80 Jahren (Teil 4)

Der Kampf der Partisanen im Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion 1941–1945

Über den Kampf der Partisanen im Großen Vaterländischen Krieg (GVK) gegen die faschistischen Okkupanten ist heute verhältnismäßig wenig bekannt. Er ist aber im russischen Volk tief verwurzelt. Der Beginn des Widerstandes war in den einzelnen okkupierten Gebieten unterschiedlich und zu Beginn auch sehr spontan. Tausende Männer und Frauen, Parteiarbeiter, Funktionäre aus dem Staatsapparat, den Betrieben, aus der Gefangenschaft entflozene Soldaten und Offiziere begannen, sich im rückwärtigen Gebiet gegen die faschistischen Eindringlinge zur Wehr zu setzen. Zu den Formen des illegalen Kampfes gehörte politische Aufklärungsarbeit unter der Bevölkerung, Diversionen, Sammeln von Informationen über die Besatzungsmacht und bewaffneter Widerstand. Die örtlichen Parteikader, Bürgermeister, ehemalige Soldaten und Offiziere waren überall an der Spitze des Kampfes, ohne auf eine zentrale Führung oder Weisungen zu warten. Mangel an Freiwilligen gab es nicht. Leitfaden des Handelns wurde dann der Aufruf Stalins über den Rundfunk am 3. Juli 1941 an die Bevölkerung in den okkupierten Gebieten, „Widerstand zu leisten, Diversionen zu schaffen, Partisanenabteilungen zu bilden, den Partisanenkampf aufzunehmen, Brücken zu sprengen, Telefon- und Telegrafverbindungen der Wehrmacht zu zerstören, Versorgungslager zu vernichten und den Okkupanten unerträgliche Bedingungen zu bereiten“. Diesem Aufruf folgte am 18. Juli ein Beschluß des ZK der KPdSU über die „Organisation des Kampfes im Hinterland der deutschen Truppen“, mit dem in den besetzten Gebieten ein illegales Netz von Parteiorganen geschaffen wurde, die alle Aktivitäten der Partisanengruppen anleiteten. So entstanden die illegalen Gebietskomitees in allen besetzten Republiken und Gebieten. Bei der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee und den Politischen Verwaltungen der Fronten und Armeen wurden Abteilungen zur Anleitung des Partisanenkampfes geschaffen, die dann aber später wieder aufgelöst wurden, als sich die Partisanenkommandos gefestigt hatten. Die Hauptaufgabe in dieser Zeit war, die Kräfte zu sammeln, neue Strukturen zu schaffen, die Kämpfer, an denen es keinen Mangel gab, zu schulen und auszubilden. Dazu wurden in den frontnahen Gebieten Sonderschulen eingerichtet, in denen zehntausende Kämpfer ausgebildet und dann hinter die Frontlinien geschickt wurden. So waren Ende des Jahres 1941 schätzungsweise schon mehr als 2 000 Partisanenabteilungen mit mehr als 90 000 Mann im Partisanenkampf. (1) Besonders im Hinterland der „Heeresgruppe Mitte“

der Wehrmacht, die auf Moskau vorrückte, waren die belorussischen Partisanen sehr aktiv. Der Kommandeur dieser Abteilung, Sekretär des Rayonkomitees Bumashkow, und sein Stellvertreter Pawlowski waren die ersten, die den Titel „Held der Sowjetunion“ erhielten. Auch die Leningrader Partisanenabteilungen waren in den ersten Monaten des Jahres 1941 im gesamten rückwärtigen Gebiet der faschistischen 4. Panzerarmee sehr aktiv, wo sie besonders die Nachschubwege störten. Die ukrainischen und Krimpartisanen störten erheblich den Nachschub durch Brückensprengungen und durch den Schienenkrieg. Hervorgetan hat sich hier der Partisanenverband unter Führung ihres bekannten Kommandeurs Kowpak. Während der Schlacht vor Moskau und der anschließenden Gegenoffensive 1941/1942 kam es hier erstmalig zu einem breiten Zusammenwirken der Partisanen mit den angreifenden Truppen der Roten Armee. So hatten im Januar 1942 die Smolensker Partisanen 40 Siedlungen und Dörfer von den Besatzern befreit und damit den Luftlandtruppen der Roten Armee das Absetzen im rückwärtigen Gebiet abgesichert.

Die Handlungen der Partisanen wurden immer zielgerichteter. So wagten es die Kaliningrader Partisanenbrigade unter Führung ihres Kommandeurs Wassiljew, eine Garnison der Wehrmacht in der Stadt Cholm anzugreifen und ihnen in einem achtstündigen Gefecht große Verluste an Menschen und Material beizubringen. Bereits im Oktober 1941 war das Oberkommando der Wehrmacht deshalb gezwungen, Gegenmaßnahmen zur Unterdrückung des Partisanenkampfes zu ergreifen. Ein „Oberbefehlshaber“ wurde eingesetzt, Greuelpropaganda verbreitet, Spione in die Partisanenabteilungen eingeschleust, Pseudo-Partisanenabteilungen gebildet, die durch Plünderungen und Greuelthaten das Ansehen der Partisanen beschädigen sollten. Dazu kamen der Einsatz von weißgardistischen Emigranten und Nationalisten, wie z.B. in der Ukraine die Stepan-Bandera-Faschisten, die Bildung der „Ukrainischen Aufstandsarmee“ unter seinem Stellvertreter Schuschewitsch, die mit den Faschisten und der Wehrmacht eng zusammenarbeiteten, sowie die Aufstellung von nationalaristischen Polizeieinheiten. All das brachte jedoch nicht den erhofften Erfolg für die Besatzer.

Trotz aller Erfolge der Partisanen war dieser Kampf dezentralisiert, teilweise uneffektiv und gestaltete sich schwierig bei der Versorgung mit Waffen, Munition und anderen Versorgungsmitteln. Auch die Führung der Partisanen war durch verschiedene

Unterstellungsverhältnisse (örtliche Organe, Partei, Gebiet- und Rayonorgane, Politorgane der Armee) uneinheitlich und uneffektiv. Das führte zu Fehlern in der Organisation, einer schlechten Zusammenarbeit und auch zu schweren Verlusten. Im Hauptquartier (STAWKA) des Obersten Befehlshabers und im Staatlichen Verteidigungskomitee erkannte man diese Mängel und die Notwendigkeit, hier Veränderungen herbeizuführen. Am 30. Mai 1942 wurde deshalb durch das Staatliche Verteidigungskomitee der UdSSR eine Anordnung in Kraft gesetzt mit dem Ziel der Vereinheitlichung der Führung der Partisanenbewegung, der Erhöhung ihrer Schlagkraft, der besseren Ausbildung und Versorgung mit ausreichenden Waffen, Munition und Ausrüstungen. Am 5. September 1942 erließ der Volkskommissar für Verteidigung, J. W. Stalin, einen Befehl „Über die Aufgaben der Partisanenbewegung“, der konkrete Aufgaben für die weitere Entwicklung aller Formen des Partisanenkampfes, für die Arbeit der Stäbe, der Parteiorganisationen der Partisanen und illegalen Gruppen enthielt. Gleichzeitig wurde am 6. September 1942 durch das Staatliche Komitee für Verteidigung die Dienststellung „Oberkommandierender der Partisanenbewegung“ geschaffen. Damit sollte die Führung der Partisanenbewegung „konzentriert in eine verantwortliche Hand“ gelegt werden. Oberbefehlshaber wurde der Marschall der Sowjetunion, Klement Woroschilow. Ihm unterstand als Arbeitsorgan jetzt der ZStdPB. Es zeigte sich aber, vor allem nach dem Übergang der Stalingrader Fronten zum Angriff, daß diese Entscheidung unzweckmäßig war. Sie wurde deshalb wieder zurückgenommen, und ab 19. November wurde der ZStdPB wieder Stalin direkt unterstellt. Der Zentrale Stab hatte alle notwendigen Verwaltungen, Abteilungen, die mit entsprechenden erfahrenen Militärs und Spezialisten besetzt wurden, um die komplizierte Führung der Partisanenbewegung abzusichern. Neu waren als Kampfmethode die „Streifzüge“ von speziellen Abteilungen, die tief im Hinterland der rückwärtigen Gebiete operierten und den faschistischen Truppen große Verluste beibrachten, vor allem durch die Sprengungen von Militärtransporten, Flugplätzen und Munitionslagern. Die Erbeutung von Waffen und Munition, vor allem aber Sprengmittel und Minen gehörten mit zu den wichtigsten Aufgaben in den ersten Jahren. Eine besondere Rolle spielte der illegale Kampf der Partisanen in den Städten, Ortschaften, Siedlungen, Dörfern, den Eisenbahnstationen und Betrieben. In diesen

waren die Stäbe die rückwärtigen Dienste, die Reserven, Lager, Nachrichtenknotenpunkte und Reparaturbetriebe der Wehrmacht untergebracht. Hier wurden durch Diversionsakte, Sabotage und Aufklärung unter der Bevölkerung das Besatzungsregime besonders ab 1943 stark gestört. Arbeiter blieben der Arbeit fern, Eisenbahner verweigerten den Dienst, so daß die faschistischen Organe selbst Lokführer, Heizer und andere Spezialisten aus Deutschland einsetzen mußten. Einen besonderen Schwerpunkt bildete die Sabotage in der Stahlindustrie, was schwerwiegende Folgen für die Rüstung hatte. Eine sehr wichtige Aufgabe bestand ab 1943 in der Verhinderung der Getreidetransporte nach Deutschland. Durch die Erfolge der Roten Armee, besonders ab 1943 bei Stalingrad und Kursk, verstärkten sich die Aktivitäten der Partisanen. So gab es im März 1943 bereits 1047 Partisanenabteilungen mit insgesamt 113 600 Mann. Ende des Jahres waren es schon über 250 000 aktive Partisanen. (2) Nun standen an der Seite der sowjetischen Partisanen auch polnische, tschechische, bulgarische, jugoslawische, rumänische und ungarische Kämpfer und ehemalige Soldaten, die aus der Wehrmacht desertiert waren. Auch deutsche Antifaschisten waren darunter, wie der ehemalige Arbeiter Fritz Schmenkel, dem posthum der Titel „Held der Sowjetunion“ verliehen wurde. Polnische Partisanen bildeten im Frühjahr und Sommer 1943 sogar eigene Partisanenbrigaden, so im Gebiet Schitomir mit drei Abteilungen und im Gebiet Tschernigow die Brigade „Wanda Wassilewska“. Durch übergelaufene Soldaten und Offiziere des 101. Slowakischen Infanterieregiments wurde eine eigene „Slowakische Abteilung“ gebildet. Mit der Ausweitung des Partisanenkampfes der baltischen, der ukrainischen, moldawischen und Krimpartisanen sowie den Veränderungen an den Fronten, wurde dem auch im Stab der Partisanenbewegung Rechnung getragen und die Struktur verändert. Die Aufgaben der Partisanen für den weiteren Kampf unter den neuen Bedingungen wurden in einem zweiten Befehl Stalins vom 23. Februar 1943 neu festgelegt und auch die Struktur des ZStdPB verändert. Jetzt wurden die Republiks- und Gebietsstäbe und die ukrainischen Partisanen dem ZStdPB direkt unterstellt. Gleichzeitig wurde die Zusammenarbeit der Republiks- und Gebietsstäbe mit den jeweilig dort handelnden Fronten durch den Einsatz von Vertretungen oder operativen Gruppen verbessert. Bei den Fronten waren jetzt Gebietsvertretungen geschaffen worden. Mit Beginn der Sommer- und Herbstoffensiven 1943 wurden die Partisanen zielgerichteter im Interesse der angreifenden Fronten im Hinterland des Gegners eingesetzt. Es begann auf zentrale Weisung des ZStdPB der sehr effektive „Schienenkrieg“ der Partisanen. In diesem Krieg waren 167 Partisanenabteilungen und Verbände mit ungefähr 100 000 Mann eingesetzt. Bei der Vorbereitung der faschistischen Operation „Zitadelle“ wurde die Heranführung der faschistischen Truppen intensiv durch Sprengungen von Eisenbahnbrücken und

Schienenwegen gestört. Die Durchlaßfähigkeit auf den Hauptstrecken war stark herabgesetzt, was besonders den Nachschub und die Umgruppierungen der zum Angriff benötigten Truppen behinderte. Als die Truppen der Woronescher und Steppenfront dann zum Gegenstoß antraten, erhöhten sich die Aktivitäten der Partisanen. Über 1300 km Schienenstränge wurden zerstört, mehr als 1000 Brücken gesprengt. Allein im Juli 1943 waren 761 Transportzüge zum Entgleisen gebracht worden. Auf einem Gebiet von 1000 km Breite und einer Tiefe von 750 km desorganisierten die Partisanen das Transportwesen des Gegners erheblich und verringerten die Durchlaßfähigkeit der Transportwege. Dazu kamen die Zerstörung von Treibstoff und Munitionsdepos, kleineren Garnisonen, Polizeistationen und Amtsverwaltungen der Besatzungsmacht. Im Rahmen des „Schienenkrieges“ erlangte der vom ZStdPB erarbeitete Plan „Konzert“ eine besondere Bedeutung. Dieser „Krieg“ umfaßte in der Zeit vom 19. September bis Ende Oktober 1943 ein Gebiet von Karelien bis zur Krim und wurde insbesondere im Interesse der handelnden Fronten durchgeführt. Zum Einsatz kamen hierbei 193 Partisaneneinheiten aus Belorußland, dem Baltikum, dem Leningrader und Kalinigrader Gebiet, der Krim, aus Smolensk und Orlowsk mit insgesamt 120 600 Partisanen. Trotz schwieriger Witterungsbedingungen gelang es den belorussischen Partisanen bereits zu Beginn der Operation am 19. September, mehr als 19 900 Gleise, im Verlaufe des September über 15 800 Gleise, im Oktober mehr als 148 500 Gleise mit einer Gesamtlänge von 2270 km Eisenbahnwege zu zerstören. Vor allem wurden dabei die Hauptstraßen des Nachschubs schwer beschädigt, was die faschistischen Eisenbahntransporttruppen zwang, nur noch eingeleisig und mit starker Sicherung zu fahren. Die Durchlaßfähigkeit der Transporte war nach Einschätzungen bis zu 40 % verringert.

Hauptziele des Kampfes waren nach wie vor die Zerstörungen der Transportwege, der Nachrichtenverbindungen, die Zerstörung von Lagern und Depots im rückwärtigen Gebiet des Feindes. Ein großer Erfolg waren in dieser Zeit die verstärkt durchgeführten „Streifzüge“ größerer Partisanenverbände zur Lösung von Aufgaben im Interesse der angreifenden Fronten, was die faschistischen Truppen zwang, Kräfte im Hinterland zu binden, die dann an der Front fehlten. Auch der Kampf der illegalen Widerstandskämpfer gegen die faschistischen Okkupanten verstärkte sich. Es wurden Vergeltungsmaßnahmen an Beamten des faschistischen Unterdrückungsapparates und deren einheimischen Helfern durchgeführt, wobei Tausende von ihnen getötet oder gefangen genommen wurden.

Die Aufklärungstätigkeit und das Eindringen hunderter illegaler Kämpfern in den faschistischen Besatzungsapparat brachten wertvolle Informationen über die Standorte der Truppen, ihre Kampfstärken, die geplanten Verlegungen und Positionen an der Front. Auch Rettungsaktionen zum Schutz der Bevölkerung vor Deportationen und Vertreibungen, die Rettung wertvoller Kulturgüter vor Raub

und Plünderung gehörte ebenso dazu wie die Verhinderung von Sprengungen von Brücken oder das Niederbrennen ganzer Ortschaften beim Rückzug der Wehrmacht. Eine wichtige Aufgabe bestand auch darin, die Aufstellung faschistischer, nationalistischer Verbände zu stören. Dies waren besonders die Aufstellung von SS-Verbänden in den baltischen Republiken, in Belorußland, die Formierung der „belorussischen Regionalverteidigung“ zum Kampf gegen die Partisanen und in der Ukraine die Aufstellung der SS-Division „Galizien“ unter dem ukrainischen Faschisten Schuchewytsch.

Mit der Befreiung des gesamten sowjetischen Territoriums von den faschistischen Eroberern endete Ende 1944 der heldenhafte Kampf der Partisanen. Ihre Heldentaten hatten einen entscheidenden Anteil an den erfolgreichen Operationen der Roten Armee an den verschiedensten Frontabschnitten, insbesondere ab dem Jahre 1943. Er brachte der faschistischen Wehrmacht große Verluste bei und band starke Kräfte des Gegners. Nach Einschätzung des faschistischen Oberkommandos waren es bis zu 10 % der Landstreitkräfte der Wehrmacht, die an den Fronten fehlten. Insgesamt trug der Kampf der sowjetischen Partisanen wesentlich zum Sieg der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg gegen die faschistischen Eindringlinge bei. Fast eine halbe Million Partisanen waren in diesem Kampf aktiv im Einsatz und mehr als 1,5 Millionen Bürger standen als Reserve und Unterstützer bereit. Die ständige und umfangreiche Unterstützung durch das einfache russische Volk, das die Partisanen ernährte, kleidete und schützte, war ein wesentlicher Faktor ihrer erfolgreichen Handlungen. Zweifelsohne waren diese Handlungen mit großen Opfern verbunden, Zehntausende gaben dafür ihr Leben.

In der Sowjetunion und im heutigen Rußland wurden und werden diese Leistungen und Heldentaten der Partisanen im Befreiungskampf des Volkes stets gewürdigt und geehrt. Auch in der DDR und in der Nationalen Volksarmee wurde dieser Kampf gewürdigt. Das zeigte sich in der Verleihung von Ehrennamen, wie „Soja Kosmodemjanskaja“ an das Panzerregiment 22 der 9. Panzerdivision in Spechtberg und des Ehrennamens „Fritz Schmenkel“ an das Jagdfliegergeschwader 1 der 1. Luftverteidigungsdivision in Holzdorf.

Generalmajor a.D. Sebald Daum
Mansfeld

Nach Redaktionsschluß erreichte uns die traurige Nachricht, daß der Autor dieses Beitrags, Generalmajor a.D. Sebald Daum, am 12. November 2024 im Alter von 90 Jahren verstorben ist. Genosse Daum hat dem „RotFuchs“ mehrere Folgen zum Großen Vaterländischen Krieg zur Verfügung gestellt, die wir im nächsten Jahr in loser Folge fortsetzen werden.

Redaktion

Quellen

- 1.) Der Große Vaterländische Krieg, II. Halbband Militärverlag der DDR 1975, S. 66
- 2.) Der Große Vaterländische Krieg, II. Halbband Militärverlag der DDR 1975, S. 95

Otto Gotsche – Arbeiterschriftsteller und Politiker

Es war der 3. Oktober 1949 vormittags um 11 Uhr. In Otto Gotsches Dienstzimmer im Ministerium des Innern in Halle schrillte das Telefon. Ein Anruf aus Berlin: „Wir ersuchen Dich, heute noch nach Berlin zu kommen.“ So erinnerte sich Gotsche an das Geschehen rund um die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, das er in seinem Buch „Zeitvergleich – Anekdoten und Situationen“ beschrieb und das ihn persönlich betraf.

Als er dann in Berlin weilte, fragte ihn Walter Ulbricht, wie ihm denn die Berliner Luft bekomme. „Ahnungslos sagte ich, die arbeitsreichen Tage seien mir sehr gut bekommen.“ Und Ulbricht erwiderte ihm: „Du sollst mein Sekretariat in der Regierung übernehmen, wir werden viel zu tun haben. Überleg es Dir.“ Gotsche überlegte nicht lange, er blieb. Denn er war immer da, wo es galt anzupacken.

Geboren am 3. Juli 1904 in Wolfersode im Mansfelder Land kam er schon in jungen Jahren zur Arbeiterbewegung. Die Klassenauseinandersetzungen der 20er Jahre beeinflussten den Sohn eines Häuers, einen Erlebnisbericht über seine eigene Jugend niederzuschreiben. So entstand sein erster Roman „Märzstürme“, der 1933 erscheinen sollte. Doch die Gestapo beschlagnahmte die gedruckten Bücher – immerhin 20 000 Exemplare standen zur Auslieferung bereit. 1953 schrieb Gotsche den Roman in einer erweiterten und deutlich verbesserten Fassung neu.

Schon Anfang 1933 wurde der Mansfelder für mehrere Monate im KZ Sonnenburg festgehalten. 1939 war er einer der Mitbegründer der illegalen „Antifaschistischen Arbeitergruppe Mitteldeutschland“. Über das direkte Kriegsende berichtete Gotsche: „Nun standen sie (die Amerikaner, B. G.) im Lande, und es war zu übersehen, daß ihre Ordnung nicht unsere Ordnung war, daß ihre Demokratie nicht unsere Demokratie war.“ Er beschrieb die Plünderungen der „in Offiziersuniformen

gesteckten Prokuristen der Wallstreet“, die wichtige Wirtschaftsgüter nach Westen transportierten, bevor wie vereinbart die Rote Armee weiter nach Sachsen-Anhalt und Thüringen vorrückte. „Not und Notwendigkeit“ waren fortan „der Leitstern“, eine neue Gesellschaft aufzubauen, sagte Gotsche, der das Geschehen sowohl als Politiker wie auch als Schriftsteller mitgestaltete.

Heutige Leser, die sich seinem Werk widmen, lernen in den Romanen vorwiegend eine Epoche der Arbeiterbewegung kennen, die vom



Literaturgespräch mit Otto Gotsche in Magdeburg 1966

1. Weltkrieg bis hin in die DDR reicht. Zu nennen sind beispielsweise „Tiefe Furchen“, „Unser kleiner Trompeter“, „Stärker ist das Leben“ oder der wohl bekannteste Roman „Die Fahne von Kriwoj Rog“. Das letztgenannte Werk führt in das Mansfelder Land, in dem „Fünfzehnjährige schon keine Jungen mehr, Zwanzigjährige gebeugte Männer und Dreißiger Greise“ waren. Harte Arbeit prägte ihr Leben. Einen neuen Horizont öffnete ihnen die „Fahrt nach Sowjetrußland“ in den 20er Jahren. Sowjetische Arbeiter überreichten ihren deutschen Besuchern eine Fahne, die während der Hitlerzeit versteckt wird. Nach diesen schweren Jahren leuchtet die Fahne von Kriwoj Rog schließlich „als hätte sie das Blut der gefallenen Mitstreiter

aufgesogen“. Wie andere Werke wurde auch dieser Roman später verfilmt.

Seiner geliebten Heimatregion widmete sich der Autor in dem Buch „Mein Dorf – Geschichte und Geschichten“. Es ist eine umfassende Heimatchronik und gibt Einblicke in das Leben der Menschen, die als Bergknappen und Bauern über Jahrhunderte hinweg um ihr Leben und um ihre Rechte kämpften. In dem Buch „Auf Straßen, die wir selber bauten“ blickte Gotsche in mehreren Reportagen und Skizzen auf den erfolgreichen Aufbau der DDR.

Frei von fachlicher Kritik war Gotsches schriftstellerisches Wirken keinesfalls. „Viele Figuren bleiben so blaß, daß der Leser sich mühen muß, sie nicht zu verwechseln“, heißt es seitens der Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Literaturgeschichte, über den Roman „Tiefe Furchen“. „Veränderungen im Bewußtsein und im Verhalten der Figuren werden oft mehr behauptet als in ihrer Entwicklung erfaßt, und schließlich stören die langen und sich wiederholenden politischen Argumentationsketten.“ Da hatte sich offensichtlich beim Schreiben der Politiker Otto Gotsche gegen den Schriftsteller Otto Gotsche durchgesetzt.

„Die Beurteilung des Schriftstellers Otto Gotsche, wie die vieler anderer Autoren mit ähnlichem Entwicklungsgang, kann nicht in erster Linie von der Form her erfolgen“, wird in einem Band der Reihe „Schriftsteller der Gegenwart“ argumentiert, die im Verlag Volk und Wissen erschienen ist. „Ihre Werke beziehen ihre Überzeugungskraft aus dem gegenwartsnahen und gesellschaftlich bezogenen Inhalt.“ Otto Gotsche erhielt in der DDR zahlreiche Auszeichnungen. Unter anderem wurde sein Wirken 1958 mit dem Nationalpreis gewürdigt; 1984 wurde er mit dem Orden „Stern der Völkerfreundschaft“ geehrt. Er starb am 17. Dezember 1985 in Berlin.

Bernd Gerwanski, Lohne

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Dezember!

Zum 96. Geburtstag

Werner Herzig (Altenbrak) am 16. Dezember

Zum 95. Geburtstag

Dr. Rosemarie Buhr (Berlin) am 12. Dezember

Zum 94. Geburtstag

Rudolf Höll (Berlin) am 19. Dezember

Zum 91. Geburtstag

Dieter Ament (Dabel) am 13. Dezember

Zum 90. Geburtstag

Hans-Dieter Kunze (Dresden) am 11. Dezember

Berhard Werner (Berlin) am 12. Dezember

Hans-Peter Höffer (Rostock) am 16. Dezember

Zum 85. Geburtstag

Armin Hönicke (Lampertswalde) am 3. Dezember

Gisela Ströber (Weimar) am 15. Dezember

Zum 80. Geburtstag

Erika Beltz (Gießen) am 21. Dezember

Zum 75. Geburtstag

Peter Breul (Weimar/Lahn) am 16. Dezember

Jürgen Barz (Wismar) am 21. Dezember

Peter Jehnichen (Halberstadt) am 24. Dezember

Zum 65. Geburtstag

Frank Heß (Jena) am 2. Dezember

Rainer Lange (Schwerin) am 23. Dezember

Zum 60. Geburtstag

Dirk Schulz (Magdeburg) am 18. Dezember

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen
anderen Geburtstagskindern des Monats.

Hinweis

Durch eine technische Panne ist es leider zu einem Datenverlust in der Abonentendatei des „RotFuchs“ gekommen. Trotz größter Anstrengungen konnten wahrscheinlich nicht alle Fehler beseitigt werden.

Wir bitten um Verständnis und um Mithilfe. Sollte der RF z.B. trotz Kündigung geliefert werden, informieren Sie uns bitte (natürlich auch bei anderen Problemen) über eine der folgenden Telefonnummern:

030/98 38 98 30 oder 030/2 41 26 73



Verraten und verkauft

Daß in Rostock ein NATO-Hauptquartier eingerichtet worden ist, setzt der Kriegstreiberei Deutschlands gegen Rußland die Krone auf. Erst als der Fakt feststand, wurde die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen gestellt. Damit setzt sich die NATO in der Ostsee fest. Das ist eine eklatante Verletzung des Zwei-Plus-Vier-Abkommens, das regelt, daß in Ostdeutschland keine NATO-Truppen stationiert werden dürfen. Die Landesmutter Mecklenburg-Vorpommerns konnte dagegen nichts tun, und der Kanzler, der was hätte tun können, hielt die Hände still. Deutsche Souveränität bleibt Wunschdenken. Und die NATO ist doch nur der verlängerte militärische Arm der USA, der sich mehr und mehr über die ganze Welt erstreckt. Hinter dem Feigenblatt der Verteidigung steht der Angriff und das in so vielen Fällen ohne die Legitimation durch die UNO. Es ist eine eindeutige Einkreisung Rußlands, um an die von den USA in den Fokus genommenen euroasiatischen Ressourcen zu gelangen. Und weil Rußland nicht gewillt ist, sich den USA unterzuordnen und aufteilen zu lassen, wird Krieg geführt. So wird die deutsche Ostseeküste, besonders Mecklenburg/Vorpommern, mögliche Zielscheibe, denn Rußland ist Anrainer der Ostsee und wird sich das nicht bieten lassen. 1979 formulierte der taktisch versierte Pragmatiker, der frühere BRD-Außenminister und Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher: „Die Politik der Vorherrschaft hat keine Zukunft mehr ... Unter den Bedingungen der modernen Welt lassen sich die eigenen Interessen dauerhaft nur durch eine Politik der Zusammenarbeit und des gerechten Interessenausgleichs sichern.“ Eine Sichtweise, die den heute Herrschenden in Gänze fehlt.

Wolfgang Mengel, Stralsund

Bundespolitischer moralischer Abgrund

Selenskyj wurde, wo überall er im Westen auftauchte, mit stehenden Ovationen begrüßt und geehrt. Inzwischen zeigt sich bei einigen „Geberländern“ Ernüchterung. Irgendwie möchte man nicht mehr so direkt an die bisher lauthals verkündeten Beifallszenen erinnert werden. Derherumreisende Schauspieler ist einigen wohl doch nicht mehr so ganz geheuer. Nur nach außen muß man

„Gesicht wahren“ und stramme Durchhalteparolen bezüglich der weiteren Unterstützung der Ukraine verkünden. Selbst die USA erwecken den Anschein, sich immer mehr diskret zurückziehen zu wollen, nicht ohne deutlich zu machen, daß sie die Kosten der von ihr angestachelten und total verfehlten Ukraine-Politik der EU aufhalsen wollen. Das scheint hier niemand zu bemerken.

Schnell noch vor den US-Präsidentschaftswahlen war Biden – inzwischen ist er ja eigentlich schon Geschichte – zu einer Stippvisite in Berlin. Und der Obermächterzähler des Landes im Gewande eines Bundespräsidenten beeilte sich zu erklären, daß Joe Biden ein Beispiel für „Aufrichtigkeit, Moral und Anstand“ sei. Man fällt vom Glauben ab.

„Herr Präsident, Sie sind an der Bundesrepublik Deutschland stark interessiert – das wissen wir seit fast einem halben Jahrhundert. Jetzt ist es an der Zeit, daß Sie erfahren, daß Deutschland wiederum Ihnen zutiefst dankbar ist. Lassen Sie mich im Namen meines Landes sagen: Danke, Herr Präsident!“

Tiefer geht der Kniefall nicht. Danke wofür? Dafür, daß Biden Nordstream 2 zerstören ließ? Dafür, daß ein US-Präsident, der gemeinsam mit dem Kriegsbündnis NATO im Interesse der USA die Ukraine zum Bollwerk gegen Rußland gemacht hat, somit eine kriegerische Auseinandersetzung provozierte und bis zum letzten Ukrainer weiterkämpfen will? Dafür, daß absichtsvoll die deutsche Industrie zerstört wird?

Offensichtlich alles Gründe, dem ehrenwerten Gast ein Bundeskreuz ans Revers zu heften. Tiefer kann der moralische Abgrund kaum sein, in dem sich manche politischen „Führer“ hierzulande suhlen. Sie schwafeln aber weiter von Frieden, Demokratie und Menschenrechten und sind, wie der Bundeskanzler meinte, dafür, auch mit Putin zu reden, obwohl dieser mit dem „unprovozierten“ Einfall in die Ukraine eine der zentralen Vereinbarungen der letzten Jahre infrage gestellt, nämlich die, „daß Grenzen in Europa nicht verschoben werden dürfen“, sagte Scholz. Er hat's doch mit in der Hand gehabt, es nicht soweit kommen zu lassen, aber der Befehlsempfang in Washington ließ wohl eine eigenständige selbstbewußte Haltung angesichts der deutschen Geschichte nicht zu. Außerdem weist sein Gedächtnis entscheidende Lücken auf, ähnlich das des Bundespräsidenten, der sich auch an seine unrühmliche Haltung 2014 in Kiew nicht mehr erinnern will oder kann.

Und Steinmeier souffliert: „Deshalb ist es auch richtig, daß, wenn gefragt wird, werden wir auch mit dem russischen Präsidenten sprechen, wir sagen: Ja, auch das ist der Fall.“ Wer bitte soll ihn denn fragen? Der russische Präsident?

Reiner Neubert, Berlin

Ampel-Aus kam nicht überraschend

Der Zusammenbruch der Ampel deutete sich schon lange an. Kanzler Scholz konnte nur noch das Handtuch werfen. Er will die Vertrauensfrage stellen, genießt aber schon lange kein Vertrauen mehr. Inmitten des

Wirrwarrs kündigt der Noch-Kanzler, ungeachtet der Probleme Deutschlands, die Erhöhung der Kosten für die Unterstützung der Ukraine durch Waffenlieferungen im Kampf gegen Rußland an. Im gleichen Moment sprach er von einer deutschen Notlage. Mit der Entscheidung der EU-Staats- und Regierungschefs vom Mai 2022 für ein Öl-embargo gegen Rußland ist die preisgünstige Energie für die deutsche Wirtschaft Geschichte. Weitere Produkte aus Rußland fielen unter das Embargo. Am 26. September 2022 wurden die Gaspipelines Nord-Stream I und II gesprengt. Sie waren äußerst wichtig für die heimische Industrie. Der Kampf gegen Rußland im Auftrag der USA ist wesentliche Ursache für den wirtschaftlichen Abstieg Deutschlands. Die Ampel ist über die Absicht gestürzt, die Machthaber in der Ukraine mit weiteren Unsummen zu unterstützen

Wilfried Schubert, Güstrow

Der kleine Frieden

Wir alle spüren es, unser aller Leben ist von Unruhe geprägt. Ängste machen sich breit, vor allem die Angst vor einem Krieg, gar einem Weltbrand, der alles Leben vernichten würde. Viele meinen, dagegen nichts tun zu können. Einschüchterung und Lügen durch die herrschenden Eliten zeigen offenbar Wirkung.

Pakete explodieren irgendwo, natürlich „mutmaßlich“ inszeniert durch den russischen Geheimdienst. Nordkoreanische Soldaten „bedrohen“ von Rußland aus die heile westliche Welt. Niemand spricht von den 35 000 amerikanischen Militärangehörigen auf deutschem Boden, von über 500 US-Militärstützpunkten weltweit, von den Stellvertreterkriegen, die um des Weltmachtanspruchs, insbesondere der USA, geführt werden. In den Talk-Shows haben wahrheitsgemäße Analysen über die Ursachen der katastrophalen Lage, in der sich Deutschland befindet, im Regelfall keinen Raum.

Aber es gibt auch Lichtstrahlen in dieser scheinbar trostlosen Situation. Wir erhielten in den letzten Tagen Post aus der udmurtischen Stadt Ischewsk am Fuße des Urals. Unsere Partnerin, eine engagierte Deutschlehrerin am dortigen Lyzeum, teilte uns den erfolgreichen saisonalen Abschluß ihres „Internationalen Schulgartenprojets“ mit, in das wir seit einem halben Jahr eingebunden sind. Dort blühen nicht nur die Blumen aus den Samen unserer hiesigen Gärten, die Schüler erdachten zum Projekt auch szenische Aufführungen, poetische Werke und sogar Kompositionen. Sie bedienten sich dabei einer Sprache, aus deren Ursprungsland ihre Heimat, die Russische Föderation, derzeit nicht viel Gutes erfährt – Deutsch!

Über ihre Präsentation, mit der sie das Projekt kürzlich der Öffentlichkeit vorstellten, hatten sie einen Satz geschrieben, den wir ihnen einst in einer Grußbotschaft gesandt hatten: „Diese kleinen Verbindungen können ein Stück Frieden bringen.“

Jeder kann für den Frieden etwas tun!

Norbert Staffa,
Verein „Erzgebirgsfreunde Rußlands“, Großolbersdorf

Die Steigerung von „blühenden Landschaften“

„Ein ‚goldenes Zeitalter‘ ist nur im Rahmen einer multipolaren Weltordnung und unter Bedingungen gleicher und unteilbarer Sicherheit möglich, nicht auf Kosten anderer Länder“, so Leonid Sluzki, Vorsitzender des Ausschusses für internationale Angelegenheiten der russischen Staatsduma, zu den Verlautbarungen Trumps nach dessen Wahl als US-Präsident. Dieses Zitat ist so grundsätzlich, sein Anliegen so erstrebenswert, daß es Aufnahme in die Verfassung aller Staaten finden sollte. Wenn dieses Ziel die Grundlage für die Beziehungen zwischen den Völkern der Welt wäre, hätten Rüstung und Militär ihre Bedeutung verloren. Ressourcen, die gegenwärtig für Umweltzerstörung und Tod eingesetzt werden, stünden zum Wohle aller und zum Schutz unserer Erde und damit unserer Existenzbedingungen zur Verfügung. Also, Herr Trump, zeigen Sie, ob Sie es können. Unter Zugrundelegung des o.g. Zitats wird dies sogar mit Ihrem Slogan „Amerika first!“ vereinbar sein. Ganz nebenbei: Amerika geht vom Südkap bis Alaska. Ich wäre einverstanden.

Renato Lorenz, Berlin

Gauck im Interview

„Wollen wir lieb, aber hilflos sein?“ – Gauck in der MOZ vom 8.10.2024. Im großzügigen Büro der Regierung spricht er über die Gefährdung der Demokratie und den „langen Schatten der DDR“. Was er da „druckreif“ formuliert, hat mich entsetzt. Nur eine bundesdeutsche „Wertepolitik“ läßt er gelten und verteidigt ausdrücklich ein kriegstüchtiges Deutschland.

Gauck, der sich selbst als „alter Deutscher“ sieht, aus der Kaiser- und Adenauerzeit „gefallen“, kann mit dem Wiederaufbau der Garnisonkirche in Potsdam, ein Symbol demokratiefeindlicher Vergangenheit, heute Anziehungspunkt für Rechtsextreme, gut leben. Ein „Dorn im Auge“ war ihm ein neues antifaschistisches Deutschland – die DDR. Er machte sich „Sorgen“ über „Brüder und Schwestern“, die im Unrechtsstaat leben mußten. Jetzt schreibt der „Sieger der Geschichte“ die Ost-Geschichte neu: In Ostdeutschland war die Zivilgesellschaft schwächer ausgeprägt als in Westdeutschland und Ostdeutsche mußten in einer Diktatur leben, in der man die „Privatwirtschaft verstaatlicht hat, sie waren „Gefolgschaft“, stellt Herr Gauck fest und schlußfolgert, Lebensumstände erschwerten das Erfassen von Eigenverantwortlichkeit. Für wie dumm kann man DDR-Bürger „verkaufen“?

Da sind noch die „ausländerfeindlichen Parolen der AfD, die im Osten stärker verfangen“. Rational kann Gauck es sich nicht erklären, verweist auf „unsere humanitären Verpflichtungen in Europa und Bürger einer Exportnation, die ohne Zuzug (regelbar) nicht erfolgreich sein kann, in Deutschland werden einfach zu wenig Kinder geboren“. Ja, in der DDR wurden Produktionsmittel und Waren zu Volkseigentum, als Voraussetzung für eine sozialistische Gesellschaftsordnung, ohne einen Krieg führen zu müssen. Fest an der Seite der Sowjetunion wurde geschworen:

„Nie wieder Faschismus und Krieg von deutschem Boden!“ Das hat 40 Jahre Bestand gehabt! Die DDR wurde weltweit anerkannt. Es gab für alle Bürgerinnen und Bürger Arbeit, bezahlbaren Wohnraum, kostenlose Schulspeisung, Kindergarten und Ganztagschulen inbegriffen. Für alle DDR-Bürger standen erforderliche Bildungseinrichtungen, einschließlich Hochschulen und Universitäten sowie Kultur- Erholungs- und Sportstätten, zur Verfügung. Die DDR konnte auf eine hohe Geburtenzahl verweisen und auf ein intaktes Gesundheitswesen. Es erstaunt nicht, daß Herr Gauck die Errungenschaften der DDR mit keinem Wort erwähnt.

Wenn dieser Mann heute über die Ukraine spricht, erinnert er sich, als „alter Deutscher“ (nur) noch an Hitlers „ungehemmten“ Einmarsch am 1. Sept. 1939 in Polen. Das lehrt ihn, man muß sich dem russischen Aggressor mit aller militärischer Stärke des Westens entgegenstellen. Das Kapital steht jetzt für ein ganzes Deutschland zur Verfügung, um die Kriegsproduktion ankurbeln zu können wie nie zuvor, für einen Krieg wieder gegen Rußland. Gauck ist sich sicher, mit „Friedfertigkeit“ ist Rußland nicht zu bekämpfen. Deutschland muß mehr tun, auch Taunus- Marschflugkörper liefern. So die Botschaft eines Christdemokraten! Da läuft es mir kalt den Rücken herunter.

Ernst Jager, Panketal

Kriegskurs beenden!

Wenn man die jüngsten Bundestagsdebatten verfolgte, konnte man miterleben wie die „Volksvertreter“ die Deutschen auf einen Krieg vorbereiten wollen.

Mit dem Gruselmärchen der Bedrohung Deutschlands durch Rußland wurde jetzt eine alte Mottenkiste geöffnet und die allgemeine Wehrpflicht kam wieder zum Vorschein. Kriegsminister Pistorius entwickelt schon ein Szenarium, in dem – im Interesse der Rüstungskonzerne – geregelt wird, wie die „Auswahl“ der Menschen auf ihren Kriegseinsatz erfolgen soll.

Nachdem von Deutschland zwei Weltkriege ausgegangen, muß sein oberstes Gebot Frieden sein!

Jan Knapp, Jena

Vom Falschspiel der deutschen Ampel

Eine Frage, die mich immer wieder bewegt: Warum hat der Westen in den 90er Jahren den Vorschlag Putins zur Bildung einer Friedenszone von Lissabon bis Wladiwostok nicht ergriffen? Statt dessen hat sich die NATO immer weiter an die Grenzen Rußlands bewegt und damit die Sicherheitsinteressen Rußlands bewußt ignoriert. Mit Selenskyi wurde ein dem Westen höriger Politiker an die Macht gepusht. Dafür haben die USA 5 Milliarden Dollar eingesetzt. Jetzt wurde in Rostock eine NATO-Zentrale für die Ostsee etabliert. Wie das ZDF am 14.10.24 meldete, werden dort auch Militärs aus anderen NATO-Staaten eingesetzt. Das ist ein deutlicher Bruch des 2+4-Vertrages. Diesmal geht es nicht um den Bruch eines mündlich gegebenen Versprechens (keine Ostausdehnung der NATO),

sondern um einen schriftlich fixierten Vertrag. Aber was interessiert den Bundeskanzler schon sein „Geschwätz von gestern“, Verträge mit Rußland sind für die deutsche Regierung nicht bindend.

Wenn sich also ein Land Sorgen um seine Sicherheit machen muß, ist es nicht Deutschland, sondern doch wohl Rußland.

Was die Rolle der Ukraine als Bollwerk gegen Rußland betrifft, sollte man beachten, daß bereits 14 Millionen Hektar bestes Ackerland in den Händen amerikanischer Konzerne sind. Auch im Nahen Osten spielt Deutschland mit der Lieferung von Militärtechnik für einen verbrecherischen Staat eine unrühmliche Rolle. Israels Mordfeldzüge gegen die Palästinenser nehmen kein Ende, aber Deutschland schweigt dazu. Sanktionen gegen Israel sind ein Tabu.

Ralf Kaestner, Bützow

Erinnern an Jürgen Kuczynski

Es ist sehr zu begrüßen, daß im November „RotFuchs“ an Jürgen Kuczynski erinnert wird. Er ließ sich nie davon abbringen, zuerst bei den Klassikern nachzuschlagen, sich in ihren Fußstapfen zu bewegen, um dann die gegebene konkrete Situation zu analysieren. Souveränität im Denken war ihm eigen, Anschaulichkeit aber auch. Kuczynski verstand es hervorragend und hatte keine Furcht, komplizierte Zusammenhänge möglichst einfach zu erklären. Er war ein Propagandist und Lehrer des Marxismus-Leninismus, an dem man sich ein Beispiel nehmen kann. Gerade heute, wo das Niveau des historischen und politischen Denkens in der Schulbildung systematisch abgesenkt wird, wo es wirklich gilt, Massen zu erreichen, wo die Jugend unbedingt die Hilfe der Marxisten-Leninisten braucht, um die Widersprüche dieser kapitalistischen Gesellschaft in ihrem ganzen Umfang erkennen zu können, was bedeutet, in ihnen die Notwendigkeit und Möglichkeit einer sozialistischen Gesellschaft angelegt zu sehen, bedarf es solcher Erfahrungen, wie sie uns Jürgen Kuczynski vermittelt. Deshalb sollte die kleine Auswahl von Büchern Kuczynskis ergänzt werden durch das Büchlein: „Vom Knüppel zur automatischen Fabrik. Eine Geschichte der menschlichen Gesellschaft“, Reprint München 2004. Das Buch wurde in den 1950er Jahren für Kinder und Jugendliche geschrieben. Die Erstausgabe ist im Kinderbuchverlag Berlin erschienen. Ja – im Kinderbuchverlag! Das hieß nicht, auf niedrigem Niveau, ganz im Gegenteil. Es hieß in verständlicher und anschaulicher Form, in einer Form, die sich an Kinder und Jugendliche wendet und deshalb so eineindeutig ist, so ernst gemeint, daß sie auch für Erwachsene manche Aufklärung bereithält. In der marxistisch-leninistischen Bildungsarbeit sollte das Büchlein durchaus seinen Platz haben.

Herbert Münchow, Leipzig

„Schwesig bei Maischberger“

Gehässiger geht es nicht. Die Ministerpräsidentin sprach in der Talkshow bei Maischberger Anfang Oktober über die Lebensleistungen der DDR-Bürger, die hart

dafür arbeiteten. Auch ihr Vater, ein Schlosser, hatte einen sicheren Arbeitsplatz, aber „natürlich“ in einem maroden Betrieb; Egon Krenz und Genossen haben das Land heruntergewirtschaftet. Zynisch ihre Antwort auf den Friedensstaat DDR. Von Frau Schwesig, Jahrgang 1974, braucht man keine Beurteilung der Erfahrungen und Lebensleistungen der DDR, sondern von Bewohnerinnen und Bewohnern dieser Republik selbst, die auf der Strecke geblieben sind. Gerade diese Menschen kommen doch in den Medien fast nie zu Wort. Selbst die dreimalige Olympiasiegerin im Wassersprung, Ingrid Krämer, ist äußerst verärgert darüber, daß nicht nur sie gleich nach der „Wende“ völlig ohne Grund entlassen worden war und Jahre brauchte, um wieder Fuß zu fassen.

Lebensleistung und Erfahrungen von Menschen, die ihrer sozialistischen Grundüberzeugung treu geblieben sind, werden ignoriert. So Karl Döring, Generaldirektor des „maroden“ VEB Bandstahlkombinates „Hermann Matern“ in Eisenhüttenstadt mit 20 000 Werkträgern. Nach 1990 kämpfte Döring erfolgreich um die Erhaltung des Standortes, nun als Vorstandsvorsitzender der EKO Stahl AG. Erfreulich, daß im Chemieunterricht in der 8. Klasse in Bremen-Lesum ein Lehrer mit Fachbüchern aus der DDR arbeitete. Das bleiben Ausnahmen.

Die Mahnung der Schriftstellerin Christa Wolf sollte Manuela Schwesig zu denken geben, die sinngemäß sagte: Ich verhehle meine Furcht nicht, daß in dem Vakuum, das durch Desorientierung entsteht, die Dämonisierung des unbekanntes Wesens DDR um sich greift, die teils mit Bedacht in vollem Gange ist. Es darf uns nicht das Leben genommen werden, das wir wirklich geführt haben, und uns statt dessen ein verzerrtes Phantom untergeschoben werden.

Gerd-Rolf Rosenberger, Bremen-Nord

35 Jahre Lügen über die DDR und kein Ende

Zur Festveranstaltung anlässlich des 75. Jahrestages der Gründung der DDR hat Egon Krenz zum wiederholten Male den verantwortlichen Politikern der Bundesrepublik Deutschland Lügen über geschichtlich dokumentierte Fakten zum Ende der Republik nachgewiesen. Höchste Repräsentanten der selbsternannten Werterepublik verbreiteten und wiederholten auf ihren sogenannten Gedenkveranstaltungen bewußt Unwahrheiten. Der Applaus der handverlesenen Anwesenden war ihnen sicher. Auch die von den Herrschenden zu „Bürgerrechtlern“ Ernannten, welche die „Fahne der Wahrheit“ vor sich hertragen, waren unter den Claqueuren. Der sozialdemokratische Kanzler, der sich über seine Rolle im Cum-Ex-Skandal an nichts erinnern kann, weiß, was sich im Oktober 1989 in Leipzig ereignet haben soll, wo er doch gar nicht anwesend war. Auch seine Berater können oder wollen ihn nicht daran hindern, mit falschen Behauptungen weiter Salz in die Wunden zu streuen und die Delegitimierung des ersten deutschen Friedensstaates mit all den bekannten Folgen zu zementieren. Dem mit sachlichen Argumenten und Fakten zu begegnen, sollte doch eigentlich vorrangige Aufgabe des Ostbeauftragten der Bundesregierung

sein, doch der fischt weiter im Trüben anti-kommunistischer Verleumdungen.

Wenn Haß und Lügen den Politikern der etablierten Parteien die Feder für ihre Reden führen, muß man sich über den wachsenden Unmut der Ostdeutschen nicht wundern.

Raimon Brete, Chemnitz

Mein politisches Erwachen kam spät ...

Monat für Monat freue ich mich auf die neue Ausgabe des „RotFuchs!“

Warum, es gibt doch inzwischen viele Online-Publikationen außerhalb des Mainstreams. Nun, ich stamme aus der westdeutschen Schweige-Generation, die es versäumt hat, ihren Kindern einen profunden Pazifismus-Geist mitzugeben. Wir als Kinder haben uns auch nie getraut zu fragen, warum der Opa nur in Uniform auf einem Bild an der Wand zu sehen war. Statt dessen wurde Rußland als „Schwarzer Drache“ und die „SBZ“ als kommunistisches Zwangsregime vermittelt. Mit meinem späten, aber dafür gründlichen, politischen Erwachen wuchs mein Interesse auch für die Entwicklung in der DDR. Danke für Ihre erhellenden Berichte!

Dr. S. Meyer

Mit der Friedensglockengesellschaft e.V. in Wien

Vom 22. bis 26. September besuchten wir mit weiteren Teilnehmern aus anderen Organisationen, wie z.B. dem Ernst-Busch-Chor, die österreichische Hauptstadt Wien. Die Schwerpunkte der Reise lagen auf dem friedenspolitischen Engagement und dem Antifaschismus. Sehr interessant war unser geführter Besuch im „Roten Wien“ im „Karl-Marx-Hof“. Dieses Baudenkmal ist ein erstes soziales Wohnungsbauprojekt, das Anfang der 20er Jahre für die Wiener Arbeiterschaft errichtet wurde. Damit begann ein durch die sozialdemokratisch geführte Gemeinde Wien initiiertes und über zusätzliche Steuern bezahlter Wohnungsbau, der bis in die Neuzeit fortgesetzt wurde. Beim Besuch des dortigen „Roten Waschsalo“ konnten wir in einer Ausstellung das gerade Erfahrene vertiefen. Das in Wien Verwirklichte kann durchaus Anregungen zur Umsetzung eines ehrlichen sozialen Wohnungsbaus auch in Deutschland geben. Wir besuchten in Niederösterreich in Hinterbrühl die Gedenkstätte „Seengrotte“, die Häftlingen aus dem KZ Mauthausen, die unter Tage Zwangsarbeit für die faschistische Flugzeugproduktion leisten mußten, gewidmet ist. Viele der Gequälten wurden bei der Evakuierung des Außenlagers noch kurz vor Kriegsende ermordet. An der Gedenktafel im Bergwerk legten wir Blumen nieder und sangen das italienische Partisanenlied „Bella Ciao“, das sogar unseren Fremdenführer bewegte, der so etwas in seiner 24-jährigen Tätigkeit noch nicht erlebt hatte. Zum Programm gehörte auch eine durch unsere Gruppe durchgeführte öffentliche Friedensmanifestation am 1988 geschaffenen „Mahnmal gegen Krieg und Faschismus“ des Künstlers Alfred Hrdlicka am Helmut-Zilk-Platz in Wien, bei der wir Friedenslieder sangen. Diese Aktion wurde per Live-Stream

auf der Facebook-Seite der Friedensglockengesellschaft übertragen und erregte auch bei Passanten vor Ort Aufmerksamkeit. Im Dokumentationszentrum „Österreichischer Widerstand“ konnten wir uns mit der Arbeit der Stiftung vertraut machen und lernten deren besondere Problematik kennen, ergänzt durch einen Vortrag zur Arbeit des Archivs der österreichischen Spanienkämpfer. Am letzten Tag besuchten wir den UNO-Sitz in Wien und nutzen ebenfalls die Möglichkeit für eine musikalische Friedensdemonstration mit dem Lied „Kleine weiße Friedentaube“ an der dortigen Friedensglocke. Wir nutzten die Tage natürlich auch zum Gedankenaustausch und vielen Gesprächen. Dabei diskutierten wir unter anderem über eine engere Zusammenarbeit zwischen der Friedensglockengesellschaft Berlin und dem RotFuchs e.V., insbesondere hinsichtlich bevorstehender Aktivitäten zur Würdigung des 80. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus im nächsten Jahr. Nun sollen Taten folgen. Unser besonderer Dank gilt den beiden Organisatoren Antje und Bernd Mewes für diese interessante und gelungene Reise.

Ernst Hornig und Torsten Postrach, Berlin

Erneuerung in der LINKEN?

Unsere Erwartungen an das BSW dürfen wir sicher nicht zu hoch ansetzen. Wie die Partei Die Linke jedoch an dem BSW Kritik übt, mit den größten Steinen wirft, selbst im Glashaussitzend, das sagt viel darüber aus, was von neuerlicher Erneuerung zu erwarten ist. Dabei sollten die großen Töne vor den Wahlen gegenüber dem BSW, ‚das Ziel, man werde das BSW überall überholen‘, zu ein wenig Demut bewegen, vor allem Nachdenken zum eigenen Kurs. Aber Fehlanzeige. Im Gegenteil. Linke Solidarität oder auch nur solidarische Kritik, das war mal. Was ist eigentlich noch links und gemeinsam gegen die Macht des Kapitals? Politik war und ist Sache von Interessen. Es gibt sie noch, die unterschiedlichen Interessen. Es gibt sie noch, die da unten und die da oben. Daran ist kein Zweifel. Wessen Anwälte sind die Linken oder die sich links geben, links sein wollen und doch nur ihre Eigeninteressen verfolgen oder noch schlimmer, sich gegenseitig Feind sind, sich diffamieren, einer dem anderen keinen Erfolg wünschen? Was aus Reihen der Linken gegenüber dem BSW zu hören ist, ist bezeichnend für den erbärmlichen, verräterischen Zustand einer Linken, die Deutschland mehr denn je brauchte. Das, was BSW tut, kann und muß, wie alles, auch kritisch gesehen werden. Es sollte aber unter Gleichgesinnten solidarisch diskutiert werden können, nicht vernichtend, gehässig, feindselig. Die linke politische Kultur steht der von bürgerlichen Parteien zelebrierten in nichts nach. Gibt es noch Unterschiede oder eint allesamt nur noch der Drang an die scheinbare Macht, die Posten und Sitze in den Parlamenten? Hat eine Linke jemals Koalitionsverhandlungen anderer Parteien ähnlich unter Kritik genommen wie die des BSW? Die Linken, die es noch vorgeben zu sein, lassen keine Gelegenheit aus, sich selbst zu zerlegen und so ihre Klientel zu verraten.

Roland Winkler, Aue

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Dezember

■ RotFuchs“-Gruppe Magdeburg

Am Dienstag, dem 3. Dezember, um 16.30 Uhr: Gemeinsame Veranstaltung mit der Regionalgruppe Magdeburg von Cuba si zum Thema: **Was erhofft sich Kuba von der Aufnahme in die BRICS plus-Gruppe?** Gast: Botschafterin der Republik Kuba, Frau Juana Martinez Gonzales

Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg

■ Regionalgruppe Bernau

Am Sonnabend, dem 7. Dezember 2024, um 15.00 Uhr: Mitgliederversammlung der Regionalgruppe Bernau und Umgebung

Ort: Treff 23, Breitscheidstraße 43 A, 16321 Bernau bei Berlin

■ Regionalgruppe Potsdam

Am Dienstag, dem 10. Dezember, um 18 Uhr stellt die Historikerin Dr. Almuth Püschel ihr Buch „**Zwangsarbeit in Potsdam**“ vor.

Ort: Bürgertreff in der Waldstadt (am Waldstadtcenter), Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

Am Dienstag, dem 17. Dezember, um 18 Uhr Mitgliederversammlung der Regionalgruppe Potsdam anschließend – **ab 18 Uhr** spricht Prof. Nina Hager (Philosophin, Journalistin) zum Thema: **Friedrich Engels zur Dialektik der Natur**

Ort: Bürgertreff in der Waldstadt (am Waldstadtcenter), Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

■ Regionalgruppe Güstrow

Am Donnerstag, dem 12. Dezember, um 16 Uhr liest Karl Dieter Dethloff aus seinem Buch „**Ein Leben im Dienst des MfS – Mein Gewissen und ich**“.

Ort: Haus der Generationen der Volkssolidarität, Weinbergstraße 28, 18273 Güstrow

■ Regionalgruppe Harz

Am Freitag, dem 13.12.2024, um 14 Uhr: Mitgliederversammlung der Regionalgruppe Harz

Ort: Burchadikloster (Vereinsraum), Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

■ Regionalgruppe Dresden

Am Sonnabend, dem 14. Dezember, um 10 Uhr spricht Miriam Näther (Cuba Si-Bundeskoordinatorin) zum Thema: **Zur gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation in Kuba**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am Sonnabend, dem 14. Dezember, um 10 Uhr: Mitgliederversammlung der Regionalgruppe Neubrandenburg

Ort: Seniorenbüro e.V. im Mehrgenerationenhaus Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Rostock

Am Sonnabend, dem 14. Dezember, um 10 Uhr Auswertung der Gesamtmitgliederversammlung des „RotFuchs“-Fördervereins
Auftritt der Liedermacherin Bea: „**Für Liebe und Frieden – mit Musik durch die Welt**“
Alle Leser des „RotFuchs“ sind herzlich eingeladen.

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

■ Regionalgruppe Halle

Am Dienstag, dem 17. Dezember, um 15 Uhr spricht Carsten Hanke, Präsident der Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität (GEFIS) in Rostock, zum Thema: **Wie gestaltet sich das Verhältnis der lateinamerikanischen Staaten zu den USA?**

Ort: Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

■ Regionalgruppe Strausberg

Am Donnerstag, dem 19. Dezember, um 15 Uhr berichtet der China-Spezialist Dr. Uwe Behrens über seine **8-monatige China-Reise 2024**

Ort: Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am Donnerstag, dem 19. Dezember, um 17 Uhr Thema: **Ungesüht, tödliche Verbrechen rechter Gewalt seit 1990**

Ort: Soziokulturelles Zentrum QUERBEET, Rosenplatz 4, 09126 Chemnitz

Ein herzlicher Gruß geht an

Christiane Anders

in Neubrandenburg, die am 15. Dezember ihr Jubiläumfest begeht.

Liebe Christiane, unseren Glückwunsch zu Deinem Geburtstag verbinden wir mit einem aufrichtigen Dankeschön für Dein schöpferisches Wirken als Vorsitzende der Regionalgruppe. Mit politischem Augenmaß und Leidenschaft setzt Du Dich unermüdlich für das Zusammenwirken der linken Vereine und des Friedensbündnisses der Region ein und stärkst damit das Ansehen des „RotFuchs“-Fördervereins.

Für die kommenden Lebensjahre wünschen wir Dir Kraft, Lebensfreude und beste Gesundheit.

In enger Verbundenheit

Vorstand und Redaktion

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0157 - 524 461 43
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Hinkelsteindruck, soz. GmbH
Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluss für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin

Dr. Martin Baraki

Ralph Dobrawa

Dr. Peter Elz

Peter Franz

Dr. h.c. Gerhard Giese

Georges Hallermayer

Wolfgang Herrmann (Dreesch)

Dr. Ralf Hohmann

Lutz Jahoda

Rico Jalowitzki

Uli Jeschke

Dr. Hans-Jürgen Joseph

Prof. Dr. Anton Latzo

Dr. Holger Michael

Horst Neumann

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)

Hans Schoenefeldt

Johann Weber

Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Gabriele Parakeninks
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.